Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

März 2022
20. Jahrgang - Ausgabe 108
Einzelpreis: 4,50€
ISSN 1612-7366

Schwerpunkt:
Manöver

Manöver als gefährliche Machtdemonstrationen
NATO-Manöver im Cyberraum
Vom Szenario zur Aufrüstung
Zeitenwende beim Rüstungshaushalt
Schifffahrt in der Arktis
Europäische Aufrüstung und Europäischer Verteidigungsfonds

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Inhalt

Schwerpunkt

Editorial - **Martin Kirsch und Jürgen Wagner** - 3
Manöver als gefährliche Machtdemonstrationen - **Tobias Pflüger** - 4
Wege an die Front: Logistik für Übung und Ernstfall in EU und NATO - **Victoria Kropp** - 8
NATO-Kommando in Ulm koordiniert Truppenbewegungen in Europa - **Martin Kirsch** - 11
NATO-Manöver im Cyberraum: Cyber Coalition, Locked Shields und Crossed Swords - **Aaron Lye** - 14
Großmanöver gegen Russland: Defender Europe 2022 - **Claudia Haydt** - 19
Vom Szenario zur Aufrüstung: Der Feind steht wieder im Osten - **Martin Kirsch** - 22
Militär, Manöver und der Sprit - **Jacqueline Andres** - *26*
Manöver und Züge stoppen: Erfahrungen einer Kleingruppe - **Jan Hansen** - 30
Westliche Militärpräsenz und Manöver im Indo-Pazifik - **Jürgen Wagner** - 34

Magazin

Ukraine-Krieg

Vorwort aus aktuellem Anlass - 38
Der NATO-Weg in die Eskalation - 39
Die Dummheit des Krieges und der Aufrüstung (der NATO) - **Christoph Marischka** - 40
Die NATO macht mobil: Deutschland als Aufmarschgebiet - **Martin Kirsch** - 42
Zeitenwende beim Rüstungshaushalt - **Jürgen Wagner** - 46
Auf zur Blockbildung … mit oder ohne China? - **Andreas Seifert** - 48

Arktis

Schifffahrt in der Arktis: Herausforderungen, Konkurrenz und das Ringen um Einfluss - **Ben Müller** - 50

Sahel & Nordafrika

Europas demütigendes Dilemma in Mali - **Christoph Marischka** - 56
Wi(e)der die Kolonialmacht? Wie Frankreich in Westafrika die Kontrolle entgleitet - **Pablo Flock** - 60
Schweigen gegenüber dem Schlachten im Sudan - **Pablo Flock** - 63

Weitere Artikel

Bundeswehr als Krisenmanager im zivilen Katastrophenschutz - **Martin Kirsch** - 66
Europäische Aufrüstung und Europäischer Verteidigungsfonds: Eine erste Bilanz - **Catrin Lasch** - 70

Editorial

von Martin Kirsch und Jürgen Wagner

Inmitten des Endlayoutes dieser Ausgabe startete der katastrophale Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dazu finden sich erste Positionierungen und Einschätzungen im Magazinteil, den wir angesichts der Tragweite der Ereignisse ausnahmsweise mit einem gesonderten Editorial versehen haben. Als wir uns für das Schwerpunkthema „Manöver“ entschieden, waren wir uns zwar schon sicher, dass Militärübungen immer weiter Brisanz gewinnen würden – wie schnell sie aber derart brisant werden würden, hatten auch wir seinerzeit noch nicht vermutet.

Der Redaktionsschluss der Artikel des Schwerpunktteils lag vor dem Beginn der russischen Angriffe, die Beiträge untermauern aber unseres Erachtens dennoch gerade im Lichte der jüngsten Eskalation die Gefahr, die von Manövern ausgeht. Schließlich drohen dabei immer wieder westliche und russische Truppen zu Land, zu Wasser oder in der Luft miteinander zu kollidieren, was besonders in der aktuellen Situation brandgefährlich ist. Mahnende Stimmen wie etwa die des ehemaligen deutschen Diplomaten Rüdiger Lüdeking meinen, es bedürfe gerade jetzt „rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen zur Absicherung der instabilen und gefährlichen Sicherheitslage“, was unter anderem „militärische Übungen“ betreffe, um so das „Risiko von Fehlkalkulationen und des unbeabsichtigten Einsatzes von militärischen Kräften“ zu minimieren.

Dennoch ist erst einmal davon auszugehen, dass diese waghalsigen Manöver beibehalten, womöglich sogar intensiviert werden. Ausgerechnet am 8. Mai soll dabei das gegen Russland gerichtete Großmanöver Defender Europe 2022 beginnen, über das wir ebenfalls in diesem Heft berichten. Natürlich versuchen wir auch in dieser Ausgabe, uns dem Schwerpunktthema möglichst breit zu nähern, sodass wir zum Beispiel auch die Manöverlogistik in den Blick nehmen, aber auch geographisch (Indo-Pazifik) und funktional (Cyber) bemühen wir uns, über den Tellerrand schauen.

Wie so häufig ist die Bundeswehr auch in Sachen Manöver weit vorne mit dabei: Am 15. Februar 2022 wurde die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken veröffentlicht: Zwischen 2016 und 2020 sollen etwa 54.660 SoldatInnen der Bundeswehr an multinationalen Manövern und Übungen teilgenommen haben. Im Jahr 2021 waren es demnach 8.592 (nach 5.450 im Jahr 2020), was Kosten in Höhe von 96,2 Mio. Euro verursacht hat. Die diesen Manövern zugrundeliegenden Szenarien und die daraus gewonnenen Erkenntnisse finden wiederum in Rüstungsprojekten ihren Niederschlag, wie wir ebenfalls in einem Beitrag darstellen.

Doch Manöver erhöhen nicht nur die Kriegsgefahr, sie sind auch Gift für die Umwelt – endlose Panzerkolonnen verbrauchen nun einmal Unmengen an Sprit, um nur ein Beispiel zu nennen. Gründe gibt es also viele, um gegen die Manöver von NATO und Bundeswehr auf die Straße zu gehen oder mit kreativen Aktionen seinen Protest zu äußern. Ein Beispiel, wo dies erfolgreich geschehen ist, findet sich ebenfalls in dieser Ausgabe.

Defender 2020. Quelle: Flickr/NATO.

Manöver als gefährliche Machtdemonstrationen

von Tobias Pflüger

Manöver und das von ihnen ausgehende Eskalationspotenzial entwickeln sich zu einem immer wichtigeren Faktor insbesondere im Zusammenhang mit den sich verschärfenden Konflikten unter den Großmächten. Sucht man nach einer Definition, so findet sich etwa auf der Bundeswehr-Seite folgende Beschreibung: „Ein Manöver ist eine möglichst realitätsnahe militärische Übung. Dabei können Manövermunition, Simulationstechnik, aber auch scharfe Munition eingesetzt werden. Meist finden Manöver auf Übungsplätzen, in speziellen Übungslufträumen oder in einem dafür ausgelegten und angemeldeten Seegebiet statt.“[1]

Soweit zur Definition, wobei politisch die Formulierung „meist“ fänden Manöver auf Übungsplätzen statt, wichtig ist, da sich insbesondere die großen Manöver von ihrer Dimension her teils über ganze Länder oder sogar Kontinente erstrecken können. Auch vom Umfang können solche Übungen stark variieren, von wenigen SoldatInnen bis zu solchen im vier- und teils sogar fünfstelligen Bereich. Außerdem finden Manöver mittlerweile nicht mehr nur in den „traditionellen“ Domänen Land, Luft und See statt, sondern inzwischen verstärkt auch im Welt- und Cyberraum (siehe auch den Beitrag Aaron Lye).

Manöver spielen natürlich schon lange eine wichtige Rolle, wie bereits angedeutet soll im Folgenden aber dargelegt werden, dass nicht nur ihre Bedeutung, sondern auch die von ihnen ausgehende Gefahr in den letzten Jahren immer weiter zunimmt.

Rasanter Anstieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand das erste NATO-Manöver bereits im Jahr 1951 statt, zwei Jahre später wurden bereits 100 derartige Übungen durchgeführt. Prominent waren lange vor allem die REFORGER-Übungen (Return of Forces to Germany), bei denen die Stationierung großer US-Truppenverbände in Deutschland geprobt wurde. Die erste REFORGER-Übung fand 1969 mit 17.000 SoldatInnen statt, die Spitze wurde 1988 mit 124.800 Militärs erreicht. Nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges fand die letzte dieser Übungen 1993 mit nur noch 7.000 SoldatInnen statt, generell kann von da ab von einem vorläufigen relativen Rückgang derartiger Aktivitäten gesprochen werden.

Aufgrund der Eskalation der westlich-russischen Beziehungen und hier besonders seit den schweren Konflikten in der Ukraine ab 2014 hat sich dieser Trend aber wieder ins Gegenteil verkehrt. So wurde die Zahl der Manöver bereits 2014 im Vergleich zum Vorjahr etwa verdoppelt (es fanden 162 Manöver der NATO und noch einmal 40 der Einzelstaaten statt). Im darauf folgenden Jahr waren es dann bereits 280 Manöver, eine Zahl, die in der Folge auf diesem hohen Niveau in etwa konstant blieb.

Für 2021 waren ursprünglich sogar über 300 Manöver vorgesehen (95 der NATO und 220 der Einzelstaaten), pandemiebedingt mussten allerdings einige davon abgesagt werden.[2]

Der Trend ist also eindeutig und es liegt auch auf der Hand, dass die Bundeswehr hier ebenfalls voll mitzieht. Um einen Eindruck zu erhalten, welche Dimensionen wir uns hier vorstellen müssen: Als Bundestagsabgeordneter stellte ich im April 2020 an die Bundesregierung die Frage, welche „Übungen oder Manöver (mit jeweils wie vielen Soldatinnen und Soldaten) in den nächsten sechs Monaten geplant“ seien. Als Antwort erhielt ich u.a. eine ausführliche Liste, in der nicht weniger als 101 unterschiedliche Übungen – wie gesagt, innerhalb von lediglich sechs Monaten! – aufgeführt waren. Der Umfang variierte dabei zwischen 30 und 1.650 SoldatInnen.

Parallel dazu bauen auch China und Russland – etwa mit der Zapad-Großübung – ihre diesbezüglichen Aktivitäten aus, was die Eskalationsgefahr nur umso größer macht (siehe unten).

Manöver – eine kleine Auswahl

Die Vielzahl unterschiedlicher Manövertypen trennscharf auseinanderzuhalten, ist nahezu unmöglich.[3] Idealtypisch lassen sich aber zumindest einige wichtige Formen unterscheiden: Bei Planspielen etwa werden bestimmte Szenarien „nur“ am Reißbrett durchgespielt und daraus dann diverse Schlussfolgerungen gezogen. Ein prominentes Planspiel mit überaus weitreichenden Folgen wurde beispielsweise von der mit dem US-Militär eng verbandelten RAND Corporation durchgeführt und 2016 in dem Papier „Reinforcing Deterrence on NATO‘s Eastern Flank“ veröffentlicht. Darin gelangte die Denkfabrik zu dem Ergebnis, Russland sei in der Lage, innerhalb kürzester Zeit die drei baltischen Staaten zu überrennen und die „Suwalki-Lücke“, den Verbindungskorridor zu Polen, zu schließen: „Bei mehreren Planspielen unter Beteiligung zahlreicher Experten haben die russischen Truppen im längsten Fall 60 Stunden benötigt, um die Außenbezirke von Tallin und Riga zu erreichen.”[4] Dieses Planspiel wurde dann wiederum als Rechtfertigung für die noch im selben Jahr beschlossene „Vorwärtspräsenz“ der NATO – je ein Bataillon à 1.000 SoldatInnen in den baltischen Staaten und Polen – herangezogen. Auch die Logistikmanöver, die seit 2020 unter dem Titel Defender Europe stattfinden, werden über das RAND-Szenario begründet. Dabei wird in einer Art REFORGER-Wiederauflage die Logistik für die Verlegung einer bis zu fünfstelligen Zahl von US-SoldatInnen geprobt (siehe auch den Beitrag von Claudia Haydt).

Außerdem gibt es natürlich auch noch die „klassischen“ Gefechtsübungen, bei denen teils ganz unterschiedliche Aspekte geprobt werden und denen auch sehr unterschiedliche Szenarien zugrunde gelegt sein können. Dominierend waren dabei lange Übungen für Einsätze im globalen Süden, vor allem zur Rohstoffkontrolle. Ein Beispiel hierfür war die NATO-Übung „Steadfast Jaguar“, die im Jahr 2006 auf den Kapverden stattfand: „Ethnische Konflikte in einem afrikanischen Land, ein Krieg um die Kontrolle natürlicher Ressourcen zwischen vier Ländern in Afrika – dies sind die Szenarien, die dem bisher größten Manöver der im Aufbau befindlichen ‚schnellen Eingreiftruppe‘ der Nato zugrunde liegen. Rund 7.000 Soldaten der Land-, See- und Luftstreitkräfte sind an der Übung ‚Steadfast Jaguar‘ beteiligt, die am 1. Juni für eine Dauer von sechs Wochen auf den Kapverden im Atlantischen Ozean begann. […] Wie die Militärs bestätigen, hat innerhalb der Nato eine Debatte um die Sicherung von Energiequellen begonnen, einschließlich Öl- und Gaspipelines.“[5] Seit 2008 und besonders seit 2014 werden aber wieder vermehrt Szenarien im Kontext von Großmachtkonflikten prominenter. Ab Ende März 2022 steht beispielsweise „Cold Response 2022“ in Norwegen an, eine knapp 40.000 SoldatInnen umfassende Großübung, bei der die Konflikte mit Russland in der Arktis eine wichtige Rolle spielen: „Die Ausweitung der Manöveraktivität hat nicht nur mit den Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine zu tun. „Es gibt ein deutlich erhöhtes Interesse unserer Verbündeten für den Norden und die Arktis“, sagte General Kristoffersen und spricht von der „größten Militärübung innerhalb des Polarkreises seit den 1980er Jahren«. Norwegens Verteidigungsminister Frank Bakke-Jensen bestätigt, dass man ‚Cold Response 2022‘ als Teil einer dauerhafteren Nato-Präsenz in der Arktis sehen müsse.“[6] Ein Krieg mit Russland (das natürlich nicht namentlich benannt wurde) wurde bereits bei der Übung „Trident Juncture“ im Herbst 2018 geprobt, an der 50.000 SoldatInnen, 8.000 davon aus der Bundeswehr teilnahmen: „In Norwegen übt die Nato mit ihrem größten Manöver seit dem Kalten Krieg den Ernstfall. Soldaten proben hier unter schwierigen Bedingungen und die Armeen zeigen, was sie haben. Russland fühlt sich provoziert.“[7] Zum Sinn und Zweck der Übung erklärte Derek Chollet vom „German Marshall Fund“: „Jede Armee muss üben. Die Nato muss als Verteidigungsallianz sicher-

FALLEX 62: Ein Manöver und die Spiegel-Affäre

Ein historisches Beispiel dafür, welche politische Bedeutung mit einem Manöver einhergehen kann, ist die sogenannte Spiegel-Affäre. Dabei sah sich das Nachrichtenmagazin aufgrund des 1962 erschienen Artikels „Bedingt abwehrbereit“ der Strafverfolgung wegen angeblichen Landesverrats ausgesetzt, was schlussendlich Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß sein Amt kostete. Ausgangspunkt war ein Bericht über die Stabsrahmenübung FALLEX 62, bei der erstmals ein Dritter Weltkrieg konkret durchgespielt wurde.

„FALLEX 62 (fall exercise 62) war eine Stabsrahmenübung der NATO im Herbst 1962, die aus der Phase der ‚Spannungszeit‘ in die des ‚Verteidigungsfalles‘ überging. Es war das erste Manöver der Nato, dem die Annahme zugrunde lag, der Dritte Weltkrieg beginne mit einem sowjetischen Großangriff auf Europa. Das Manöverszenario ließ eine Atombombe von mittlerer Sprengkraft über einem Fliegerhorst der Bundeswehr explodieren, gefolgt von weiteren Atomschlägen gegen die Flugplätze und Raketenstellungen der Nato in der Bundesrepublik, in England, Italien und der Türkei.

Das Ergebnis des Planspiels wurde von Oberst Alfred Martin dem deutschen Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel‘ zugespielt und in Ausgabe 41/1962 vom 10. Oktober 1962 unter dem Titel ‚Bedingt abwehrbereit‘ in Auszügen veröffentlicht.“

Quelle: Wikipedia-Eintrag zu FALLEX 62

Bundeswehrsoldaten bei einer Übung in Litauen im Jahr 2017. Quelle: Flickr/NATO North Atlantic Treaty Organization.

stellen, dass die Armeen ihrer 29 Mitgliedstaaten im Ernstfall effektiv zusammenarbeiten können. Solche Manöver dienen auch dazu, Schwachstellen bei der Planung oder Logistik zu identifizieren. Gleichzeitig wird die Nato genau auf Russlands Reaktion achten. […] Wenn man möchte, dass die Nato ihre Aufgabe erfüllen kann, braucht es diese Übungen unbedingt. Ohne Training wird niemand Fußball-Weltmeister, also müssen Sie trainieren."[8]

Besonders heikel und ebenfalls im Zusammenhang mit den Konflikten mit Russland ist „Steadfast Noon" zu sehen. Dabei handelt es sich um eine jährliche Übung, bei der der Einsatz von im Rahmen der nuklearen Teilhabe in fünf europäischen Ländern, darunter auch Deutschland (Büchel), stationierten US-Atomwaffen geprobt wird. Zuletzt wurde dabei 2020 mit Schwerpunkt in Deutschland und den Niederlanden und 2021 vor allem in Italien geübt. Allerdings gehören zu dieser Übung gleich eine ganze Reihe von Komponenten: „Im Vergleich zu früheren Machtdemonstrationen erweitert man seit einigen Jahren die Übungsszenarien. So wird neben Büchel auch der deutsche Luftwaffenstützpunkt Nörvenich in die Atomübung einbezogen. Beteiligt sind jedoch nicht nur Staaten, die Jagdbomber direkt für den Nukleareinsatz vorhalten. Auch der Transport der B61-Bomben an andere Standorte wird geübt. Um bis zu den jeweiligen Zielgebieten vordringen zu können, brauchen die Angreifer Partner, die den Luftraum freimachen und die gegnerische Luftabwehr mit elektronischen wie konventionellen Mitteln niederhalten. Tankflugzeuge erweitern die Reichweite der Bomber."[9] Nicht unbedingt als Gefechtsübung, aber dennoch im Feld bzw. auf See finden schließlich die erheblich an Bedeutung gewinnenden Manöver zur Freiheit der Schifffahrt (Freedom of Navigation Operations, FONOPs) statt. Dabei wird mit Kriegsschiffen durch umstrittene Gebiete gefahren, um – je nach Sichtweise – deren Freiheit oder Kontrolle zu gewährleisten. Hierbei handelt es sich um eine der derzeit wohl heikelsten Manöverformen, wie sich u.a. im Sommer 2021 zeigte, als es fast zu einem Zusammenstoß zwischen der britischen HMS Defender und russischen Kriegsschiffen im Schwarzen Meer gekommen wäre. Auch im Indo-Pazifik schrammen vor allem China und die USA im Rahmen von FONOPs recht regelmäßig nur knapp an einer Katastrophe vorbei (siehe den Beitrag von Jürgen Wagner).

Spiel mit dem Feuer

Mit der Zunahme der Manöver steigt auch die Gefahr, dass dabei feindliche Truppen gewollt oder ungewollt aneinandergeraten. In der allgemein aufgeheizten Stimmung besteht dabei die Gefahr, dass solch ein Zusammenstoß der Anstoß für eine weitergehende Eskalation mit kaum absehbaren Folgen sein könnte. So förderte eine Untersuchung des „European Leadership Network" zutage, dass es allein in den zwölf Monaten zwischen März 2014 und März 2015 zu 66 Beinahe-Zusammenstößen zwischen westlichen und russischen Truppen gekommen ist.[10] Gezählt wurden dabei nur Hochrisiko-Ereignisse, andere Untersuchungen warten mit noch weitaus größeren Zahlen auf: „Unsere Datenbasis, die wir aus öffentlich zugängli-

chen Informationen erstellt haben, ergibt von Januar 2013 bis Dezember 2020 etwa 2.900 berichtete Ereignisse zwischen NATO-Verbündeten und Russland, die Einsätze durchführten, die sie in gefährliche Nähe zueinander brachten. Außerdem gingen die jährlichen Zahlen in diesem Zeitraum nach oben."[11]

In jedem Fall lässt sich also sagen, dass die Gefahr, dass es zu solchen Zusammenstößen kommen könnte, erheblich ist und tendenziell immer weiter zunimmt. Vor diesem Hintergrund ist es ebenso alarmierend wie skandalös, dass die noch aus dem Kalten Krieg bekannten „Backchannels" – das berühmte rote Telefon oder der heiße Draht –, die im Falle einer drohenden Eskalation schnelle Kommunikationsmöglichkeiten ermöglichten, heute in dieser Form nicht mehr existieren. Teils selbst militärischem Säbelrasseln nicht abgeneigten Personen wie Wolfgang Ischinger bereitet die Situation sichtlich Unbehagen: „Bis heute gibt es kein gemeinsames militärisches Krisenreaktionszentrum der NATO und Russlands oder auch nur gemeinsame Absprachen über das Vorgehen im Falle eines militärischen Zwischenfalls. Wer wen wie kontaktieren würde, um bei einem solchen Fall eine Eskalation zu verhindern, ist nicht hinreichend geklärt. Je unklarer in einem solchen Krisenmoment aber die Abläufe sind, desto höher ist die Gefahr von katastrophalen Entwicklungen."[12]

Zuletzt kritisierte auch der Chef der britischen Armee am 14. November 2021: „Viele der traditionellen diplomatischen Instrumente und Mechanismen, mit denen Sie und ich im Kalten Krieg aufgewachsen sind, gibt es nicht mehr. Und ohne diese Instrumente und Mechanismen besteht ein größeres Risiko, dass diese Eskalation zu einer Fehlkalkulation führen könnte. Ich denke, das ist die eigentliche Herausforderung, mit der wir konfrontiert werden."[13] So bleibt die Erkenntnis, dass es sich bei diesen Manövern um ein gefährliches Säbelrasseln handelt, das zur Kriegsvorbereitung dient und gleichzeitig die Kriegswahrscheinlichkeit erhöht – im besten Falle sollten sie deshalb auf null gesetzt werden. Zumindest aber sollten sich die Staaten darum bemühen, die Gefahr einer Eskalation infolge von Zusammenstößen so weit als möglich zu minimieren. Russland hat dazu in seinem Entwurf für einen neuen Sicherheitsvertrag vom 17. Dezember 2021 einige Vorschläge unterbreitet, bislang sieht es aber leider nicht so aus, als würden diese im Westen auf offene Ohren stoßen. Die russischen Forderungen zeigen jedenfalls, wie bedrohlich Moskau die NATO-Manöver einstuft, wenn es auf den „Rückzug aus Regionen für operative Militärübungen in eine vereinbarte Entfernung von der Kontaktlinie zwischen Russland und der NATO" ebenso pocht wie auf eine „Koordinierung des nächsten Anflugpunktes von Kampfschiffen und -flugzeugen zur Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten, vor allem in der Ostsee- und Schwarzmeerregion."[14]

US-amerikanischer Panzer bei einer Übung in Litauen 2020.
Quelle: Flickr/NATO North Atlantic Treaty Organization.

Anmerkungen

1 Begriffe: Bundeswehr von A-Z: Manöver.

2 Die Zahlen sind den NATO-Factsheets „Key NATO and Allied exercises" für das jeweilige Jahr entnommen.

3 Zusätzlich zu den drei im Text aufgeführten Manövergattungen existieren zum Beispiel noch Stabsübungen, bei denen Führungsstrukturen getestet werden oder auch Zertifizierungsübungen, um die Einsatztauglichkeit von Einheiten oder Strukturen zu attestieren.

4 Shlapak, David/Johnson, Michael: Reinforcing Deterrence on NATO's Eastern Flank, Rand Arroyo Center 2016.

5 Misser, Facois: Nato übt weltweite Intervention, taz, 22.6.2006.

6 Heilig, René: Norwegen plant größte Militärübung seit den 1980er Jahren, Neues Deutschland, 23.1.2022.

7 Hoppmann, Eike Hagen: Hollywood im Fjord, Spiegel Online, 31.10.2021.

8 „Es braucht diese Übungen unbedingt", Süddeutsche Zeitung, 25.10.2018.

9 Heilig, René: Nato übt den Massenmord, Neues Deutschland, 21.10.2021.

10 Russia – West Dangerous Brinkmanship Continues, European Leadership Network, 12.3.2015.

11 Clem, Ralph/Finch, Ray: Crowded Skies and Turbulent Seas: Assessing the Full Scope of NATO-Russian Military Incidents, War-on.the-rocks.com, 19.8.2021.

12 Ischinger, Wolfgang: Das Russland-Paradox, Spiegel Online, 3.7.2016.

13 Mendonca, Duarte: Britain's army chief warns risk of accidental war with Russia is greater than during Cold War, CNN, 14.11.2021.

14 So eine Erklärung des russischen Außenministeriums zu Moskaus Forderungen. Russlands Antwort auf NATO-Aggression, junge Welt, 17.12.2021.

Wege an die Front

Logistik für Übung und Ernstfall in EU und NATO

von Victoria Kropp

Die „Militärische Mobilität“ soll dafür sorgen, dass innerhalb der EU militärische Truppen, Fahrzeuge und Geräte ungehindert Landesgrenzen passieren können. Momentan scheitert ein reibungsloser Transport an nicht geeigneter Infrastruktur – zum Beispiel sind Straßen nicht breit genug oder Brücken haben keine ausreichende Tragfähigkeit – und an bürokratischen Formalien, zum Beispiel umständliche und uneinheitliche Zoll- und Genehmigungsverfahren. Nach dem Willen der EU sollen mit dem Konzept der Militärischen Mobilität physische und rechtliche Hindernisse abgebaut werden, damit militärische Truppen und Ausrüstung ohne große Probleme innerhalb der EU transportiert werden können. Die Vereinheitlichung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und anderer Formalien sollen bis 2024 abgeschlossen werden. Zusätzlich soll bis dahin geprüft werden, ob die vorhandene Infrastruktur für zivile und militärische Zwecke genutzt werden kann, und wo nicht, soll sie so ausgebaut werden, dass auch eine militärische Nutzung möglich ist. Ziel ist die Schaffung eines militärisch nutzbaren europaweiten Transportnetzwerkes, das gezielt zivile Kapazitäten in eine militärische Nutzung einbindet.[1]

Ständige Strukturierte Zusammenarbeit

Grundlage für die Militärische Mobilität ist die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, im Englischen mit PESCO abgekürzt (Permanent Structured Cooperation). PESCO wurde 2017 im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegründet und die teilnehmenden Staaten haben sich auf 20 verbindliche Verpflichtungen geeinigt, um ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen.[2] Militärische Mobilität ist eine von den 20 Verpflichtungen. An PESCO nehmen alle EU-Staaten außer Dänemark und Malta teil und an der Militärischen Mobilität alle PESCO-Staaten außer Irland.

Derselbe Ratsbeschluss, mit dem PESCO eingerichtet wurde, sieht auch die Möglichkeit vor, dass Drittstaaten, die nicht der EU angehören, an PESCO-Projekten teilnehmen können. Im Mai 2021 gab der Rat den Anträgen Kanadas, Norwegens und der USA auf Teilnahme am Projekt Militärische Mobilität statt. Auch die Türkei bekundete ihr Interesse. In welchem Umfang und mit welchen finanziellen Zuwendungen die drei Staaten teilnehmen werden, ist noch unklar.[3]

Zusammenarbeit von EU und NATO

Mit der Militärischen Mobilität möchte die EU ihre Zusammenarbeit mit der NATO stärken. Die NATO kritisierte bereits öfters, dass Straßen, Brücken und Schienen nicht nach militärischen Gesichtspunkten gebaut wurden. Die NATO forderte von der EU, dass sie mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen solle. Die NATO selbst sagt, dass geopolitische Veränderungen seit 2014 dazu geführt hätten, dass die NATO wieder ihre „ursprüngliche Aufgabe der territorialen Abschreckung und Verteidigung“ wahrnehmen müsse. Aus diesem Grund hat die NATO auch 2014 den Readiness Action Plan beschlossen, mit dem sie ihre Präsenz im Osten des Bündnisgebietes verstärken will.[4] Mit dem Plan wurde die NATO Response Force aufgestockt und als Ergänzung die Very High Readiness Force beschlossen. Die Very High Readiness Force im Unfang von insgesamt 20.000 Soldat*innen soll für NATO-Operationen innerhalb von 48 bis 72 Stunden einsatzbereit an jedem Ort des Bündnisgebietes sein. Dafür braucht es die entsprechende Infrastruktur und vereinfachte Verfahren, die durch Militärische Mobilität ermöglicht werden sollen. Die NATO will mit dem Readiness Action Plan vor allem die Präsenz im Osten verstärken.[5]

Ein weiterer Grund ist, dass die EU sich selbst sicherheits- und außenpolitisch besser aufstellen möchte. In einem Bericht des Europäischen Parlaments über Mili-

tärische Mobilität wird die EU als „verlässlicher globaler Sicherheitsgarant und Friedensakteur“ beschrieben, der in der Lage sei „den Frieden zu sichern.“ Dazu sollen mittels operativer Maßnahmen physische, verfahrenstechnische und rechtliche Hindernisse abgebaut werden, „um eine effektiver, reaktionsschneller und geschlossener handelnde Union zu schaffen, die in der Lage ist, die gemeinsamen Interesse und Prioritäten der EU bei der Förderung des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit ihrer Bürger und Hoheitsgebiete zu verfolgen.“[6]

Dazu sagte die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, in ihrer Rede zur Lage der Union 2021: „[D]ie Europäische Union [sorgt] in einzigartiger Weise für Sicherheit. Es wird Missionen ohne die Beteiligung der NATO oder UNO geben – hier sollte die EU Präsenz zeigen. […] Wir können militärische und zivile Aspekte miteinander verbinden, zusammen mit Diplomatie und Entwicklungspolitik. […] Die gute Nachricht ist, dass wir in den letzten Jahren begonnen haben, im Sicherheitsbereich europäische Strukturen aufzubauen. Doch was wir brauchen, ist die Europäische Verteidigungsunion. In den letzten Wochen gab es viele Debatten über schnelle Reaktionskräfte. Welche Art brauchen wir und wie viele? Verbände, die rasch eingesetzt werden können, oder eine EU-Interventionstruppe.“[7]

Bezüglich der EU-NATO-Zusammenarbeit bei der Militärischen Mobilität sagte der stellvertretende NATO-Generalsekretär Mircea Geoană: „Eine enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU im Bereich der militärischen Mobilität ist wichtig für die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft und der kollektiven Sicherheit. […] Die militärische Mobilität ist für die Abschreckung und die Verteidigungsposition der NATO von wesentlicher Bedeutung. […] Die Fähigkeit der NATO, Streitkräfte und Ausrüstung schnell über den Atlantik und über die europäischen Grenzen hinweg zu verlegen, untermauert die Fähigkeit des Bündnisses, Frieden und Sicherheit zu wahren. […] Eine rasche Verlegung in ganz Europa erfordert nicht nur das Militär, sondern einen gesamtstaatlichen Ansatz, der auch den Wirtschaftssektor sowie zivile und militärische Akteure einbezieht.“[8]

In einem Entwurf des Strategischen Kompasses der EU vom 9.11.2021 heißt es, dass gemeinsame Übungen der EU und NATO im Rahmen der Militärischen Mobilität eine Triebkraft für eine verstärkte Zusammenarbeit und ein Weg zur Vertrauensbildung und Vertiefung der Partnerschaft seien.[9] Das heißt, die Militärische Mobilität soll auch über gemeinsame militärische Übungen als Schnittstelle für die EU-NATO-Zusammenarbeit dienen. Es wird deutlich, dass die Militärische Mobilität mehr ist als nur der Umbau von Straßen und die Vereinheitlichung von Zollverfahren. Es geht nicht nur darum, im Falle des Falles schnell Truppen und Ausrüstung transportieren zu können, sondern es geht auch um aktive Provokation und Abschreckung. Denn mit Provokation und Abschreckung könne aus Sicht der NATO und der EU Frieden und Sicherheit garantiert werden. Gleichzeitig sollen zivile Strukturen und Akteure in ein militärisches Konzept eingebunden werden. Es geht also darum, eine Militarisierung (v.a. im Osten des NATO-Bündnisgebiets) mit einem zivilen Label zu versehen, um damit auch öffentlichen Protest so gering wie möglich zu halten.

Finanzierung

Eine Finanzierungsquelle ist der Mehrjährige Finanzrahmen der EU von 2021-2027.[10] Im Bereich Strategische Investitionen gibt es den Posten Connecting Europe Facility for Transport, mit dem die europäische Infrastruktur finanziert wird. Darüber kann dann finanziert werden, was unter dem Deckmantel „zivile Infrastruktur“ so umgebaut wird, dass es auch militärisch nutzbar ist.[11] Zudem gibt es im Mehrjährigen Finanzrahmen in dieser Förderperiode zum ersten Mal den Bereich Sicherheit und Verteidigung und dort gibt es für die Militärische Mobilität einen eigenen Posten. Wie viel über die Connecting Europe Facility für die Militärische Mobilität finanziert wird, kann im Voraus nicht seriös eingeschätzt werden. Über den Posten Militärische Mobilität im Bereich Sicherheit und Verteidigung werden es von 2021 bis 2027 insgesamt knapp 1,7 Milliarden Euro sein.[12]

Eine weitere Finanzierungsquelle bietet der Wiederaufbaufonds NextGenerationEU18, mit dem eigentlich die europäischen Volkswirtschaften nach der COVID-19-Pandemie wieder gestärkt werden sollen. Aber im dritten Fortschrittsbericht zum Aktionsplan Militärische Mobilität von Oktober 2021 heißt es: „Zusammen mit dem langfristigen EU-Haushalt für den Zeitraum 2021-2027 hat die EU das Aufbauinstrument NextGenerationEU18 angenommen, mit dem die Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert wird. Im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität werden 672,5 Mrd. EUR an Darlehen und Zuschüssen zur Unterstützung von Reformen und Investitionen auf nationaler Ebene bereitgestellt. Die Mitgliedsstaaten können ihre Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität auch für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, einschließlich der Infrastruktur mit Doppelnutzung, verwenden.“[13] Diese erwähnte Doppelnutzung meint die zivile und militärische Nutzung. Das heißt, über den Wiederaufbaufonds können auch Projekte der Militärischen Mobilität finanziert werden.

Ein Bundeswehrsoldat regelt den Verkehr für zivile Fahrzeuge während der Übung White Sparrow 2021.
Quelle: Flickr/Bundeswehr/Marco Dorow.

Schluss

Zum Schluss stellt sich die Frage, was bisher mit der Militärischen Mobilität erreicht wurde. Bisher ist das noch nicht viel Konkretes. Im dritten Fortschrittsbericht von Oktober 2021 steht, dass Vorschläge zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten mit ziviler und militärischer Nutzung eingereicht wurden und es gab Fortschritte bei den Verfahrens- und Regulierungsangelegenheiten sowie bei der technischen Umsetzung dieser Angelegenheiten. Zudem wurde ein digitales System für den sicheren und schnellen Austausch von Informationen entwickelt. Die Fortschrittsberichte erscheinen einmal im Jahr. Das heißt, im Herbst 2022 wird der nächste veröffentlicht. In dem Bericht werden dann wahrscheinlich konkretere Zahlen zur Finanzierung über NextGenerationEU18 und mehr über die Zusammenarbeit mit den USA, Kanada und Norwegen stehen.

Anmerkungen

1 Europäisches Parlament: Bericht über militärische Mobilität, 21.11.2018.
2 Bundesministerium der Verteidigung: PESCO.
3 Schlitz, Christoph B.: Deutschlands zentrale Rolle in Europas neuem Bündnis zur Verteidigung. Artikel erschienen in WELT am 6.5.2021.
4 European Parliament Research Service: Military mobility, PE 635.570, März 2019.
5 Bundesministerium der Verteidigung: VJTF 2019: Jederzeit schnell einsatzbereit, 26.11.2019.
6 Europäische Kommission: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über Aktionsplan zur militärischen Mobilität, 28.3.2018.
7 Europäische Kommission: Rede der Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2021, 15.9.2021.
8 NATO: Deputy Secretary General discusses NATO-EU cooperation at military mobility symposium. Pressemitteilung vom 6.5.2021.
9 Europäischer Auswärtiger Dienst: A Strategic Compass for Security and Defence - For a European Union that protects its citizens, values and interests and contributes to international peace and security. Document EEAS(2021) 1169, 9.11.2021.
10 Europäische Kommission: Multiannual Financial Framework 2021-2027.
11 Europäische Kommission: Joint Report to the European Parliament and the Council on the Implementation of the Action Plan on Military Mobility from October 2020 to September 2021, 24.9.2021.
12 Europäische Kommission: EU-Haushalt 2022: Den Wiederaufbau in Europa und Fortschritte in Richtung grüne, digitale und resiliente Zukunft beschleunigen. Pressemitteilung vom 8.6.2021.
13 Europäische Kommission: Gemeinsamer Bericht an das Europäische Parlament und den Rat über die Umsetzung des Aktionsplans zur militärischen Mobilität von Oktober 2020 bis September 2021, 24.9.2021.

Organisierter Aufmarsch

NATO-Kommando in Ulm koordiniert Truppenbewegungen in Europa

von Martin Kirsch

Am 8. September 2021 kam der US-General Tod Wolters, Chef des Nato-Oberkommandos Allied Command Operations und Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), nach Ulm. Im Kongresszentrum fand eine militärische Zeremonie statt. Nach drei Jahren Aufbauphase wurde die volle Einsatzbereitschaft eines neuen NATO Hauptquartiers festlich verkündet.[1] Das Joint Support and Enabeling Command (JSEC) ist eines von mittlerweile vier operativen Militärhauptquartieren der NATO. Die direkte Planung und Führung von Kampfeinsätzen steht in Ulm allerdings nicht auf der Agenda. Im NATO-Sprech wird das JSEC auch als Rear Area Command, also als Kommando für den rückwärtigen Raum in Europa, bezeichnet. Hier werden Truppenbewegungen, Aufmarschrouten und die Absicherung militärisch relevanter Infrastruktur im rückwärtigen Raum der NATO in Europa koordiniert. Damit wird das JSEC in Ulm in Zukunft an allen Manövern der NATO beteiligt sein, bei denen sich größere Truppenkontingente über den europäischen Kontinent bewegen.

Drehscheibe Deutschland

Im Rahmen der Aufrüstung entlang der NATO-Ostflanke wurde ab 2016 schnell klar, dass (Nord)Deutschland eine zentrale Rolle für Truppenverlegungen von den USA nach Polen und ins Baltikum einnehmen würde. Auch grundlegendere Überlegungen machten deutlich, dass diverse Wege für Truppenverlegungen in Europa von West nach Ost und Süd nach Nord sich in Deutschland kreuzen. Die Bundesregierung und die Bundeswehr machten aus dieser geografischen Gegebenheit schnell eine Tugend. So heißt es in der Konzeption der Bundeswehr von 2018: „Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage eine strategische Drehscheibe im Zentrum Europas und gleichzeitig ein wesentliches europäisches Element kollektiver Verteidigung. Die Handlungsfähigkeit des NATO-Bündnisses und der EU beruht auch auf Deutschlands Aufgabenerfüllung als Host Nation [dt. Gastgebernation], als Transitland für die Verlegung von Kräften an die Grenzen des Bündnisgebietes und im rückwärtigen Einsatzgebiet.“[2]

Doch neue Logistikeinheiten der Bundeswehr und mehrere EU-Projekte zur Vereinfachung von Logistik und Truppenbewegungen schienen nicht genug zu sein.

Im Februar 2018 wurden Pläne des Verteidigungsministeriums veröffentlicht, die zusätzlich die Einrichtung eines neuen NATO-Kommandos für die Koordination von Truppenverlegungen des Bündnisses in ganz Europa mit Standort in Deutschland vorsahen.[3]

Umbau der NATO-Kommandostruktur

Nach dem Ende des letzten Kalten Kriegs und dem neuen Fokus auf Auslandseinsätze wurden die Kommandostrukturen der NATO stark reduziert. Zwischen 2004 und 2018 unterhielt das Bündnis noch zwei operative Hauptquartiere (Joint Force Command/ JFC) in Brunssum in den Niederlanden, nahe der Grenze zu Aachen und im süditalienischen Neapel. Im Zuge der Konfrontation mit Russland wurden den beiden bestehenden JFC in Anlehnung an den letzten Kalten Krieg wieder regionale Zuständigkeiten für Nord- und Nordosteuropa bzw. Süd- und Südosteuropa zugeteilt.

Auf dem NATO-Gipfel 2018 in Brüssel wurde zudem der Beschluss zur Schaffung von zwei weiteren operativen Hauptquartieren gefasst.[4] Ein neues JFC in Norfolk im US Bundesstaat Virginia soll laut NATO für Sicherheit auf dem Atlantik und im Nordmeer sorgen. Damit fällt auch die Absicherung von Truppentransporten von Nordamerika nach Europa, die mittlerweile wieder jährlich in der Manöverreihe Defender geübt werden, in den Zuständigkeitsbereich des JFC Norfolk. Der Standort Norfolk ist nicht zufällig auch der Heimathafen der reaktivierten Atlantikflotte der US Navy, die in Doppelfunktion, gemeinsam mit dem JFC Nor-

folk, durch einen US-Dreisterneadmiral geführt wird. Das Personal kommt aus diversen NATO-Staaten. So wird der Posten des Vize-Kommandeurs aktuell von einem britischen Admiral und die Position des Stabschefs von einem deutschen Marineoffizier besetzt.

Das zweite neue Hauptquartier, das Joint Support and Enabeling Command in Ulm, bildet das Bindeglied zwischen den drei Joint Force Commands. Es zeichnet für den rückwärtigen Raum in Europa verantwortlich. Grundsätzlich erstreckt sich das Einsatzgebiet des JSEC "auf den Verantwortungsbereich des SACEURs und reicht von Grönland bis nach Afrika, Europa und dessen Randmeere."[5] Tatsächlich aktiv wird das JSEC aber nur in den Regionen, die hinter den Einsatzbereichen der drei JFCs liegen.

Aufgabenteilung

Der Aufgabenbereich des JSEC verdeutlicht sich durch einen Blick auf das NATO Manöver Steadfast Defender 2021. Das Manöver war in drei Phasen aufgeteilt. In einer ersten Phase wurden Truppenkontingente aus den USA und Kanada mit Schiffen über den Atlantik transportiert. Für diese Manöverphase, in der die Transportschiffe militärisch auf See, in der Luft und im Cyberraum gesichert wurden, war das JFC Norfolk verantwortlich.[6] In der dritten Phase erreichten alle beteiligten Truppen das Manövergebiet in Südosteuropa, in dem größere Militärübungen durch das JFC in Neapel geführt wurden. Dazwischen lag die zweite Phase, in der das JSEC aktiv wurde. Auch wenn sich parallel reale NATO-Truppen vom Atlantik nach Rumänien und Bulgarien bewegten, fand die erste Großübung des JSEC 2021 nur als Simulation statt.[7]

In den Szenarien, die in die Einsatzzentrale in Ulm eingespielt wurden, kam es zu gegnerischen Angriffen und weiteren Komplikationen, die den Truppenaufmarsch behinderten. Häfen waren durch Cyberangriffe eingeschränkt, Autobahnen waren nicht befahrbar und größere Truppenansammlungen wurden ausgespäht, sodass mit sog. hybriden Angriffen gerechnet werden musste.[8] Aufgabe des JSEC war es also, die Truppen- und Materialtransporte trotz Zwischenfällen sicher an ihren Bestimmungsort im Einsatzgebiet zu bringen. Wie in den Manövern Defender 2020 und Steadfast Defender 2021 geübt, würde auch im Ernstfall ein Truppenaufmarsch an die Ostgrenze der NATO ähnlich verlaufen.

Geändertes JSEC-Logo. Quelle: Monika Mazur.

Koordination aus einer Hand

Bewegen sich NATO-Militärs durch andere Staaten des Bündnisgebiets, sind primär die jeweiligen Gastgeberländer für die Unterstützung und die Absicherung dieser Truppenbewegungen verantwortlich (Host Nation Support). Zudem müssen auch bei Truppenverlegungen nationale Einreiseregelungen sowie Zoll- und Gefahrgutbestimmungen berücksichtigt werden. Auch mit der Aktivierung des JSEC ändert sich dieser Grundsatz nicht. Bei einer Truppenverlegung von Portugal nach Litauen müssen beispielsweise fünf Ländergrenzen überschritten werden. Bisher brauchte es daher fünf separate Ansprechstellen und diverse Absprachen. In Zukunft nimmt das JSEC die Rolle des Koordinators ein. Ein Land, das Truppen verlegen will, fragt beim JSEC an und das Ulmer-Kommando klärt die Rahmenbedingungen mit den jeweiligen Ländern, die durchfahren werden. Kommt es darüber hinaus bei großen Truppenbewegungen zu Engpässen auf Straßen, Schienen und Wasserwegen, kann sich das JSEC einschalten und die Transporte im Sinne der NATO-Führung priorisieren. Für die konkrete Umsetzung und Unterstützung der Verlegungen bleiben weiterhin die jeweiligen Länder verantwortlich. Über das JSEC können sie allerdings im Fall von fehlenden Ressourcen Kräfte aus anderen NATO-Staaten für die jeweiligen Aufgaben wie den Schutz von Infrastruktur oder Logistikkräfte zur Errichtung von Abfertigungspunkten und Feldlagern abrufen.

Standort Ulm

Wie auch das JFC Norfolk nicht zufällig an der US-Ostküste, im größten Militärhafen der Welt mit besonderer Relevanz für den Atlantik, aufgestellt wurde, fiel auch die Entscheidung für Ulm nicht ohne Grund. Bereits im letzten Kalten Krieg beherbergte der Südwesten Deutschlands diverse Kommandostrukturen und Truppenteile der NATO. Zwischen 1956 und 2005 war das II. Korps der Bundeswehr in der Wilhelmsburgkaserne in Ulm untergebracht. Für den Kriegsfall

war das Korps über das operative Kommando für Mitteleuropa (Allied Forces Central Europe) direkt der NATO unterstellt. Im Rahmen der Umstrukturierung von Bundeswehr und NATO und der zunehmenden Ausrichtung auf Auslandseinsätze wurde das II. Korps 2005 zum Kommando Operative Führung Eingreifkräfte umstrukturiert. In dieser neuen Funktion sollte das Ulmer Kommando zur Führung von Auslandsmissionen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zur Verfügung stehen. Zu einem tatsächlichen Einsatz in dieser Rolle kam es allerdings nicht. Daraufhin erfolgte ab 2014 eine erneute Umstrukturierung zum Multinationalen Kommando Operative Führung. Weiterhin als Dienstelle der Bundeswehr wurde der Stab allerdings durch diverse multinational besetzte Dienstposten erweitert. Mit einer Übung in 2018 erfolgte zudem die NATO-Zertifizierung des Kommandos. Von Juli 2018 bis Juli 2019 stand das Kommando für die Führung der NATO Responce Force (NRF) in Bereitschaft. Zuletzt war das Ulmer Kommando zwischen Juli 2020 und April 2021 bereit, um im Fall der Aktivierung die Führung der EU-Battlegroup zu übernehmen.[9] Wie in Norfolk nutze auch die Bundeswehr einen etablierten Standort und gefestigte Führungsstrukturen, um an der Seite des Multinationalen Kommandos Operative Führung auch das neue NATO-Kommando JSEC aufzubauen. Auch hier führt ein deutscher Dreisternegeneral beide Kommandos parallel. In Friedenszeiten unterstehen ihm bis zu 280 Soldat*innen aus 13 NATO-Staaten. Seine aktuellen Stellvertreter kommen beispielsweise aus Polen und den Niederlanden. In Krisenzeiten kann das Personal auf bis zu 600 Soldat*innen aufgestockt werden.

Um auch die neuen Aufgaben der NATO übernehmen zu können und das neue Personal unterzubringen, wird fleißig in den Standort investiert. So wurden in den letzten Jahren vier große neue Gebäude auf dem Kasernenareal errichtet. Die neue Operationszentrale, ein IT-Gebäude mit angeschlossenem Trainingscenter, ein Konferenzzentrum mit Platz für 300 Personen und ein Gebäude, in dem Zelte für ein weltweit verlegbares Hauptquartier gelagert, gereinigt und gewartet werden, ließ sich die Bundeswehr bereits rund 70 Millionen Euro kosten.[10] Um alle geplanten Bau- und Modernisierungsmaßnahmen umzusetzen, rechnet die Bundeswehr mit Bauarbeiten bis 2028, die weitere Millionensummen verschlingen werden.[11]

Proteste gegen das JSEC

Bereits im Juli 2018, einen Monat nach Bekanntwerden der Entscheidung der NATO, das neue JSEC-Kommando in Ulm zu stationieren, kam es zu einer ersten Demonstration, zu der diverse Friedensgruppen aufriefen. Seitdem haben in Ulm wieder überregionale Ostermärsche stattgefunden, die neben weiteren Anliegen auch das JSEC thematisierten. Am Tag der Zeremonie zur Erklärung der vollen Einsatzbereitschaft des JSEC im vergangenen September, die erst wenige Tage zuvor öffentlich geworden war, fanden sich Demonstrant*innen vor dem Kongresszentrum ein, die lautstark darauf aufmerksam machten, dass die Bevölkerung von Ulm keineswegs geschlossen hinter dem neuen NATO-Kommando steht. Neben grundlegender Kritik an der Aufrüstung der NATO weist die lokale Friedensbewegung in Ulm immer wieder darauf hin, dass die Stadt durch die Stationierung des neuen NATO-Hauptquartiers im Kriegsfall zu einem relevanten Angriffsziel werden würde. Diese Befürchtung macht deutlich, dass das Ulmer Kommando nicht nur an diversen kommenden Manövern beteiligt sein wird, sondern auch im Fall eines offenen Krieges der NATO mit Russland eine herausgehobene Stellung für den Truppenaufmarsch in Europa einnehmen würde.

Anmerkungen

1 Zeit Online: Nato-Unterstützungskommando: Volle Einsatzbereitschaft, 8.9.2021, zeit.de.

2 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Konzeption der Bundeswehr, S.60, 20.6.2018, bmvg.de.

3 BMVg: Neues Unterstützungskommando der NATO, 14.2.2018, bmvg.de.

4 Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO: Gipfelerklärung von Brüssel – Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats-und Regierungschefs in Brüssel, 11. –12. 7.2018, Punkt 29, Seite 14f, nato.diplo.de.

5 BMVg: Neues Unterstützungskommando der NATO (JSEC) in Ulm, 8.6.2018, bmvg.de.

6 US Navy: Joint Force Command Norfolk Kicks off Part 1 of NATO's Steadfast Defender 2021, 20.5.2021, navy.mil.

7 NATO: JSEC kicks off NATO exercise Steadfast Defender 2021 Part 2 under strict COVID-19 precautionary measures, 7.5.2021, jsec.nato.int.

8 Europäische Sicherheit und Technik: Reibungslose Verlegung von Mensch und Material gewährleisten – Interview mit Generalleutnant Jürgen Knappe, Commander Joint Support and Enabling Command und Befehlshaber Multinationales Kommando Operative Führung, S.40ff, Ausgabe 8/2021.

9 Truppendienst – Magazin des Österreichischen Bundesheeres: Das Multinationale Kommando Operative Führung in Ulm, 12.10.2020, truppendienst.com.

10 Neu-Ulmer Zeitung: 70 Millionen Euro investiert: So wächst die Wilhelmsburg-Kaserne in Ulm, 11.4.2021, abrufbar über: augsburger-allgemeine.de.

11 Bundeswehr: Neue Funktionsinfrastruktur in Ulm, 2.3.2021, bundeswehr.de.

NATO-Manöver im Cyberraum

Cyber Coalition, Locked Shields und Crossed Swords

von Aaron Lye

Auf dem Warschauer Gipfel im Jahr 2016 hat die NATO den Cyberraum/Cyberspace zum Operationsgebiet erklärt und sich die Verbesserung ihrer operativen Reaktionen und die Entwicklung der Kriegsführung durch Übungen als Ziel gesetzt. Allerdings wurden informationstechnische Angriffe bereits auf dem Gipfel 2006 in Riga als mögliche asymmetrische Bedrohungen genannt und gemeinsame Programme zum Schutz von Informationssystemen als notwendig festgehalten. Seit 2008 trainiert die NATO in gemeinsamen Manövern den Cyberkrieg.

Die eingesetzten Waffen sind Werkzeuge aus dem Bereich der Informatik. Offensive Operationen umfassen Aktionen, die durchgeführt werden, um Daten von IT-Systemen des Ziels oder des Gegners zu exfiltrieren (Spionage), Informationen zu manipulieren, Informationsflüsse zu beeinträchtigen oder Systeme zu zerstören. Umgekehrt gehört zum Cyberkrieg die Bereitstellung und Aufrechterhaltung der eigenen Kommunikations- und Kommandostrukturen sowie die Abwehr gegnerischer Angriffe auf eigene Systeme. Entsprechend umfassen defensive Operationen die Maßnahmen, die ergriffen werden, um unbefugte Aktivitäten in den IT-Systemen und Computernetzwerken (einer Regierung) zu schützen, zu überwachen, zu analysieren, aufzudekken und darauf zu reagieren.

Da sich informationstechnische Angriffe wesentlich von konventionellen unterscheiden, macht das Aufkommen der Cyberkriegsführung es erforderlich, dass Politik, Strategien, Konzepte, Doktrinen, Verfahren sowie Fähigkeiten und Personalstruktur umgestaltet werden. Tätigkeiten, die klassisch Geheim- und Nachrichtendiensten zugeordnet sind, werden jetzt ebenfalls vom Militär praktiziert. Entsprechend sind diese Teile des Militärs oft den Geheim- und Nachrichtendiensten des Landes nahestehend oder assoziiert. Das United Nations Institute for Disarmament Research hat bereits 2013 fast 100 Staaten identifiziert, welche sich innerhalb des Militärs für informationstechnische Kriegsführung rüsteten.[1]

Im Folgenden sollen die drei wichtigsten bekannten Manöver beleuchtet werden, die regelmäßig und in wechselnder Zusammensetzung von der NATO durchgeführt werden. Bei allen drei sind die Übungsszenarien fiktiv und finden in einer auf Europa basierenden Geografie statt. Des Weiteren handelt es sich um sogenannte Multi-level Exercises, bei denen unterschiedliche Schichten trainiert werden: Strategie, operative Ebene, Taktik und technische Ebene. In der Übung Cyber Coalition werden v.a. Entscheidungsstrukturen geübt, bei Locked Shields hingegen versuchen mehrere Teams Cyberangriffe abzuwehren, wohingegen bei dem Übungszyklus Crossed Swords offensive Cyber-Operationen zur Unterstützung von Spezialkräften geübt werden. Darüber/darunter liegende Schichten oder Teile dieser werden simuliert.

Bei den technischen Manövern gibt es fünf Teams. Das rote Team greift an. Das blaue Team verteidigt. Darüber hinaus gibt es das weiße Team, welches die Übung leitet und verwaltet, das gelbe Team, welches für die Situationserfassung zuständig ist, und das grüne Team, welches die technische Infrastruktur entwickelt und verwaltet.

Cyber Coalition

Seit 2008 findet jährlich im November das Manöver Cyber Coalition[2] statt. Es wird als die wichtigste Cyber-Übung der NATO, als Flaggschiff der kollektiven Cyberverteidigungsübung der NATO und eine der größten Übungen dieser Art weltweit beworben. Das Manöver dauert drei Tage.

Cyber Coalition ist eine kollektive Übung, d. h. die Teilnehmer:innen arbeiten gemeinsam auf ein bestimmtes Ziel hin, um Probleme zu lösen oder bestimmte Aufgaben zu erfüllen, anstatt miteinander zu konkurrieren. Das Manöver soll die Strategieplanung auf operationaler und taktischer Ebene sowie deren Umsetzung durch die NATO und ihre Mitglieder trainieren.

Die Übung wird vom Allied Command Transformation[3] unter der Leitung des Militärausschusses – und damit formal auf der höchsten Ebene der militärischen Hierarchie – geplant und durchgeführt.

An der Übung sind zahlreiche NATO-Einrichtungen beteiligt, darunter das NATO Cyberspace Operation Centre und die NATO-Kommunikations- und Informationsagentur (NCIA), welche für die gemeinsame Standardisierung und Beschaffung von IT-Komponenten und -Dienstleistungen zuständig. Eine zentrale Rolle nimmt auch das im estländischen Tallinn ansässige NATO-Exzellenzzentrum für gemeinsame Cyberabwehr (Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence, CCDCOE) ein.[4] Unterstützt werden sie von Akteuren aus der Industrie und der Wissenschaft. Sie finden im Cyber Security Exercise and Training Centre CR14 in Tallinn statt. Dieses stellt die Infrastruktur (virtuelle Umgebung), um die (technischen) Szenarien zu erproben. Über virtuelle Netze (VPN) nehmen die Teilnehmer:innen und die örtlichen Ausbilder:innen aus ihren jeweiligen Staaten und Einrichtungen an der Übung teil, eine kleine Übungssteuerungsgruppe kommt in Estland zusammen, um die Übung durchzuführen.

In den letzten Jahren waren jeweils 700 bis 1.000 Menschen beteiligt. 2021 nahmen rund 1.000 Teilnehmer:innen aus 25 NATO-Mitgliedstaaten, vier Partnerstaaten und der Europäischen Union (EU) teil, darunter insbesondere der EU-Militärstab und das Computer Emergency Response Team für die EU.

Ziel der Übung ist es, neue Taktiken, Techniken und Verfahren zu prüfen. Das bedeutet erstens die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen NATO-Gremien, NATO-Verbündeten und Partnerstaaten als auch Behörden; zweitens die Verbesserung der Fähigkeit des Bündnisses zur Durchführung von sogenannten Cyberspace-Operationen für militärische und zivile Stellen durch die Entwicklung eines Lagebewusstseins, den Austausch von Informationen und die Bewältigung von Angriffen; drittens die Bereitstellung einer Plattform zur Ermittlung von Fähigkeitslücken und Ausbildungsanforderungen, sowie zur Validierung von Verfahren der Cyber-Kriegsführung.

Mithilfe von Szenarien und Handlungsabläufen (u. a. Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Eindringen in Netzwerke, Spionage, Insider-Bedrohungen, Exfiltration und Datenmanipulation) soll das Manöver die Koordinierung, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch innerhalb der NATO verbessern. Das Manöver umfasst mehrere gleichzeitige Cyberangriffe auf die NATO und NATO-Mitgliedstaaten. Das Übungsszenario konzentriert sich auf eine fiktive Insel – Icebergen genannt – im Nordatlantik und umfasst eine Reihe realistischer Szenarien. Zu den Szenarien 2021 gehörten ein Cyberangriff auf Gasversorgungspipelines, ein Cyberangriff, der die Verlegung von Truppen und die Logistik stört, und ein pandemiebezogener Ransomware-Angriff, bei dem Impfstoffdaten gestohlen und Impfprogramme gefährdet werden.

Das Training von Malware-Analyse, Netzwerk- und Computer-Forensik, also die Analyse der Urheber, Techniken und Taktiken der Angriffe, ist eher nebensächlich und nur ein kleiner Teil des Manövers. Es gibt zwar unterschiedliche Angriffe und Malware, die analysiert und abgewehrt werden sollen, das technische Personal soll aber vor allem Berichte für die operationelle Ebene produzieren.

Locked Shields

Seit 2010 veranstaltet die NATO jährlich im April in Tallinn die Echtzeit-Netzwerkverteidigungsübung Locked Shields.[5] Diese Übung dauert zwei Tage.

Während Cyber Coalition primär kollaborativ ausgerichtet ist, ist dieses Manöver kompetitiv konzipiert. Nur ein (verteidigendes) blaues Team kann gewinnen. Die Übung ist als Wettbewerbsspiel aufgebaut, bei dem die verteidigenden Teams auf der Grundlage ihrer Leistung bewertet werden. Obwohl die Teams miteinander konkurrieren, ist die Übung so angelegt, dass sie die Teams ermutigt, Informationen auszutauschen und so weit wie möglich zusammenzuarbeiten.

Anfangs war es eine ausschließlich technische Übung. Mittlerweile handelt es sich ebenfalls um ein Multi-level Exercise, welches ebenfalls die operative Ebene einbezieht (allerdings liegt der Fokus nach wie vor auf der technischen Ebene). Locked Shields 2021 wurde vom CCDCOE in Zusammenarbeit u.a. mit der NCIA, dem estnischen Verteidigungsministerium, den estnischen Streitkräften, dem NATO-Exzellenzzentrum für Strategische Kommunikation (Strategic Communications Centre of Excellence, STRATCOM COE), der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) dem US Federal Bureau of Investigation (FBI) sowie dem europäischen Kompetenzzentrum für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen ausgerichtet. Hinzu kamen zahlreiche Industriepartner (siehe Kasten).

Industriepartner

Industriepartner bei Locked Shields 2021: Arctic Security, Atech, Avibras, BHC Laboratory, Bittium, Bolt, Bytelife, Cisco, Clarified Security, Cyber Test Systems, Cybernetica, Elisa, Ericsson, Foundation CR14, GuardTime, Iptron, Microsoft, openvpn, Palo-Alto networks, Sentinel, Siemens, SpaceIT, STM, Stamus Networks, Synopsys, SUTD iTrust Singapore, TalTech, Threod Systems, VTT Technical Research Centre of Finland.

Die Übung findet im Hilton-Hotel in Tallinn statt. Des Weiteren werden die zu verteidigenden Systeme visuell oder modellhaft aufbereitet. Beides dient dazu, die Übung für Politiker:innen, Entscheider:innen und Sponsoren ansprechend zu machen. Das CCDCOE stellt Personal für das weiße, gelbe, grüne sowie das offensive rote Team. NATO-Staaten, Partner, aber auch das NATO Computer Incident Response Capability stellen die blauen Teams. Zu den Teilnehmer:innen gehören Sicherheitsexpert:innen, die nationale IT-Systeme schützen, sowie politische Beamte und Rechtsberater:innen von NATO-Verbündeten und Partnern. Während sich die Organisatoren der Übung vor Ort treffen, haben die teilnehmenden blauen Teams via VPN Zugang zu den Übungsnetzen.

Die Teilnehmer:innenzahl erhöhte sich alle zwei bis drei Jahre signifikant (2012: 200, 2015: 400, 2018: 1000, 2021: 2000). Die Anzahl der teilnehmenden Staaten belief sich bis 2015 auf ca. 17, die zusammen mit 12 blauen Teams antraten. 2016 waren es schon 26 Staaten und 20 blaue Teams und ab 2018 fast 30 Staaten mit 22 blauen Teams.

Die blauen Teams haben die Aufgabe, die Netze und Dienste eines fiktiven Landes – Berylia – unter großem Druck aufrechtzuerhalten. Dazu gehören die Bewältigung und Meldung unterschiedlicher Angriffe auf eine Vielzahl von Systemen, die Lösung forensischer Herausforderungen sowie die Reaktion auf rechtliche, mediale und szenarienbedingte Einwirkungen. Umgesetzt wird dies anhand eines großen virtualisierten Netzwerks und eines fiktiven Szenarios inkl. der simulierten Infrastruktur des fiktiven Inselstaats Berylia im Nordatlantik. Das Fachpersonal der Verteidiger wird mit einer Vielzahl von Angriffen herausgefordert und an Grenzen bzw. zum Scheitern gebracht, damit diese aus Fehlern lernen und extreme Situationen und damit auch übliche Angriffe abwehren können. 2500 Cyberangriffe pro Team werden simuliert. Die Anzahl der zu schützenden virtuellen Systeme wurde gemäß der Teilnehmer:innenzahl angepasst: 2017 waren es noch 3000 Systeme, 2018 schon 4000 und 2021 5000. Die Übung bezieht reguläre Unternehmens-IT, kritische Infrastruktur und militärische Systeme mit ein. Realistische Netzwerke, Systeme und Angriffsmethoden bildeten die technische Umgebung.

Um in Locked Shields erfolgreich zu sein, müssen die konkurrierenden Teams sowohl technische als auch soziale Fähigkeiten beherrschen, d. h. sie müssen in der Lage sein, mit Medien- und Rechtsanfragen umzugehen und gleichzeitig Angriffe abzuwehren. Die Systeme und Aufgaben haben sich über die Jahre gewandelt und haben an Komplexität gewonnen. Bis 2014 bestand die Übung aus klassischen Client-seitigen Angriffen und aus Angriffen auf die Server via Exploits.

Neue Elemente im Jahr 2015 waren industrielle Steuerungssysteme (ICS/SCADA Systeme) und Windows 8 und 10 Betriebssysteme sowie ein Element von „aktiver Verteidigung“. Des Weiteren war eine Aufgabe, die Kontrolle über ein von Feinden übernommenes unbemanntes Luftfahrzeug (Unmanned Aerial Vehicle, UAV) zurückzuerlangen. Dabei standen die Teams unter Zeitdruck, da das bespielte Szenario lautete, dass die Drohne über einer Stadt kreise und nach drei Stunden aufgrund von Treibstoffmangel abstürzen werde. Zusätzlich zu technischen und forensischen Herausforderungen wurden Medien und rechtliche Fragestellungen erstmals Bestandteil der Übung.

Im Jahr 2017 hatten die blauen Teams die Aufgabe, die Dienste und Netze eines Luftwaffenstützpunkts des fiktiven Landes aufrechtzuerhalten, der dem Übungsszenario zufolge schweren Angriffen ausgesetzt war. Neben den Angriffen auf militärische Kommando- und Kontrollsysteme und andere operative Infrastrukturen waren Angriffe auf die Kontrollsysteme für ein von Siemens simuliertes Stromnetz sowie simulierte UAVs Teil der Übung. Die Übung ermöglichte den Umgang mit der simulierten Situation, in der ein unbekanntes Flugzeug über das Land fliegt. Die Flugdaten waren gefälscht bzw. simuliert und wurden vom roten Team in das System eingespeist.

Des Weiteren war die Übung in dem Jahr zum ersten Mal eine Multi-layer Exercise. Während IT-Expert:innen die Verteidigung von Computernetzwerken und die Bewältigung rechtlicher und forensischer Herausforderungen trainierten, übten politische Entscheidungsträger ihre Entscheidungsverfahren. Insbesondere ging es darum, wie ein einzelner Staat auf einen Cyberangriff reagieren sollte und wie man Entscheidungen aus rechtlicher und diplomatischer Sicht treffen kann.

2018 wurde die Situation um die Verteidigung eines 4G-Mobilfunknetzes für die öffentliche Sicherheit sowie einer SPS-gesteuerten Wasseraufbereitungsanlage erweitert. 2019 waren neben diesen beiden auch maritime Überwachungssensoren Teil der Übung.

2021 enthielt die Übung neben neuen Systemen (Stromnetze, Satellitensteuerung, Luftverteidigung, Wasseraufbereitung, mobile und militärische Kommunikationsnetzwerke) auch mehrere neue Herausforderungen für den Bereich der strategischen Entscheidungsfindung.

Auch der Finanzdienstleistungssektor wurde als Angriffsfläche für feindliche Angriffe hervorgehoben. Die Übung untersuchte, wie neu entstehende Technologien wie z.B. Deepfakes zukünftige Konflikte beeinflussen werden.

Crossed Swords

Seit 2014 findet jährlich in Riga die Übung Crossed Swords statt.[6] Diese technische und praxisnahe Übung dauert drei Tage und legt den Fokus auf das Training von Penetrationstester:innen und Expert:innen für digitale Forensik. Diese sollen lernen, besser mit verschiedenen Angriffsvektoren umzugehen und offensive Fähigkeiten trainieren. Seit 2017 richtet sich das Training ebenfalls an Spezialkräfte und es wurden kinetische Elemente eingebettet. Nach und nach hat sich Crossed Swords von einem rein technischen Red-Teaming-Workshop zu einem Manöver entwickelt, bei dem verschiedene technische Fähigkeiten mit kinetischer Gewalt kombiniert werden. 2018 wurde die Übung in Umfang und Komplexität erheblich ausgeweitet und erstreckte sich über mehrere geografische Gebiete, wobei Anbieter kritischer Informationsinfrastrukturen einbezogen wurden.

Das Manöver wird seit 2016 ebenfalls vom CCDCOE organisiert. Im Gegensatz zu den anderen zwei Übungen findet Crossed Swords in Präsenz statt und ist wesentlich kleiner als die beiden anderen Manöver. Allerdings ist auch dieses über die Jahre gewachsen, und immer mehr NATO-Staaten nahmen daran teil: 2018 waren es ca. 80 Partizipierende aus 15, 2019 ca. 100 Partizipierende aus 21 und 2020 ca. 120 Partizipierende aus 26 Staaten. Ziel der Übung ist das Erlernen von Fähigkeiten, IT-Systeme zu infiltrieren (client side targeting, web based attacks, malware and system exploitation, network and service based attacks). Neben klassischen Computer-Netzwerk-Operationen behandeln die Übungen auch Untersuchung und Angriffe auf Systeme, die oft für Automatisierung und industrielle Steuerung genutzt werden. Zu den Übungszielen gehört aber auch die erfolgreiche Durchführung von verdeckten Angriffen und Ablenkung (deceptions), sowie die Zusammenarbeit, die es den Teilnehmer:innen ermöglicht, bereichsübergreifende Synergien zu nutzen und informationstechnische Angriffe in militärische Taktiken zu integrieren, um informationstechnische mit kinetischen Angriffen zu kombinieren. Dabei liegt der Fokus allerdings nach wie vor auf der technischen Ebene. Seit 2020 beinhaltet die Übung auch ein Führungsmodul.

Des Weiteren trainiert Crossed Swords die digitale Forensik (die Sammlung und Auswertung von Informationen). Die Analyse von Informationen dient auch der

Crossed Swords – Anzugreifende Ziele

Bunkertür: Steuersystem, das eine Reihe von miteinander verbundenen, von Siemens entwickelten S7-1200 basierten PROFINET IO-Geräten verwendet. Das rote Team muss das Kommunikationsprotokoll rekonstruieren, um die Befehle zur Steuerung der Bunkertür über das Netzwerk einzugeben.

Alarmsystem: Geschützte Räumlichkeiten durch das Paradox-Alarmsystem, das durch Analyse des verwendeten Busprotokolls und Erfassung und Dekodierung des PIN-Codes über das Netzwerk angesprochen werden muss.

CCTV-IP-Kamera: Das rote Team muss die Schwachstellen in der Webschnittstelle der IP-basierten Überwachungskamera finden und ausnutzen, um die vollständige Kontrolle über das Netzwerk zu erlangen.

Verteiltes Stromnetz: Die industrielle Ethernet-Protokollserie IEC-60870-5-104 und einer von Martem hergestellten Remote-Terminal-Unit wird zur Verwaltung und Überwachung des Stromnetzes verwendet. Das rote Team muss das Protokoll rekonstruieren und Befehle über das Netzwerk injizieren, um die Energieversorgung zu steuern.

Unbemanntes Luftfahrzeug (UAV): Die von Threod hergestellten UAVs, die das geschützte Gebiet überfliegen, müssen ins Visier genommen werden, um die Kontrolle über sie zu erlangen.

Unbemanntes Bodenfahrzeug (UGV): Die von Milrem entwickelten UGVs dienen als vom Gegner kontrollierte Panzertruppe und das rote Team hat die Aufgabe, die vollständige Kontrolle über sie zu übernehmen, indem entweder die verwendeten Netzwerkprotokolle oder die steuernde Workstation angegriffen werden.

Maritime Navigation: Das Steuerungs- und Verfolgungssystem eines Schiffes, das auf dem maritimen AIS-Protokoll (Automatic Identification System) basiert, wird vom roten Team angriffen, um die Kontrolle über das Schiff zu erlangen und gefälschte Marine-Tracks zu injizieren.

Funkkommunikationsnetz: Das Harris-basierte militärische Datennetz muss vom roten Team durch Extraktion der Verschlüsselungsschlüssel infiltriert werden.

Basisstationen des Mobilfunknetzes: Das rote Team muss die vom Betreiber LMT (Latvian Mobile Telephone) bereitgestellten Basisstationen, die mit dem tatsächlichen Mobilfunknetz verbunden sind, infiltrieren und die abgefangene Kommunikation analysieren, um den Nachrichtenaustausch (SMS) eines gegnerischen Agenten zu entschlüsseln und seinen physischen Standort zu bestimmen, damit Spezialkräfte zugreifen können.

Eisenbahnkontrollstation: Ein System, das auf einer von Siemens entwickelten S7-1200 SPS mit s7comm+ Protokoll basiert, steuert das simulierte Eisenbahnnetz. Das rote Team hat die Aufgabe, die Kontrolle über die Eisenbahnkontrollstationen zu erlangen, um den Zug zu stoppen oder entgleisen zu lassen.

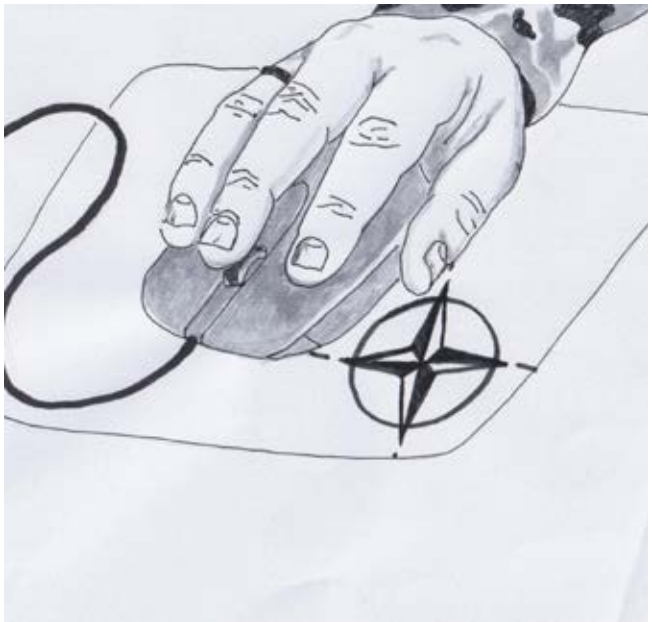
technischen Zuordnung (Attribution) sowie der Identifizierung bösartiger Aktivitäten. Auch das gemeinhin als „Hack-back“ bekannte Aufspüren und Infiltrieren von Systemen, von denen ein Angriff ausgeht, wird geübt (responsive cyber defense and adversarial information system infiltration).

Zur Verfügung stehen 200 virtuelle und physikalische IT-Systeme. Anzugreifende Ziele (siehe Anhang) waren das Steuerungssystem einer Bunkertür, ein Alarmsystem, IP-Kameras, Steuerungssysteme eines Stromnetzes, unbemannte Luft-, Wasser- und Bodenfahrzeuge, eine Eisenbahnkontrollstation, das Steuerungs- und Verfolgungssystem eines Schiffes sowie ein militärisches Funkkommunikationsnetz und die Basisstationen eines zivilen Mobilfunknetzes.

2018 wurden beispielsweise Mobilfunktechnologien zur Identifizierung einer Zielperson, Drohnenüberwachung und 5G-Sensoren zur Erfassung ihres Standorts und zum Sammeln weiterer Informationen eingesetzt. 2019 wurden mehrere kinetische und Cyber-Operationen gleichzeitig durchgeführt, darunter Angriffe auf industrielle Kontrollsysteme, physische Sicherheitssysteme, UAVs und maritime Überwachungssysteme. Ein neues Element waren die unbemannten Bodenfahrzeuge (UGV), die informationstechnisch angegriffen werden sollten.

Fazit

Das Ausspähen und Nutzen von Sicherheitslücken im Vorfeld von und bei geheimdienstlichen Operationen und militärischen Auseinandersetzungen ist längst Alltag. Durch das Bekanntwerden der Operation Olympic Games (gemeinhin als Stuxnet bekannt) ist auch seit 2010 eine neue Qualität von geheimdienstlich-militärischen Cyberangriffen bekannt. In diversen Manövern trainieren Armeen (und Geheimdienste) den Cyberkrieg. Insgesamt wird deutlich, dass Cyber-Operationen in großem Maßstab vorbereitet und seit 2008 systematisch im Manöver geübt werden. Da informationstechnische Angriffe in der Regel wesentlich kostengünstiger sind als konventionelle Angriffe und ihre Attribution äußerst schwierig ist, ist die Schwelle niedrig, diese Angriffe durchzuführen. Entsprechend sind diese Manöver Brandbeschleuniger für die aktuellen und bevorstehenden Konflikte. Eine internationale Ächtung dieser Angriffe ist dringend notwendig, erscheint aber aktuell unwahrscheinlich.



Quelle: Monika Mazur.

Anmerkungen

1 United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR) (2013): The Cyber Index – International Security Trends and Realities. Genf.

2 Selbstdarstellung des Manövers Cyber Coalition siehe https://www.act.nato.int/cyber-coalition.

3 Das Allied Command Transformation (ACT) ist neben dem Allied Command Operations eines der beiden strategischen Hauptquartiere der NATO. Es ist zuständig für die Analyse von Herausforderungen und Chancen, die sich aus der Innovation und der Aufrechterhaltung eines technologischen Vorsprungs im Kampf ergeben, sowie für die Entwicklung von Verfahren und Technologien, welche der NATO-Kriegsführung nutzen, durch ein großes Netz aus Industrie, Hochschulen, militärischen und zivilen Stellen in den NATO-Staaten, in NATO-Agenturen und NATO-Exzellenzzentren.

4 Das NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence (CCDCOE) ist eines von 21 akkreditierten Centres of Excellence der NATO mit Sitz in Tallinn in Estland. Das Zentrum wurde 2008 gegründet und als internationale militärische Organisation akkreditiert. Es ist eine Wissensdrehscheibe, Denkfabrik und Ausbildungseinrichtung. Kernaufgaben sind interdisziplinäre angewandte Forschung und Entwicklung sowie Beratungen, Schulungen und Übungen im Bereich der Cybersicherheit. Zur Rolle der NATO-Exzellenzzentren siehe u.a.: Christopher Schwitanski: Nato-Exzellenzzentren - Planen für den nächsten Krieg, IMI-Studie 2016/06.

5 Selbstdarstellung des Manövers Locked Shields siehe https://ccdcoe.org/exercises/locked-shields/. Weitere Informationen sind den jährlichen Stellungnahmen des CCDCOE sowie den After Action Reports (https://ccdcoe.org/library/publications) zu entnehmen.

6 Selbstdarstellung des Manövers Crossed Swords siehe https://ccdcoe.org/exercises/crossed-swords/. Details siehe Blumbergs-Ottis-Vaarandi (2019): Crossed Swords: A Cyber Team Red Oriented Technical Exercise. Proceedings of the 18th European Conference on Cyber Warfare and Security, ECCWS 2019: University of Coimbra, Portugal, 4-5 July 2019.

Großmanöver gegen Russland

Das Großmanöver Defender Europe 2022

von Claudia Haydt

Manöver sollen Stärke und Kampfbereitschaft demonstrieren. In einer zugespitzten politischen Lage können Manöver von einer Übung zur konkreten Kriegsvorbereitung mutieren – oder wenigstens als solche verstanden werden. Im Folgenden soll die Bedeutung des nun zum dritten Mal stattfindenden Manövers „Defender Europe“ beschrieben werden. Wobei Defender 2022 besonders vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Kriegsgefahr rund um die Ukraine im wahrsten Sinn des Wortes brandgefährlich ist.

Ziele der Militärstrategen

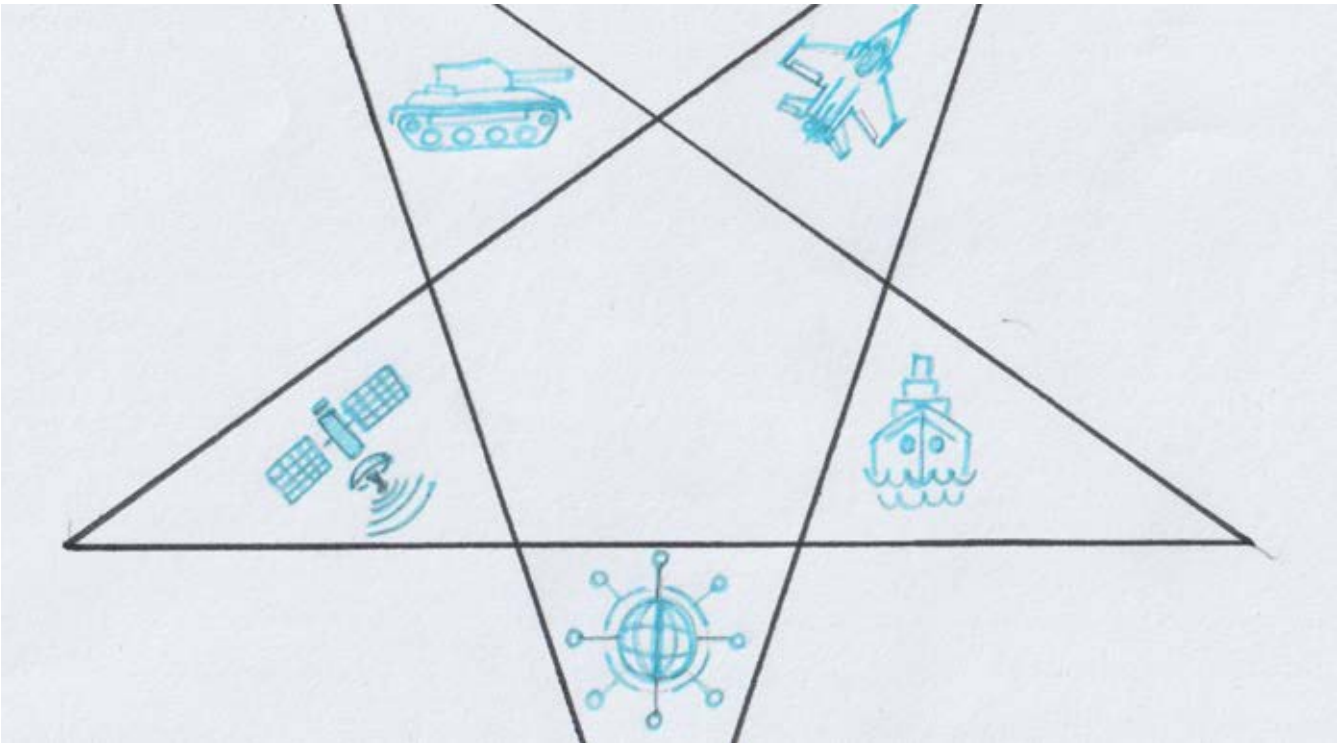
Mit Defender Europe, einem Großmanöver der US-Armee, soll „Readiness, deterrence and interoperabilty“[1] (Bereitschaft, Abschreckung und Zusammenarbeit) demonstriert werden. Konkret geht es um die Bereitschaft für den Aufmarsch an die Ostgrenze des NATO-Bündnisses, Abschreckung durch Einüben von Abläufen und die Vertiefung der Kooperation mit den Bündnispartnern innerhalb und außerhalb der NATO. Dieses Zusammenspiel mit Partnern außerhalb der NATO spielt militärisch eine immer größere Rolle, das gilt für die Ukraine genauso wie für nordische Staaten wie Schweden und Finnland, die bisher nicht Mitglieder der NATO sind. Noch ist es in diesen Staaten gesellschaftlich nicht durchsetzbar, NATO-Mitglied zu werden. Die militärische Kooperation ist jedoch so eng, dass es praktisch kaum noch einen Unterschied macht, ob sie formal NATO-Mitglieder sind oder nicht. Gemeinsame Rüstungsprojekte und gemeinsame Manöver tragen zu dieser faktischen Integration ins Bündnis bei. Die Notwendigkeit der engen Kooperation wird mit der angeblich zunehmenden Gefahr aus Russland begründet. Mit dem Verweis einer Gefährdung von Nachbarstaaten wie Finnland, dem Baltikum oder Polen durch das militärische Potential Russlands wird die eigene Aufrüstung massiv vorangetrieben.

Die Beschreibung eines Konfliktes ist jedoch nur dann vollständig, wenn auch die Perspektive des jeweiligen Gegners mit einfließt. Aus russischer Sicht bedeutet die NATO-Osterweiterung und damit deren Heranrücken an die russische Grenze ebenfalls eine Bedrohung. Trotz gegenteiliger Zusicherungen im Zwei-plus-Vier-Vertrag ist die NATO mit der „Enhanced Forward Presence“ (aktuell noch rund 5.000 Soldaten, ein Ausbau ist aber bereits auf dem Weg) de facto permanent in Osteuropa und damit dicht an der russischen Grenze präsent. Durch die „Very High Readiness Joint Task Force“ sind innerhalb von 3 bis 5 Tagen 5.000 Angehörige der NATO Landstreitkräfte (insgesamt sogar 20.000) mobilisierbar. Mit der „NATO Response Force“ können innerhalb von 5 bis 15 Tagen nochmal 40.000 Soldaten dazu kommen, ergänzt um weitere Streitkräfte im Rahmen der „NATO Readiness Initiative“ innerhalb von 30 Tagen.

Mobilmachung gegen Russland

Der Aufmarsch Richtung Osten soll aus Sicht der US-Regierung aber nicht allein als Bereitschaft auf dem Papier stehen. Personal und Material sollen tatsächlich möglichst schnell und reibungslos zu ihrem Einsatzgebiet gebracht werden, um dort auch möglichst sofort handlungsfähig zu sein. In diesem Kontext haben Defender Europe und angegliederte Manöver die Aufgabe, sowohl die Transport- und Lagerlogistik einzuüben als auch die Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Militärverbände zu erproben.

Dazu gehört auch die Praxis des vorsorglichen Lagerns („pre-positioning“) von Militärgerät in der Nähe des Einsatzgebietes oder zumindest verkehrsgünstig für den Weitertransport. Solche modernen Waffenkammern (APS, „Army Prepositioned Stocks“) sind nicht neu.[2] Das US-Militär hat jedoch in den letzten Jahren das teils noch aus dem Kalten Krieg stammende und nur begrenzt einsatztaugliche Material ausge-



Fünf Elemente, die bei „Project Convergence“ eine große Rolle spielen: Land, Luft, Wasser, Weltraum und Cyber.
Quelle: Monika Mazur.

tauscht und modernisiert. General Edward Daly, der Leiter des „U.S. Army Materiel Command“, ist stolz darauf, dass etwa in den Materiallagern in Deutschland und Polen zwischenzeitlich die modernsten Vorräte liegen und dass diese nun regelmäßig bei Manövern wie Defender-Europe zum Einsatz kommen. Er führt weiter aus: „Wir wollen das Gerät während der Manöver verwenden, weil das ein Art Muskelgedächtnis schafft und schnelles Handeln ermöglicht, wenn wir es unter Zeitdruck oder unter Kampfbedingungen tun müssten.“[3] In anderen Worten: Kriege können schneller begonnen werden, wenn das dazu notwendige Kriegsgerät (Panzer und andere Waffensysteme) nicht erst über den Atlantik transportiert werden muss. Während des ersten Defender Großmanövers 2020 wurde zahlreiches Kriegsgerät aus den USA, über den Atlantik, durch die europäischen NATO-Staaten bis an die russische Grenze verlegt. Nicht jeder Ausrüstungsgegenstand wurde wieder in die USA zurücktransportiert. Einige Panzer, Militärtransporter, Munition und sonstiges Gerät wurde Teil der modernisierten Materiallager.

Die Defender-Manöver dienen somit ganz praktisch der Mobilmachung gegen Russland, was sich auch an weiteren Aspekten ablesen lässt.

Während der Schwerpunkt von Defender Europe 2020 auf dem Baltikum und Polen lag, verschob sich der Fokus bei Defender 2021 auf des Schwarze Meer. Dabei wurden unter anderem Landungen in feindlicher Umgebung und Nachtangriffe, aber auch verschiedene maritime Szenarien geübt, die keineswegs rein defensiv waren, sondern auch einen offensiven Charakter hatten. Das Schwarze Meer gilt als strategisches Rückgrat der Machtprojektion Russlands. Wie schnell sich aus Manövern heraus Situationen mit hohem Eskalationspotential ergeben, wurde im Juni 2021 sichtbar, als das britischen Kriegsschiff HMS Defender eine Konfrontation mit Schiffen der russischen Marine provozierte. Bei den Defender-Manövern geht es vor allem um den Transport von Kasernen in den USA zu US-amerikanischen Häfen („from fort to port“), von US-Häfen zu europäischen Häfen, z.B. nach Bremen oder Antwerpen, und von dort per Bahn oder auf dem Straßenweg (teils auch per Flugzeug und per Binnenschifffahrt) weiter Richtung Osten. Dabei spielt das NATO-Logistikkommando JSEC („Joint Support and Enabling Command“) in Ulm eine zentrale Rolle. Die Unterstützungsleistungen in Ulm sind dabei so bedeutend, dass wir durchaus von einem Mobilmachungskommando sprechen können (siehe auch den Beitrag von Martin Kirsch).

Defender Europe 2022

Details über das aktuelle Manöver Defender 2022 werden vom Pentagon nur spärlich veröffentlicht, doch einiges ist trotzdem bereits bekannt. Es sollen wohl 33.000 Soldaten beteiligt sein. Der Zeitrahmen für die Bewegung der Truppen aus 26 Ländern innerhalb Europas ist für Februar bis Mai 2022 angesetzt. Der Transport von Truppen und Material soll noch stärker als in den letzten Jahren auf der Schiene erfolgen,[4] ergänzt um Straßenkonvois, die vor allem nachts unter-

wegs sein sollen. Bremen wird als Hafen ebenfalls wieder eine Rolle als Transportdrehscheibe spielen und das JSEC in Ulm wird die Mobilmachung unterstützen.

Das eigentliche Manöver beginnt voraussichtlich am 8. Mai und dauert bis zum 16. Juni 2022. Demonstriert werden soll dabei, dass der Übergang vom Transport zu militärischen Handlungen fließend durchgeführt werden kann. Dazu gehört auch gemeinsames militärisches Training in der Oberlausitz. Schauplatz des Manövers sollen insgesamt 15 Länder sein, vom Hohen Norden bis zum Schwarzen Meer, wobei der Schwerpunkt wie 2020 erneut in Polen und dem Baltikum liegt. US-Truppenteile sollen während des Defender 2022 Manövers auch die Truppenrotation üben. Das kann durchaus so verstanden werden, dass hier Vorsorge dafür getroffen wird, in einem laufenden Konflikt Truppenteile auszuwechseln. Als „krönender“ Abschluss von Defender 2022 in Europa ist die Flussüberquerung einer ganzen Division (rund 20.000 Soldaten mit Gerät) geplant.

Auch in den USA selbst werden wichtige Element des Manövers durchgeführt werden. Dort soll im Rahmen von Global Defender 2022 das Thema „Project Convergence“ eine stärkere Rolle spielen. Dabei werden Entwicklungsprojekte im Bereich „Intelligence, Information, Cyber, Electronic Warfare and Space“[5] erprobt. Ziel ist es, neue technische Entwicklungen im Manöverkontext einzubinden und damit die Kriegstauglichkeit disruptiver Entwicklungen auszutesten. Offensichtlich sollen dabei auch elektromagnetische Systeme getestet werden. Ob und welche Elemente davon in Europa ausgetestet werden, ist noch offen. Großbritannien wird explizit bei einer solchen „Capstone Exercise“ zur Erprobung neuer Generationen von Waffensystemen dabei sein. Das Verknüpfen von einerseits klassischen Manövern mit militärischer Hardware und andererseits neuen Technologien fand auch vor 2022 statt. So wurden im Zuge von Defender Europe 2020 Schallwaffen getestet und das Projekt Titan erprobt. Das taktische Weltraum-System TITAN („Tactical Intelligence Targeting Access Node“) und seine 100 taktischen sowie 13 operationellen Bodenstationen kann versteckte gegnerische Ziele aufspüren und dazu riesige Mengen an Daten erfassen und mit Hilfe künstlicher Intelligenz auswerten.

Es sind darüber hinaus zahlreiche Teilmanöver und Kommandoübungen geplant. Andere Manöver gehören nicht im engeren Sinne zu Defender 2022, sie ergänzen dieses jedoch und sind teils auch integraler Teil der Vorbereitung. Dies gilt zum Beispiel aktuell für das Manöver Saber Strike für das im Moment Truppen und Material durch Tschechien transportiert werden und das nach Übungen im Baltikum und in Polen Anfang April endet.

Manöver ohne Ende?

Das US-Militär plant die Defender Manöver auch über 2022 hinaus. 2023 wieder mit einem stärkeren Fokus auf die Pazifik-Region, 2024 dann wieder Europa und so weiter im jährlichen Wechsel. Wobei in jedem Jahr in beiden Regionen Manöver stattfinden sollen. Lediglich der Schwerpunkt verschiebt sich von Jahr zu Jahr, einmal wird intensiver die Konfrontation mit China vorbereitet, dann wieder die mit Russland. Woraufhin Russland und China wieder mit Manövern antworten. Von einer solchen Entwicklung profitiert nur die Rüstungsindustrie.

Die alte Weisheit, dass Sicherheit nur gemeinsam zu erreichen ist, scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Immer mehr Manöver bringen nicht immer mehr Sicherheit, sondern machen Kriege wahrscheinlicher. Es wird deswegen auch 2022 nötig sein, den Protest gegen das Defender Manöver sichtbar zu machen – in Bremen, in Ulm oder in der Lausitz. Wo auch immer der Krieg vorbereitet wird, ist eine starke Stimme für den Frieden notwendig.

Anmerkungen

1 US Army insists next year’s Defender Europe is not canceled, defensenews.com, 11.10.2021.

2 Neben Standorten in Belgien, den Niederlanden, Italien und Polen befinden sich zwei dieser Material- und Waffenlager (APS) in Deutschland. Dabei handelt es sich um eine Einrichtung in Dülmen, zwischen Münster und Recklinghausen, wo u.a. das Material einer gesamten Artilleriebrigade eingelagert ist. (facebook.com) Zudem wird die Coleman Work Site in Mannheim u.a. für die Lagerung von Panzern als Übergangslager genutzt. Für die kommenden Jahre wurde bereits die Eröffnung und Bestückung weiterer APS in Europa angekündigt.

3 US Military Equipment Ready in Europe For Deploying Forces, defenseone.com, 2.2.2022.

4 Schweriner Volkszeitung, 10.2.2022.

5 Global Defender 22, army.mil, 29.10.2021.

Vom Szenario zur Aufrüstung

Der Feind steht wieder im Osten

von Martin Kirsch

Manöver sind nicht bloß militärische Übungen. Sie sind immer auch außenpolitische Kommunikation gegenüber Verbündeten, potenziellen Gegnern und zudem politische Kommunikation in die eigene Truppe. Manöver beruhen auf strategischen Szenarien, die Aufschluss über aktuelle und künftige Einsatzoptionen des Militärs geben. Diese Szenarien finden wiederum in Rüstungsprojekten ihren Ausdruck.

Während des letzten Kalten Krieges waren die Fronten und damit die möglichen Mittel und Orte einer militärischen Konfrontation in Mitteleuropa weitestgehend klar. Auch wenn die übenden Fraktionen in Manövern der Bundeswehr nicht Warschauer Pakt und NATO hießen, wussten doch alle, wer und was gemeint war, wenn Team Rot aus dem Osten angreift und Team Blau aus dem Westen mit einem Gegenangriff reagiert. In den 1990er Jahren wurden diese Szenarien eingemottet und schrittweise mit Szenarien ersetzt, die – kaum verwunderlich – den Ausgangssituationen z.B. im Kosovo oder in Afghanistan glichen. In den letzten Jahren haben sich die Szenarien der Bundeswehr, die Manövertätigkeiten der NATO und die entsprechenden Rüstungsvorhaben erneut verschoben. Sie passen sich in eine Ausgangslage ein, die nicht erst mit der aktuellen Konfrontation in der und um die Ukraine als neuer Kalter Krieg bezeichnet wird.

Ein Thesenpapier der Heeresführung

Selten werden die Details der Szenarien, auf denen die Übungen der Bundeswehr beruhen, öffentlich. Eine Ausnahme bildet ein Thesenpapier des Amts für Heeresentwicklung aus dem Jahr 2017.[1] Aufgrund von Streitigkeiten zwischen dem Verteidigungsministerium unter Ursula von der Leyen und Teilen der Heeresführung wurde es vollständig veröffentlicht. In einem ungewohnt konkreten Szenario werden Abschnitte einzelner Kampfhandlungen durchgespielt. Ausgangspunkt des Szenarios von 2017 war es, dass die Bundeswehr unter den damaligen Bedingungen, laut Thesen aus der Heeresführung, nicht in der Lage gewesen wäre, eine Konfrontation mit Russland in der Region um Kaliningrad im Jahr 2026 zu gewinnen. Daher wurde das Szenario genutzt, um Strategien und Waffensysteme aufzuzeigen, die einen anderen Ausgang in der Zukunft ermöglichen würden.

Auch wenn Litauen, Polen und Russland nicht wörtlich benannt werden, sind die politischen und geographischen Anspielungen kaum anders zu interpretieren. Bereits 2017 spielte eine Arbeitsgruppe aus dem Kommando Heer einen Krieg um die Suwalki-Lücke durch.

Suwalki-Lücke

Suwalki ist ein Städtchen im äußersten Nordosten Polens, in unmittelbarer Nähe zur etwa 100 Kilometer langen Landgrenze zwischen Polen und Litauen. Diese 100 Kilometer Landgrenze sind die einzige Landverbindung zwischen dem Baltikum und dem restlichen NATO-Gebiet. Östlich dieser Grenze befindet sich Belarus und westlich, an der Ostsee, die russische Enklave Kaliningrad.

Sollte also Russland – so die Gedankenspiele der Militärstrateg*innen – gemeinsam mit Belarus durch einen militärischen Angriff einen Korridor zwischen Weißrussland und Kaliningrad schlagen, wäre das Baltikum vom Rest der NATO getrennt. Aufgrund der modernen Flugabwehrsysteme, Marschflugkörper und Raketenartilleriesysteme Russlands in Kaliningrad wäre das Baltikum dann von der NATO militärisch nicht mehr zu verteidigen. Die Suwalki-Lücke gilt damit als Achillesferse der NATO in Europa. Für alle militärischen Pläne der NATO in einer möglichen Konfrontation mit Russland spielt die Verteidigung der drei baltischen Staaten, die sich eine direkte Grenze mit Russland bzw. Belarus teilen, eine zentrale Rolle.

Ausgehend von dieser Annahme betreibt die NATO seit 2014 eine Aufrüstung der Bündnistruppen an der

östlichen Bündnisgrenze. Bereits 2015 stellte die Bundeswehr die erste besonders schnelle Eingreiftruppe der NATO (VJTF). Nach einer weiteren Bereitschaftsphase im Jahr 2019 befinden sich deutsche Truppen aktuell in der unmittelbaren Vorbereitung auf eine erneute Übernahme der VJTF in 2023.[2]

Zudem wurden ab 2017 sogenannte NATO-Battlegroups in Polen, Litauen, Lettland und Estland stationiert. Die Bundeswehr stellt den Kern der Battlegroup in Litauen und damit direkt nördlich der Suwalki-Lücke. Diverse Übungen und Manöver, die die Bundeswehr aktuell durchführt, hängen mit den Überlegungen um die Suwalki-Lücke zusammen.

Szenario: „Wie kämpfen Landstreitkräfte künftig"

Laut dem Szenario aus dem besagten Thesenpapier von 2017 sind deutsche Landstreitkräfte im Jahr 2026 bereits seit Jahren Teil der „Maßnahmen zur Rückversicherung" der NATO, die als Teil von „multinationalen Bemühungen zur Eingrenzung der drohenden Eskalation" dargestellt werden.

Diese behaupteten Deeskalationsbemühungen der NATO fruchten allerdings nicht: „Der Beschluss zur Aktivierung und Verlegung der VJTF, bestehend im Kern aus dem [deutschen] Einsatzdispositiv, wurde aufgrund einer überraschenden Lageentwicklung notwendig." Bundeswehrsoldat*innen werden damit zentraler Teil von „bündnisweiten Operation zur Abwehr einer drohenden Landnahme".

In einem ersten Schritt werden die „Kräfte der ersten Stunde", also Einheiten der NATO unter deutscher Führung, in die Strukturen der Armee und der zivilen Verwaltung des Gastlandes (Litauen) integriert, was aufgrund gemeinsamer Vorbereitungen problemlos funktioniert. „Trotz fortgesetzter intensiver Bemühungen auf politischer und diplomatischer Ebene sowie in allen Bereichen des Informationsraumes, hält der technologisch gleichwertig ausgestattete Gegner [Russland] an seiner Absicht der gewaltsamen Landnahme und der Ausdehnung seines Einfluss- und Machtbereiches fest." Auf der strategischen Ebene werden eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um die Entscheidungsfindung des Gegners zu stören. „Dennoch kommt es nach einer Phase von Desinformation, separatistischen Aktivitäten, lokalen Angriffen von Separatisten und verdeckt operierenden Special Operation Forces zum Angriff der gegnerischen Hauptkräfte." Die einheimischen Streitkräfte können zwar die großen Städte vorerst verteidigen, sind aber nicht in der Lage, den Angriff gänzlich abzuwehren.

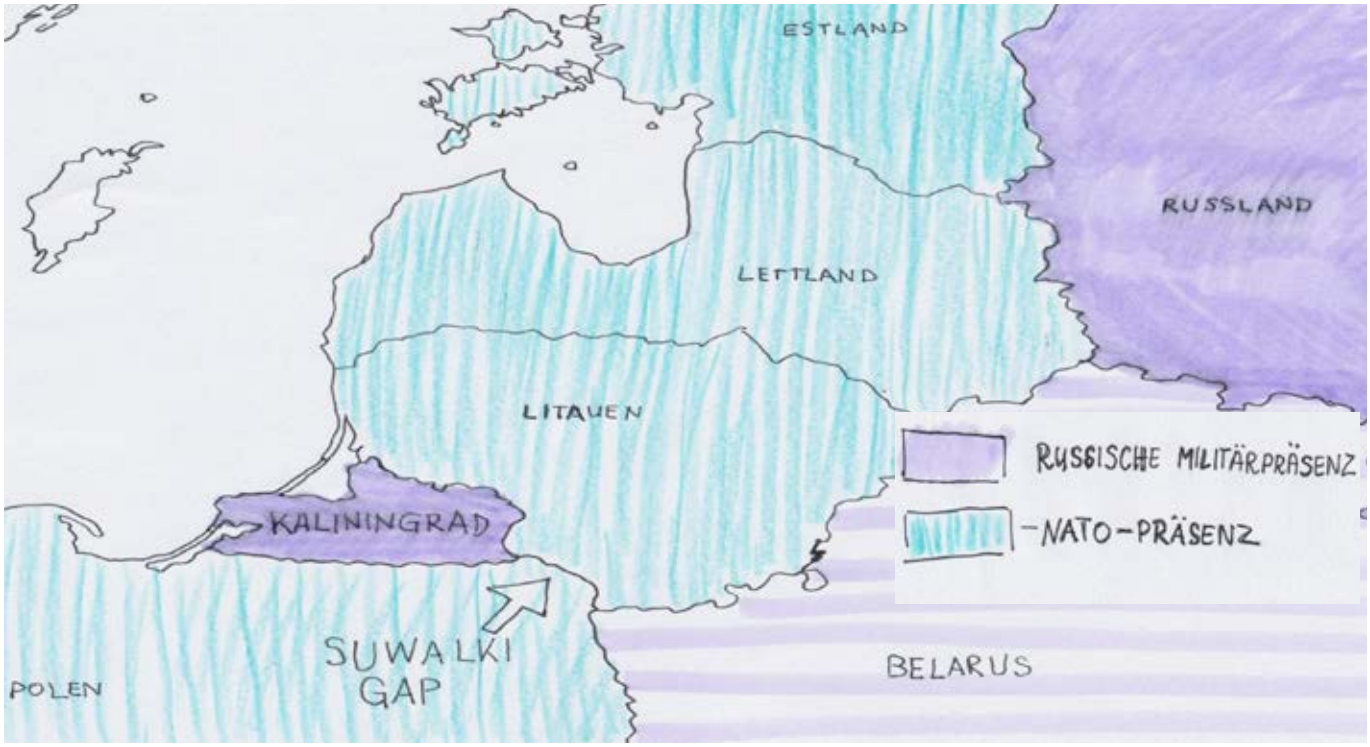
Ausgangspunkt der weiteren „ausgewählten Gefechtsabschnitte", die in diesem Szenario durchgespielt werden, ist also ein Angriff Russlands auf das Baltikum mit dem Ziel, dort gewaltsam Territorium zu besetzen. Die Bundeswehr ist von Beginn an in Führungsfunktionen an den Kämpfen beteiligt.

Szenario Phase I: Verzögerung

Um Zeit für die Aktivierung und Verlegung weiterer NATO-Kräfte zu gewinnen, wird ein schnell verlegbarer Einsatzverband aus deutschen und niederländischen Hubschraubern und Fallschirmjägern in Stellung gebracht. In einem kurzen Fenster der eigenen Luftüberlegenheit geht es los: Russische Panzerverbände werden von Aufklärungsdrohnen erspäht und dann mit Kampfhubschraubern angegriffen, um damit das Feld für die Landung von Transporthubschraubern mit Luftlandekräften vorzubereiten. Ab der Landungsphase werden die Soldat*innen von kleinen teilautonomen Fahrzeugen unterstützt. In ihrer Operation arbeiten die NATO-Soldat*innen mit den lokalen „Home Defence Forces" zusammen. Sie errichten Sperren, um die freie Bewegung des Gegners zu behindern, setzen Überwachungsdrohnen ein und koordinieren Angriffe der eigenen Panzerabwehrraketen, Kampfhubschrauber und Artillerie über digital vernetzte Systeme.

Szenario Phase II: Verteidigung

Im weiteren Verlauf des Szenarios kommt es zur „Verteidigung einer deutschen Brigade mit multinationalen Anteilen gegen einen raumgreifenden Angriff eines technologisch gleichwertigen, aber zahlenmäßig überlegenen und symmetrisch agierenden Gegners." Jetzt kommen die Panzerverbände der VJFT unter deutscher Führung zum Einsatz. Hier soll die Bundeswehr ihre Vorteile durch digitalisierte Kommunikation – die laut Thesenpapier bis 2026 erlangt werden sollen – voll ausspielen. Gleichzeitig werden auch die Kampftruppen der anderen Dimensionen (Luft, See, Cyber) aktiv einbezogen. „Der Befehlsanteil Cyber, ggf. auch der Anteil Weltraum, enthält dabei die Forderung, die gegnerischen Führungsinformationssysteme in der entscheidenden Phase des Gefechtes zu lähmen." Auf dem Boden werden Minensperren verlegt, die im weiteren Verlauf von Kampftruppen mit Panzern und Panzerabwehrraketen, stationären Sensoren und Aufklärungsdrohnen überwacht werden. Die zu Beginn eingeflogenen Luftlandetruppen ziehen sich in Richtung der eigenen Panzertruppen zurück. Weil eigene Kampfflugzeuge aufgrund der starken gegnerischen Luftverteidigung kaum eingesetzt werden können, um die weitreichende Artillerie des Feindes zu bekämpfen, werden eigene Raketenartillerie, Marschflugkörper von Schiffen und Drohnenschwärme als Waffen eingesetzt. Nachdem die feindliche Artillerie bekämpft ist, werden



Quelle: Monika Mazur.

die gleichen Systeme zur Bekämpfung der gegnerischen Luftabwehr genutzt. „Parallel werden zur Reduzierung der Wirksamkeit gegnerischer Systeme die Satellitennavigation gestört bzw. zugehörige Satelliten abgeschossen.“ Diese Aussagen lassen konkrete Zweifel an den Beteuerungen der Bundeswehr aufkommen, nach denen das im Sommer 2021 neu eingerichtete Weltraumkommando rein defensiven Zwecken diene.[3]

Feindliche Truppen werden, wenn sie die Wege zwischen den Minensperren erreichen, von Drohnen erfasst und dann – digital koordiniert – mit Kampfhubschraubern, Artillerie und Panzerabwehrraketen bekämpft und „zerschlagen“. Dank überlegener Technik und guter Koordination mit NATO-Partnern kann die Bundeswehr den gegnerischen Angriff abwehren.

Szenario Phase III: Angriff

Unmittelbar auf das gelungene Abwehrgefecht folgt der Gegenangriff. „Zur Vorbereitung des Gegenangriffs befiehlt der Brigadekommandeur das Auslösen des langfristig vorbereiteten Lähmens des gegnerischen [Führungs- und Informationssystems], um den gegnerischen Entscheidungsprozess zu verlangsamen.“ Hier sollen die seit 2017 im Zentrum Cyber-Operationen unter dem Dach des Kommando Cyber- und Informationsraum neu geschaffenen offensiven Cyberkräfte (Hacker*innen) der Bundeswehr ins Spiel kommen.

Parallel werden in „offenen Quellen“ (soziale Netzwerke, Messenger, Nachrichtenkommentare etc.) eine Vielzahl von Meldungen platziert, die auf ein Ausweichen der NATO-Kräfte hindeuten und so „die eigene Absicht verschleiern helfen.“ Neben Hackerangriffen wird auch eine massive Desinformationskampagne als selbstverständlicher Teil der Vorbereitung für eigene Operationen benannt. Der anschließende Gegenangriff erfolgt durch eine Stadt, weil nur dort eine nötige Brücke vorhanden ist. In der Stadt werden „Human Terrain Mapping, Gesichtsidentifizierungstools und Simultanübersetzung“ auf digitaler Basis eingesetzt, um sich mit dem lokalen Bürgermeister und dortigen „Home Defence Forces“ in Verbindung setzen zu können. Diese identifizieren Feindstellungen, die im Anschluss von Mikro-Drohnen aufgeklärt und virtuell markiert werden. Die darauf folgenden Kämpfe in der Stadt übernehmen deutsche Panzergrenadiere.

„Nachdem sich der Erfolg des Gegenangriffs abzeichnet, befiehlt der Brigadekommandeur eine offensive und mehrsprachige Informationskampagne, die durch Bilder, Text, Videos etc. die Erfolge der NATO-Truppen herausstreicht und zeigt, dass Kollateralschäden vermieden werden, aber auch eigene Verluste nicht verschweigt. Zeitgleich werden ausgesuchte Angehörige des Gegners und deren Angehörige adressiert.“ Neben den Kämpfen auf dem realen und virtuellen Schlachtfeld wird zum Abschluss der Offensive erneut im sogenannten Informationsraum angegriffen. „Durch diese zeitnahe ehrliche und offene Berichterstattung wird gegnerischer Propaganda entgegengewirkt, die öffentliche Meinung sowohl in den NATO-Staaten als auch beim Gegner beeinflusst und die Informationshoheit umstritten oder gewonnen.“ Im offenen Widerspruch zu vorherigen Aussagen werden Medien im In- und Ausland so zum integralen Teil des Schlachtfeldes, auf dem Wahrheit und gezielt verbreitete Fake-News nicht mehr zu unterscheiden sind.

Zur Rüstung

Um die Fähigkeiten der Bundeswehr an das beschriebene Szenario anzupassen, wurden mit der Einrichtung neuer Kommandostrukturen für den Cyber- und Informationsraum (2017) und dem Weltraumkommando (2021) bereits entsprechende Aufrüstungsschritte eingeleitet. Implizit enthält das Szenario aber auch eine Art Wunschliste für die Erprobung und Beschaffung neuer Technik und Waffensysteme. So wimmelt es in den Beschreibungen beispielsweise nur von Aufklärungsdrohnen, Kommunikationsdrohnen und Minendrohnen zum schnellen Schließen von Minensperren bis hin zu Drohnenschwärmen als Angriffswaffen gegen feindliche Stellungen. Davon ist die Bundeswehr glücklicherweise noch relativ weit entfernt.

Sehr konkret wird es mit der Aufrüstung aber mit Blick auf die von Deutschland gestellte NATO-Speerspitze (VJTF) 2023, für die sich die Panzergrenadierbrigade 37 aus dem sächsischen Frankenberg bereits seit Ende 2020 vorbereitet. Als eine Art kleiner Rüstungszyklus wurden bereits frühzeitig Ziele für die jeweils nächste deutsche VJTF-Brigade im Vierjahrestakt gesteckt, um eine permanente Aufrüstung auf den neuesten Stand zu gewährleisten. So flossen im letzten Jahr neben neuer Kleidung und Schutzausrüstung für die Soldat*innen flächendeckend neue LKW[4] sowie Kampf- und Schützenpanzer der neusten Generation[5] in die entsprechenden Truppenteile. Alle Fahrzeuge der VJTF-Brigade werden mit Bildschirmen und Software ausgerüstet und die Fußsoldat*innen der Kampftruppe werden mithilfe von digitalen Systemen[6] mit ihren Schützenpanzern vernetzt.

US-Soldat*innen bei der NATO-Übung Saber Strike 2017 unweit des Suwalki-Gaps. Quelle: Flickr/ NATO North Atlantic Treaty Organization.

Zudem ist die Panzergrenadierbrigade 37 die erste von acht Brigaden der Bundeswehr, die mit einem sogenannten Battle Management System, einem zentralen Baustein der „Digitalisierung landbasierter Operationen“ ausgerüstet wurde.[7] Diese Software ermöglicht die digitale Verknüpfung, Informationsübertragung und Befehlsübermittlung von der Ebene der Generäle in der Kommandozentrale bis hin zu den einzelnen Fahrzeugen auf dem Gefechtsfeld. Sie bildet das Rückgrat für die im Szenario beschriebene Vollvernetzung und die künftige Einbindung von autonomen Fahrzeugen und Drohnenschwärmen.

Die gesteckten Ziele für die Aufrüstung der VJTF-Brigade werden nicht vollständig erreicht. Was allerdings bis 2023 nicht umgesetzt wird, kann in der Zwischenzeit nachgeholt werden, bis die Wunschliste für den nächsten Rüstungszyklus 2027 fällig ist. So werden aktuell beispielsweise unbemannte/teilautomome leichte Transportfahrzeuge, die im Szenario zur Unterstützung der Fallschirmjäger im Einsatz waren, von der Bundeswehr erprobt.[8]

Während die VJTF 2023 also noch in der Trainings- und Vorbereitungsphase steckt, werden in der Heeresführung und im Rüstungsbereich der Bundeswehr bereits die Pläne für den nächsten Rüstungszyklus bis 2027 geschmiedet. Die im Szenario beschriebenen Drohnenschwärme und die tatsächliche Vollvernetzung werden bis dahin wohl nicht umsetzbar sein. Die Zielrichtung scheint aber klar – (digitale) Aufrüstung für einen potenziellen Krieg der NATO mit Russland.

Anmerkungen

1 Kommando Heer, Autorenteam, Thesenpapier I – Wie kämpfen Landstreitkräfte künftig?, S.5, 2017, abrufbar über: augengeradeaus.net.

2 Bundeswehr: Vorbereitung auf die Very High Readiness Joint Task Force 2023, o.D., bundeswehr.de.

3 Spiegel: Für Defensivoperationen - Die Bundeswehr hat jetzt ein Weltraumkommando, 13.7.2021, spiegel.de.

4 Bundesministerium der Verteidigung: Bundeswehr erhält neue LKW, 16.5.2019, bmvg.de.

5 Behörden Spiegel: Leopard 2 A7V an Truppe übergeben, 24.9.2021., behoerden-spiegel.de und Bundeswehr: Schützenpanzer Puma Very High Readiness Joint Task Force – neues Zeitalter für die Grenadiere, o.D., bundeswehr.de.

6 Rheinmetall: Deutsches Heer erklärt System Panzergrenadier für gefechtstauglich, 19.3.2021, rheinmetall.com.

7 BWI: Bundeswehr stellt neues Battle Management System der deutschen Streitkräfte vor, 27.5.2020, bwi.de.

8 Soldat&Technik: Cargo Mule – unbemannte Bodenfahrzeuge für die Infanterie, 8.1.2021, soldat-und-technik.de.

Militär, Manöver und der Sprit

Auswirkungen von Manövern auf den Klimawandel und die Umwelt

von Jacqueline Andres

Mit Militärübungen wird die Zerstörung von Mensch und Natur eingeübt – sie selbst sind umweltschädlich und emissionsintensiv. Fast tagtäglich werden Militärübungen durchgeführt, entweder von einzelnen Staaten, im multinationalen Verbund oder auch bilateral. Allein die NATO, das größte Militärbündnis weltweit, plante im Jahr 2021 insgesamt 95 gemeinsame Übungen von NATO-Mitgliedsstaaten – und 220 weitere nationale und multinationale Übungen unter den Mitgliedern.[1] Schätzungen zufolge werden ganze 6% der Erdoberfläche als militärische Übungsgebiete genutzt – Gebiete, die selten gereinigt werden und oftmals durch die militärische Nutzung verseuchte Böden aufweisen.[2] Geübt wird unter Wasser, zu See, zu Land, in der Luft, im Cyber- und Informationsraum und mittlerweile auch im Weltraum. Wie hoch die Emissionen aller Übungen sind, wissen wir nicht, doch wir wissen, dass die militärbedingten Emissionen enorm sind. Laut Stuart Parkinson von Scientists for Global Responsibility (SGR) verursachen die weltweiten Streitkräfte und die Industriezweige, die ihre Ausrüstung liefern, zusammen schätzungsweise 6 % aller weltweiten Treibhausgasemissionen.[3] Neta Crawford arbeitete in ihrer Studie heraus, dass das Verteidigungsministerium der USA der größte institutionelle Verursacher von Treibhausgasemissionen weltweit sei: Im Jahr 2017 setzte das US Militär rund 59 Millionen Tonnen an Treibhausgasemissionen frei – soviel wie die Industriestaaten Schweden und Dänemark.[4] Bezieht man jedoch die Emissionen der dazu erforderlichen Militärindustrie mit ein, so verursachten sie im Zeitraum von 2011 bis 2017 durchschnittlich stolze 153 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr.[5] Die militärbezogenen Emissionen entstehen durch die Kriegs- bzw. Militäreinsätze, die Militärlogistik, die Rüstungsproduktion und eben durch die ständig laufenden Militärübungen. Genaue Zahlen zum Treibstoffverbrauch der Militärapparate und der Rüstungsindustrie liegen aufgrund der fehlenden Erhebungs- und Offenlegungspflicht nur selten vor. Aktivist*innen aus Friedensorganisationen und Umweltverbänden forderten in einer Petition vor der COP26 in Glasgow die Einbeziehung von Militäremissionen und diese Forderung wird für die COP27 aufrechterhalten.[6] Der Druck zur Offenlegung und Reduzierung der militärbedingten CO2-Emissionen muss weiter steigen, denn die globalen Militärausgaben steigen jedes Jahr. Laut SIPRI brachen diese 2020 mit 2.000 Milliarden US-Dollar zum sechsten Mal in Folge den Rekord. Laut Deborah Burton, Mitbegründerin der Kooperative Tipping Point North South, sind diese globalen Ausgaben für das Militär damit um ein Zwölffaches höher, als die für Klimaschutzmaßnahmen.[7] Damit handelt es sich um eine absolute Schieflage – die großen Krisen unserer Zeit sind der Klimawandel, das Artensterben und der drohende Atomkrieg. Das Militär löst keine dieser Krisen, sondern verschlimmert sie.

Übungen und der Sprit

Der Spritverbrauch von Manövern variiert und kann erhebliche Ausmaße annehmen. Betrachten wir beispielsweise die NATO-Großübung Defender Europe 2021, welche das Verlegen von rund 28.000 Soldat*innen aus 26 Staaten und den Transport von 1.200 Militärgerätschaften (u.a. Kampfpanzer) allein aus den USA nach Albanien, Deutschland, Griechenland, Kroatien und Slowenien vorsah. Ein unglaublicher logistischer Aufwand, bei dem die Logistik Teil der Übung war. Die Emissionen, die durch diese Übung in 30 Übungsgebieten verteilt über 12 Staaten samt Einsatz des energieintensiven Großgeräts freigesetzt wurden, können nur geschätzt werden.[8] Zum militärischen Großgerät zählen die Kampfpanzer des Typs Leopard 2, der auf 100 km im Gelände 500 Liter Treibstoff verschlingt oder auch der Kampfjet des Typs Eurofighter, der 3.500 kg Treibstoff pro Stunde verbrennt. Nun verfügt die Bundeswehr über zahlreiche Großgeräte, welche auch in Militärübungen einge-

setzt werden: Im Jahr 2019 umfassten diese über 4.600 gepanzerte Fahrzeuge, 11.500 ungepanzerte sowie geschützte Fahrzeuge, mehr als 250 Hubschrauber, mehr als 300 Flugzeuge, über 50 Schiffe und Boote und über 500 Feuerwehrfahrzeuge.[9] Auch die Treibstoffversorgung dieser Geräte wird geübt, so zum Beispiel bei der Übung White Horse Arena im Jahr 2021. Die 1. Panzerdivision der Bundeswehr verteidigte in dieser Übung Estland gegen einen fiktiven feindlichen Angriff. Der tägliche Verbrauch der gepanzerten Fahrzeuge einer Division liegt bei bis zu 1,2 Millionen Liter Diesel und 1.500 Tonnen Munition. Enorme Materialmengen organisieren die Logistikkräfte auch bei dieser Übung, bei der insgesamt 750 Kettenfahrzeuge sowie mehr als 3.000 Lastkraftwagen eingesetzt wurden – und 24.000 Soldat*innen, die ebenfalls Versorgung benötigten.[10] Zusätzlich zum absehbaren Treibstoffverbrauch verursachen Unfälle bei den Übungen desaströse Folgen für die Umwelt und das Klima – und bei Übungen geht alles Erdenkliche schief. U-Boote kollidieren, Schiffe sinken, Flugzeuge stürzen ab, Pipelines oder Tanks verlieren Treibstoff, Bomben detonieren ungewollt und ganze Wald- oder Moorflächen werden in Brand gesetzt.

Übungen, Unfälle und die Wucht der Detonationen

Zu den häufigen Unfallformen zählen unbeabsichtigte Brände, die z.B. durch Luft-Boden-Übungen oder die Verwendung von scharfer Munition ausgelöst werden können. Der Moorbrand von Meppen im Jahr 2018 sorgte bundesweit für Schlagzeilen, nachdem die Bundeswehr im Sommer trotz bestehender Waldbrandgefahr Raketen aus der Luft auf das Übungsgebiet abfeuerte und damit das Moor in Brand setzte. Der Brand währte mehr als vier Wochen lang und setzte geschätzte 500.000 Tonnen CO2 frei.[11] Bei einer Übung mit scharfer Munition setzte das australische Militär im Oktober 2013 ganze 47.000 Hektar in Brand – die Flammen verschlangen auch mehrere Wohnhäuser.[12] Bei den Bränden werden nicht nur Emissionen freigesetzt, sondern auch der Lebensraum von Flora und Fauna zerstört. Ein durch das britische Militär ausgelöstes und vier Tage währendes Feuer 2021 in Kenia brannte rund fünf Hektar des Lolldaiga Wildtierschutzgebiets nieder, in dem sich Elefanten, Büffel, Löwen, Hyänen, Schakale und Zebras aufhalten. Auf dem Instant-Messaging-Dienst Snapchat kommentierte ein britischer Soldat: „Es war gut, ich habe ein Feuer ausgelöst, einen Elefanten getötet und fühle mich schrecklich deswegen, aber was soll‘s, wenn man in Rom ist, verhält man sich wie ein Römer.“[13] Mehr als 1.000 Anwohner*innen reichten nach dem Feuer zusammen mit einer Organisation eine Umweltrechtsklage und Entschädigungsforderungen ein.[14] Bereits in den vergangenen Jahren löste das britische Militär immer wieder Brände in der ehemaligen britischen Kolonie Kenia aus. Die staatliche Organisation Kenya Wildlife Services wirft britischen und US-amerikanischen Soldat*innen vor, aufgrund ihrer wiederholten unnötigen Tiefflüge in Höhe von weniger als 50 Meter illegalen „Tourismus“ zu betreiben. Die ohrenbetäubende Lautstärke der Helikopter, der Schießübungen und der Waffentests vertreibt bedrohte Tierarten aus Wildtierreserveraten, die an die Übungsgebiete grenzen oder von ihnen umfasst sind.[15] Eine weitere Unfallform stellen Havarien dar. Bei der Rückkehr von der NATO-Großübung Trident Juncture 2018 kollidierte eine norwegische Fregatte mit einem maltesischen Tankschiff. Dabei wurde die Fregatte beschädigt und etwa 10 Kubikmeter Diesel liefen aus einem Leck in den Atlantik.[16] Lecks treten in allen Transport- und Aufbewahrungsmitteln des Militärs auf, so wie z.B. im Februar 2021, als 22.000 Liter Kerosin aus einer Treibstoffleitung des US-Stützpunkts Spangdahlem entwichen.[17] Bei Bombardierungsübungen läuft nicht immer alles nach Plan: Während der Übung Talisman Saber 2013, einer zweijährlichen Übung der australischen und US-amerikanischen Streitkräfte, gelang es der US Navy nicht rechtzeitig, die unscharfen Übungsbomben über einem Trainingsgebiet auf die Townshed Island Bombing Site abzuwerfen. Aufgrund von Spritmangels mussten insgesamt 1,8 Tonnen Bomben an anderer Stelle abgeworfen werden. Unglücklicherweise wurden dabei vier Übungsbomben über dem Grand Barrier Reef abgeworfen, dessen ökologische Wichtigkeit gerade angesichts des steigenden Meeresspiegels nicht zu unterschätzen ist. Nach Angaben der US Navy seien die Bomben nicht direkt auf dem Korallenriff gelandet, sondern in einem unweit gelegenen Meeresgraben.[18] Doch die Seestreitkräfte setzen z.B. bei ihren Luft-Wasser-Übungen auch Kampfmittel ein, die zu Detonationen führen. Eine spektakuläre Unterwasserdetonation sorgte im Juni 2021 für Schlagzeilen. Das US-Militär warf rund 18.000 kg Sprengstoff unweit des neuen Flugzeugträgers USS Gerald Ford ab, um ihn einem Stresstest zu unterziehen. Durch die Wucht der Unterwasserdetonation entstanden eine gigantische Wasserfontäne und ein Erdbeben, das an der mehr als 160 km entfernt gelegenen Küste Floridas eine Magnitude von 3,9 erreichte. Nach Berechnungen der Navy war diese Explosion für Meeressäugerarten in einem Umkreis von 1 bis 2 km tödlich und in bis zu 10 km schädlich.[19] Diese Sprengkraft ist selbst für Marineübungen außergewöhnlich, doch jährlich finden zahlreiche Detonationen bei Militärübungen statt. Laut dem Center for Biological Diversity schädigen und belasten allein die Übungen der US-Navy jährlich mil-

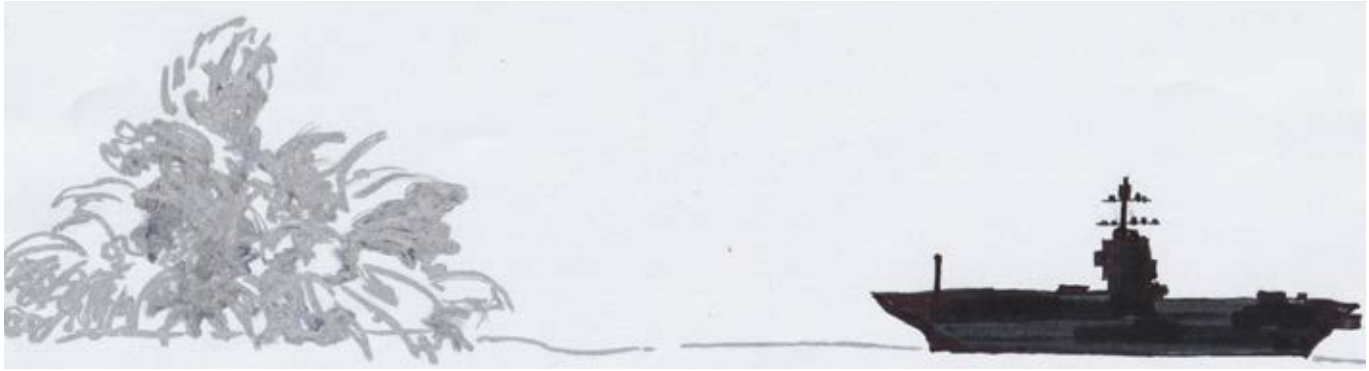
lionenfach Meeressäuger durch Detonationen und den Einsatz von Mittelfrequenzsonaren der Kriegsschiffe. Sonar und die Druckwellen von Explosionen führen zu mitunter tödlichen akustischen Traumata bei Meeressäugern.[20] Für weitere solcher Beispiele muss man aber nicht in die Ferne blicken: Unverantwortliche und folgenschwere Munitionsentsorgung ist auch in der Ostsee zu beobachten gewesen.[21]

Klimawandel als Sicherheitsproblem und das grüne Militär

Trotz der nachweislich klima- und umweltschädlichen Militäraktivitäten wiederholen sich zwei Narrative in den sicherheitspolitischen Diskursen. Zum einen sei Militär notwendig, um die sozio-politischen Folgen des Sicherheitsproblems Klimawandel zu mitigieren und zum anderen seien das Militär und die Rüstungsindustrie dabei, umwelt- und klimafreundlicher zu werden. Verdeutlicht wird die Versicherheitlichung durch die erste Militärübung, die sich den Folgen des Klimawandels verschrieb. Im März 2021 fand das Planspiel Elliptic Thunder statt, bei dem das US-Militär Auswirkungen des Klimawandels bekämpfte. Die Versicherheitlichung des Klimawandels zeichnet sich deutlich ab im Übungsszenario: Angesiedelt ist die Übung in einer fiktiven Zukunft Ostafrikas. Der Klimawandel verursacht gleich mehrere Extremereignisse wie Überschwemmungen, Dürren und Wirbelstürme, infolgederer eine Verknappung von Nahrungsmitteln und Wasser entsteht. Die Region versinkt in Instabilität, die „extremistischen Gruppen und strategischen Rivalen neue Möglichkeiten eröffnet, an Einfluss zu gewinnen, was sich auf die nationalen Sicherheits- und Verteidigungsziele der USA auswirkte.“[22] Zudem kam es zu „Migration in großem Maßstab“, womit die Übung auch Migration als Sicherheitsproblem darstellt. Ziel der Übung ist nicht die Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels und die Sicherheit der lokalen Bevölkerung, sondern der Schutz der nationalen Interessen der USA vor dieser Bevölkerung. Einen weiteren Strang in dem Diskurs stellt das Greenwashing dar. So betonte der NATO-Generalsekretär Stoltenberg im Rahmen der COP26 Konferenz in Glasgow 2021, die NATO-Mitgliedstaaten arbeiteten an einer Reduzierung des Treibstoffverbrauchs.[23] Zu seiner Augenwischerei findet Björn Müller in der .loyal, der Zeitschrift des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, deutliche Worte: „Dass die NATO-Armeen das Thema entschlossen angehen werden, postuliert seit Monaten rührig der Generalsekretär der Militärallianz, Jens Stoltenberg. Mit dem emotionalen Aufhänger des Eisbären, dem es in der Arktis zu warm wird, hat Stoltenberg ein Essay auf die NATO-Webseite gestellt, in dem von Solarzellen für Feldlager, weniger Emissionen und mehr Energieeffizienz die Rede ist. In dem schmissigen Text gehen jedoch Nebensätze wie ‚ohne unsere Kernaufgaben zu kompromittieren‘ unter. Sie verweisen auf einen ernüchternden Ausblick zu Klimawandel und Streitkräften. Bei deren Kernaufgabe, Kriegsgerät ins Feld zu führen und gegebenenfalls kämpfen zu müssen, werden fossile Brennstoffe noch jahrzehntelang unverzichtbar bleiben. Der Energiebedarf zur Operationsführung wird sogar noch massiv zunehmen.“[24] Auch die versprochenen sinkenden Emissionen durch virtuelle Übungen sind Blendwerk. Zwar sinkt der Treibstoffverbrauch zunächst, wenn Pilot*innen virtuelle Flugstunden absolvieren, doch virtuelle Realitäten verbrauchen ebenfalls Energie und fußen auf einem umweltschädlichen Rohstoffabbau – der Coltanabbau etwa erfordert die Rodung von Regenwäldern.

Widerstand gegen Militärübungen

Die Liste von Beispielen an Widerstand gegen Militärübungen ist lang – immer wieder werden Militärübungen aus umweltpolitischen oder bzw. und aus antimilitaristischen Gründen blockiert. In einigen Fällen gelang es den Protestierenden sogar, dass die militärische Nutzung der Übungsplätze generell ein Ende fand. Ein Beispiel dafür ist die hawaiianische Insel Kaho‘olawe, die ab den 1940er Jahren von dem US-Militär als Bombardierungsübungsziel genutzt wurde. In den 1970er Jahren fuhren Aktivist*innen mit kleinen Booten zur Insel und besetzten sie. Weitere solcher Aktionen folgten und die Protect Kahoolawe



Stresstest der USS Gerald Ford.
Quelle: Monika Mazur.

Ohana gründete sich. Die Gruppe kämpfte auch mit legalen Mitteln gegen die militärische Nutzung der Insel, die gegen Umweltauflagen sowie Gesetze zum Schutz von historischen Orten und der Religionsfreiheit verstieß – und im November 1993 stellte der US-Kongress alle militärischen Aktivitäten auf der Insel ein und übergab sie wieder der zivilen Kontrolle. Auch eine aufwendige Reinigung der Insel von Munitionsresten und verseuchtem Boden sollte durchgeführt werden, doch diese fand nie in ausreichendem Maße statt.[25] Die Folgen dieses gebrochenen Versprechens sind tragisch. Im Februar 2022 brannten neun Hektar bzw. ein Drittel der Insel. Bereits am ersten Tag des Feuers wurden die Löscharbeiten aufgrund der Munitionsreste auf der Insel, von denen bei hohen Temperaturen auch ein hohes Risiko ausgeht, eingestellt – und der Brand dauerte weitere sechs Tage an.[26] Anderen Protesten gelingt es, die militärische Nutzung gleich zu Beginn zu unterbinden. Ein aktueller Lichtblick zeigt sich in Montenegro, wo ein geplanter NATO-Truppenübungsplatz und Waffentestgelände durch den Protest der lokalen Bevölkerung vorerst verhindert werden konnte. Der Übungsplatz sollte in dem UNESCO Biosphärenreservat Sinjajevina errichtet werden, welches das größte Weideland auf dem Balkan ist. Nach einem 51 Tagen währenden Protestcamps, das auch bei Minustemperaturen und Schnee von Oktober bis Dezember 2020 nicht aufgegeben wurde, und dem beharrlichen Blockieren der Zugänge für das Militär, gelang es den Protestierenden, die neue Verteidigungsministerin Olivera Injac dazu zu bringen, die Pläne vorerst aufzugeben. Nun kämpfen sie darum, ihren vorübergehenden Sieg langfristig und rechtlich zu sichern, indem sie die Abschaffung des Erlasses zur Einrichtung des Truppenübungsplatzes fordern sowie die Schaffung eines Schutzgebiets, das von ihnen bzw. von den lokalen Gemeinschaften mitgestaltet und mitverwaltet wird. Für die lokalen Gemeinschaften ist die Erhaltung des Weidelandes essenziell, denn rund 22.000 Menschen leben dort von Naturweidewirtschaft bzw. pflegen eine nachhaltige pastorale Lebensweise, deren Aufrechterhaltung auch Klimaschutz bedeutet.[27] Angesichts der bereits sichtbaren und spürbaren desaströsen Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels ist Sinjajevina ein Lichtblick, denn der Widerstand der lokalen Bevölkerung zeigt, dass es möglich ist, weitläufige Gebiete vor einer militärischen Nutzung zu bewahren – nicht von ungefähr hieß es in der an den EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung und den Verteidigungsminister von Montenegro gerichteten Petition: Save Sinjejevina is a Mission Possible. Die Reduzierung von militärbedingten Emissionen durch Proteste und Blockaden von Militärübungen und Militärübungsplätzen ist es auch.

Anmerkungen

1 Key NATO and Allied exercises in 2021, nato.int, März 2021.
2 Zentelis R. and Lindenmayer D. 2014. Bombing for biodiversity – enhancing conservation values of military training areas. In: The effects of modern war and military activities on biodiversity and the environment, Conserv. Lett. 8(4): 299–305. cdnsciencepub.com.
3 Stuart Parkinson: The carbon boot-print of the military, sgr.org.uk, 8.1.2020.
4 Neta C. Crawford: Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War, watson.brown.edu, Boston University, 12.6.2019.
5 Marc Werner: Das US-Militär. Auf Kriegsfuß mit dem Klima, IMI-Studie 7/2019, imi-online.de , 4.11.2019.
6 militaryemissions.org.
7 Stuart Braun. Scorched earth: The climate impact of conflict, dw.com, 28.5.2021.
8 Defender-Europe 21 Fact Sheet, europeafrica.army.mil.
9 Anzahl der Liegenschaften und Materiallage der Bundeswehr, bundeswehr.de, November 2019.
10 Eine Division greift an, bundeswehr.de, 28.05.2021.
11 Jacqueline Andres: Krieg und Klima, IMI-Analyse 2020/34, imi-online.de, 21.7.2020.
12 Military exercise triggers more than 100 forest fires in Australia , firstpost.com, 23.10.2013.
13 Emmanuel Onyango: Kenyans sue the British army over fire at wildlife sanctuary, bbc.com, 27.7.2021.
14 Ebd.
15 Hannah Muthoni Macharia: The Impact of Military Exercises and Operations on Local Environment, in: Journal of Language, Technology & Entrepreneurship in Africa, Vol.7., No.2., 2016, S. 145.
16 Helge Ingstad: Norway's warship collides with tanker in fjord, bbc.com, 8.11.2018.
17 Nach Kerosin-Leck: Deutsche Behörden besuchen US-Stützpunkt Spangdahlem, swr.de, 9.3.2021.
18 U.S. drops bombs on Australia's Great Barrier Reef Marine Park , cbsnews.com, 21.7.2013.
19 US Navy's powerful shock exercise harms marine mammals, expert says, theguardian.com, 23.6.2021.
20 Center for Biological Diversity: Navy to Reexamine Effects of Pacific Training Exercises on Endangered Whales, biologicaldiversity.org, 15.7.2021.
21 Emma Fahr: Von Minen und Walen, in: Ausdruck 3/2021.
22 David Vergun: DOD Exercise Highlights Need to Address Climate Change, Its Impacts, defense.gov, 17.5.2021.
23 NATO Secretary General attends United Nations "COP26" Climate Change Conference, nato.int, 2.11.2021.
24 Björn Müller: Nachhut an der Klimafront, reservistenverband.de, 27.5.2021.
25 Kaho'olawe, protectkahoolaweohana.org, 2021.
26 Fire Burns 9,000 Acres on Kaho'olawe, More Than 30% of Island Scorched, mauinow.com, 28.2.2021.
27 About Sinjajevina, sinjajevina.org.

Manöver und Züge stoppen

Erfahrungen einer Kleingruppe mit persönlichem Ausblick

von Jan Hansen

Im Februar 2008 stoppten und blockierten Aktivist*innen der Gruppe „Militarismus jetzt stoppen“ nahe Husum/Nordfriesland einen Militärtransport für mehrere Stunden. Der Zug transportierte Fahrzeuge und Raketen für ein Manöver der Nato-Response-Force. Die Aktion ist bis heute eine der wenigen in Deutschland, bei denen Protest direkt störend in die Abläufe des Militärs vor Ort eingriff. Und die einzige derartige Kleingruppen-Aktion. Jan Hansen, damals an der Aktion beteiligt, berichtet und stellt die Frage, was sich in der Friedensbewegung ändern müsste, damit er es wieder tun würde.

Ohne Transporte kein Militär

Krieg und Logistik hängen seit Anbeginn der Zeit untrennbar miteinander zusammen. Man denke an die Straßen der Römer*innen, die es ihren Legionen ermöglichten, quasi überall sein zu können und wie dumm ausgerechnet die Römer*innen aus der Wäsche guckten, als die Armee aus Karthago einschließlich Elefanten die Alpen logistisch bewältigte. Auch die Eisenbahn hatte in Preußen von Beginn an militärische Relevanz. Dies zeigt sich u.a. daran, dass wir die Idee einer Berliner Ringbahn all den Deserteuren verdanken, die es bei der Mobilisierung 1850 vorzogen, zwischen den Kopfbahnhöfen zu verschwinden.

Auch im zweiten Weltkrieg waren Eisenbahnen ein entscheidender Teil der Militärlogistik. Der Badische Bahnhof im neutralen Basel glich einer Festung, um Blockaden und Sabotage an den zwischen Deutschland und Italien über helvetische Alpenpässe verkehrenden Güterzügen zu unterbinden. Jüdische Widerstandskämpfer*innen in Belgien blockierten einen Deportationszug, um Menschen vor dem KZ zu retten. Streikende Eisenbahner*innen in Dänemark weigerten sich, Deportationszüge abzufertigen. Eine der Hauptaktionen des Widerstandes in den Niederlanden war die Organisation (und Finanzierung) eines Eisenbahnstreiks.

Schaut man heute über die deutschen Grenzen hinaus, so sieht man, dass im Rest von Europa fast ständig Militärlogistik angegriffen wird. Es vergeht kaum eine US-Intervention im Nahen Osten, ohne dass italienische Genoss*innen Militärtransporte durch die Alpen blockieren oder sabotieren. An den Mittelmeerhäfen streiken regelmäßig Dockarbeiter*innen, wenn sie Teil der militärischen Logistik sein sollen. In Deutschland hingegen läuft es ganz anders. Statt dahin zu gehen, wo es das Militär stört, mobilisiert die Friedensbewegung bis auf ganz wenige Ausnahmen zu nicht besonders großen „Großdemos“ in die Großstädte und lauscht dort den ewig gleichen Reden der ewig gleichen Bewegungsführer*innen. Das ist umso überraschender, als dass die Anti-Atom-Bewegung seit Jahren mit großem Erfolg mit Blockaden und Sabotage die u.a. auf der Eisenbahn stattfindenden Castor-Transporte dort, wo es stört, angreift und in ihrer Geschichte zentrale Anregungen aus den friedenspolitischen Blokkaden der Raketenstützpunkte (Mutlangen, u.a.) aufnahm. Eine der wenigen Ausnahmen ereignete sich im Februar 2008 im ansonsten beschaulichen Nordfriesland.

Regionalzeitung verrät Details für Blockade

Zwischen Husum und Schleswig blockierten Antimilitarist*innen einen Militärtransport der Bundeswehr auf dem Weg zu einem Manöver der Nato-Response-Force. Beim Lesen der örtlichen Regionalzeitung stolperten wir über ein Gefälligkeitsinterview mit dem Presse-Offizier des Standortes[1]. Dieser berichtete der Zeitung stolz, dass die Flugabwehrgruppe 52 teil der Nato-Response-Force sei, und deshalb ab nächster Woche über 14 Tage Zugtransporte stattfänden. Aus dem Text ließen sich die Strecke, Abfahrtszeiten und Details zur Fracht und Bewachung entnehmen. Wir staunten nicht schlecht, wie weit ihre Aufmerksamkeitsgeilheit die Militärs treiben kann.

Drei Tage verwendeten wir für die Beschlussfassung und Rekrutierung des Teams, weitere vier Tage für die technischen Vorbereitungen. Den ersten Transport observierten wir, um sicher zu gehen, dass alles wie in der Zeitung beschrieben und bei den Planungen unterstellt ablaufen würde.

Dann schlugen wir zu. Kaum hatte der zweite Militärtransport gegen 3 Uhr nachts das Kriegsmaterialdepot in Ohrstedt verlassen, ging es an der ersten Weiche schon nicht mehr weiter. Dort hatten sich Aktivist*innen der Gruppe „Militarismus jetzt stoppen“ am Gleis angekettet. Auf einem Banner verkündeten wir: „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“. Nachdem die Polizei das Gleis zersägen ließ, gelang es den Cops, die Aktivist*innen vom Gleis zu entfernen. Der Zug konnte mit mehreren Stunden Verspätung am Morgen weiterfahren.

Wir wurden bis mittags befragt, durchsucht, eingesperrt und hatten viel Gelegenheit, die eingesetzten Beamt*innen der Bundespolizei und des Staatsschutzes zu veralbern. Besonders interessierte sie, wie wir an die Infos über den Transport gekommen waren und wer der Maulwurf war, was uns Gelegenheit für allerlei Spott und Schabernack gab (sie haben es nach einigen Tagen von allein geschnallt; anschließend war der Propaganda-Offizier in den Medien etwa zwei Jahre lang deutlich schmallippiger). Der nächste Transport wurde vom Militär abgesagt, da erst die halbe Bereitschaftspolizei von Schleswig-Holstein einschließlich Helikopter in den Landstrich verlegt werden müsste, um weitere Transporte gegen Protest abzusichern.

Langes Strafverfahren mit vielen Aktionen

Die Polizei ermittelte anschließend wegen Sachbeschädigung, schweren Eingriff in den Schienenverkehr und Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz. Zur Anklage brachte die Staatsanwaltschaft letztlich eine „Nötigung.“ In der Woche vor dem ersten Prozess am 1. Dezember 2009 fand eine kleine Kundgebung vor dem Kriegsdepot statt. Die Polizei begleitete diese mit einem riesigen Aufgebot. Sie bewachte jeden Stromkasten, jeden Bahnübergang, jede Weiche und jede Ortsdurchfahrt im Bereich zwischen Nordsee, Treene und Eider. Außerdem organisierten wir eine Fahrradtour rund um die Militärstützpunkte in Husum. Am Sonntag vor dem Prozess mobilisierten die Schaufenster der Innenstadt unfreiwillig zum Prozess. Unbekannte hatten Sprechblasen aus Papier auf die Scheiben geklebt, so dass sie den Figuren in der Auslage solidarische Prozessaufrufe in den Mund legten. Am Morgen der Verhandlung hing die Innenstadt voll mit Protest-Bannern und irgendwelche unverschämten Chaot*innen besprühten in der Nacht die Fassade des Amtsgericht mit Parolen.

Im Gerichtsprozess selbst wurden Richter*in und Staatsanwaltschaft mit dem Theaterstück „Mars-TV“ veralbert, der Verhandlungssaal wurde mit Luftballons und Luftschlangen dekoriert und die hinzugerufenen staatlich bezahlten Gewalttäter*innen der Husumer Polizei gingen in Konfetti-Regen unter. Die Verhandlung endete nach mehreren Befangenheitsanträgen. Die Tageszeitung „Neues Deutschland“ titelte „Spaßguerilla macht kurzen Prozess“.[2]

So ging es fünfeinhalb Jahre weiter. Zu den vier Strafrechts- und drei Zivilrechtsprozessen organisierten wir umfangreiche kreative Aktionen an den Gerichtsstandorten Husum, Flensburg, Schleswig und Karlsruhe. Hanna, in den Augen der Staatsanwaltschaft die Haupttäter*in, wurde letztlich zu 120 Tagessätzen verurteilt. Einen Teil davon saß sie in der JVA Frankfurt ab. Außerdem befanden die Gerichte, dass die Aktivist*innen verantwortlich seien für einen 14.000 Euro schweren Schaden am von den Cops zersägten Gleis. Die restlichen Verfahren wurden eingestellt. Darunter auch dutzende Verfahren gegen Unterstützer*innen, gegen die die Beamt*innen bei Gerichtsprozessen gewalttätig vorgegangen waren und die sich anschließend mit den Vorwürfen der Beleidigung, des Widerstandes und der Körperverletzung konfrontiert sahen. Die Anwaltskosten konnten durch Spenden aufgebracht werden, die Rechnung fürs Gleis ist bis heute nicht bezahlt.

Medial war die Aktion ein Erfolg: Dpa-Meldung, Titelseite, Seite Drei[3], und zwei Tage später noch ein großes Interview[4] in der Regionalzeitung nach der Aktion. Mit den folgenden Gerichtsprozessen nahm die Berichterstattung sogar noch zu. Nun veröffentlichten auch taz, Junge Welt und Neues Deutschland Berichte. Vor und nach der Haft war Hanna gleich zweimal bei Markus Lanz im Fernsehen mit Ausschnitten aus unserem Aktionsvideo zu sehen. Die Lokalzeitung druckte zwar nach wie vor Gefälligkeitsberichte für die Militärs, doch auch unsere Positionen fanden zusehends Eingang in die Berichterstattung. Wenn wir einen Infostand veranstalteten, wussten die Passant*innen auch noch Jahre nach der Aktion auch in Orten, in denen wir noch nie aktiv waren, sofort, wer wir sind, und was unsere Anliegen sind.

Eine Bilanz

Die Aktion brauchte nur wenige Menschen und kostete keine 500 Euro. Auch in der Folgezeit waren nie mehr als ein Dutzend Leute aktiv und auch die Kosten für Aktionen hielten sich dank großer Kreativität und viel Frechheit in Grenzen (ins Konto schlugen die Anwaltskosten mit ca. 500-1.000 Euro für die etwa alle neun Monate stattfindenden sieben Gerichts-

Aufnahme der Gleisblockade eines Militärtransports der Bundeswehr zwischen Husum und Schleswig, der sich auf dem Weg zu einem Manöver der Nato-Response-Force befand. Quelle: Gruppe Militarismus jetzt stoppen, Husum.

prozesse mit mehreren Verhandlungstagen). Unsere Aktion erreichte sehr viel mediale Berichterstattung. Es gelang in den gerade für Afghanistan so wichtigen Jahren von 2008 bis 2012 die Rolle der lokalen Militärs getreu dem Slogan „Der Krieg beginnt hier!“ in den lokalen Diskurs einfließen zu lassen.

Wie konnte das gelingen? Etwas Glück gehörte dazu. In den Jahren 2001 und 2003 lag auch für junge Leute die Beschäftigung mit friedenspolitischen Themen nahe, sodass sich eine Clique an diesen Themen politisierte. Zudem gibt es in Nordfriesland kaum zur Friedenserstarrung verkommene Bewegungsreste. Deshalb konnten junge Leute einfach selber Politik machen, ohne sich mit lokalen Bewegungsfürst*innen auseinandersetzen zu müssen, die Gefolgschaft erwarten oder um ihre diskursive Macht fürchten.

Dazu kam eine Portion Realismus. Der Traum von den ach so großen „Großdemonstrationen“ funktioniert in Nordfriesland einfach nicht. Deshalb war allen Beteiligten klar, dass Kreativität und Frechheit die mangelnde Personalstärke ausgleichen müssen, um überproportional Einfluss auf den lokalen politischen Diskurs zu gewinnen. Dies führte dazu, dass statt im Kreis zu latschen das Ausprobieren verschiedenster Aktionsformen im Vordergrund stand. Leider ist ein derartiges Mindset in der Friedensbewegung bis heute eine Seltenheit.

Allerdings fielen wir den wenigen Gruppen, Gangs und Cliquen, die sich mit niedrigschwelligen und preisgünstigen Protestformen beschäftigen, die auch kleinen Gruppen und einzelnen Personen Gehör verschaffen können, recht schnell auf. Dies sorgte für bundesweite Vernetzung, wo wir auch das Know-how zum Züge stoppen und zum Gerichtsprozesse führen bekamen.

Und heute?

Würde ich es wieder tun? Wohl eher nicht. Ich bin etwas aus der Form geraten und diverse Wehwehchen lassen es für mich nicht mehr attraktiv erscheinen, nächtelang im Winter am Bahndamm liegend Züge und Kasernen zu beobachten. Darüber hinaus ist das ständige Gerichtsprozesse vorbereiten und führen sehr kräftezehrend. Erst recht, wenn der Prozess so lange dauert wie bei uns. Aktivisti-Cliquen halten meiner Erfahrung nach im Schnitt etwa 18 Monate, bei uns war nach etwa 4 Jahren die Luft raus, die Prozesse zogen sich jedoch noch fast zwei weitere Jahre hin, in denen wir vor allem zunehmend erfolglos um Gruppenkohäsion bemüht und die anfallenden Tätigkeiten auf immer weniger Schultern verteilt waren.

Doch mit der gerade bei Gerichtsprozessen so wichtigen Unterstützung sah es damals mau aus. Obwohl unsere Verlautbarungen inhaltlich recht brav von einer Ablehnung der Auslandseinsätze getragen waren und klassisch bürgerlich moralisch-pazifistisch argumentierten, hielt sich die Unterstützung aus diesen Kreisen in sehr engen Grenzen. Aus der DFG-VK vermittelte uns Marion Küpker Beiträge in der Zivilcourage und im Friedensforum, Ralf aus Flensburg versuchte leider erfolglos, uns Stiftungsgelder aus der Friedensarbeit zuzuschanzen.

Aufnahme der Gleisblockade nach dem Eintreffen der Polizei und der Feuerwehr. Quelle: Gruppe Militarismus jetzt stoppen, Husum.

Trotz Besuchen von Veranstaltungen örtlicher lokaler Vernetzungen, die den Friedens-Koordinationen nahestehen, ernteten wir dort vor allem verständnisloses Desinteresse. Überraschenderweise unterstützten uns trotz unserem klassisch bürgerlichen Pazifismus ausgerechnet die Antimilitarist*innen aus dem Umfeldern von „War starts here“ und „Bundeswehr wegtreten“. In deren Publikationen und Umfeldern wurde über uns berichtet, Spenden gesammelt, und Veranstaltungen mit uns organisiert. Außerdem unterstützte uns die im nördlichen Schleswig-Holstein nicht gerade zahlreiche lokale Linkspartei-Basis, deren Büros wir für Treffen und Veranstaltungen nutzen durften.

Enttäuschend waren außerdem die Kooperationsversuche im grünen Milieu. Die Bahn entwickelte sich im Laufe des Verfahrens zu einem Zweitgegner. Die Firma war zum einen für die praktische Abwicklung der Militärtransporte verantwortlich, zum anderen erkannte deren Jura-Abteilung recht schnell die Chance, ein Castor-relevantes Urteil in einem von den Atommülltransporten nicht betroffenen Bundesland zu erhalten. Wir versuchten, Ökos und Atomstrom-Gegner*innen auf das Problem aufmerksam zu machen: Ohne Erfolg. Zu unserem Bahn-Aktionstag 2010 kletterte Greenpeace sogar auf dem Berliner Hauptbahnhof, selbstverständlich ohne solidarischen Verweis auf unsere Kampagne. So kam es, wie es kommen musste. Ob Atom oder Kohle: Bei Schienenblockaden ist das gegen uns gefällte und höchstrichterlich bestätigte Urteil heute leider juristischer Standard. Auch das ständige Betteln um Geld für die Prozesskosten und der damit verbundene Zwang zur Selbstdarstellung widerspricht elementar dem, was man im nordfriesisch-hanseatischem Kulturkreis für gesellschaftlich gut und wünschenswertes Verhalten hält. Dass die kapitalistische Aufmerksamkeitsökonomie auch vor linken Kreisen nicht halt macht, und dass man, wenn man Hilfe und Unterstützung braucht, ständig so laut schreien muss, wie man nur kann, war eine bordsteinharte Erkenntnis.

Politisch halte ich solche Aktionen nach wie vor für sinnvoll. Gerade die vermehrt stattfindenden kleinen und großen Manöver bieten super Gelegenheiten, vor Ort und wo es die Bundis stört, mit verhältnismäßig geringen Mitteln diskursiv starke Aktionen durchzuführen. Dies bietet die Chance, dem Militär vor Ort zumindest für die in weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnten Auslandseinsätze die gesellschaftliche Betriebserlaubnis zu entziehen. Deshalb lohnt es sich, solche Aktionen zu unterstützen.

Anmerkungen

1 Husumer Nachrichten: Luftwaffe probt Verlegung, 31.1.2008.

2 Dieter Hanisch, Neues Deutschland: Spaßguerilla macht kurzen Prozess, 3.12.2009, nd-aktuell.de.

3 Husumer Nachrichten: Gleisblockade stoppt Militärtransport, 11.2.2008.

4 Husumer Nachrichten: Ich habe keine Angst vor den Kosten, 12.2.2008.

Mit FONOPs auf Kollisionskurs?

Westliche Militärpräsenz und Manöver im Indo-Pazifik

von Jürgen Wagner

Von Kriegsmarinen durchgeführte Freedom of Navigation Operations (FONOPs, Manöver zur Freiheit der Schifffahrt) bestehen offiziell darin, durch umstrittene internationale Gewässer zu kreuzen und damit anderen Marinen anzuzeigen, dass ihr Herrschaftsanspruch über dieses Seegebiet nicht anerkannt wird und einem jeden Schiff die Durchfahrt frei steht. Ein scheinbar hehrer Anspruch, sich für die Rechte Aller gegen die Gewalt Bestimmter zu stellen. Es gibt hier die Guten und die Bösen – in unserem Fall sind die Bösen in der Volksrepublik China zu verorten und die Guten im Westen (USA, Frankreich, Großbritannien, Niederlande ... und Deutschland): FONOPs in Asien sind ein Instrument von Groß- und Militärmächten, um die VR in die Schranken zu weisen.

Spätestens mit der Schwerpunktverlagerung („pivot to Asia") unter US-Präsident Barack Obama ab dem Jahr 2011 wurde der erklärte Systemkonkurrent China verstärkt ins Visier genommen. Nun wird mit Kriegsschiffen durch von China beanspruchte Meeresgebiete gefahren, womit nach vielfacher Einschätzung ein erhebliches Provokations- und Eskalationspotenzial einhergeht. „Solche Fahrten bergen allerdings immer die Gefahr einer Gegenreaktion und können Anlass für Zwischenfälle auf See und in der Luft sein. […] Die durch amerikanische Schiffe seit Jahrzehnten regelmäßig durchgeführten ‚Freedom of Navigation'-Einsätze haben vor allem in den letzten Jahren im Zeichen sich anbahnender Großmachtrivalitäten im Indo-Pazifik den Beigeschmack amerikanischer Machtprojektion gegenüber China bekommen."[1]

Deutschland hatte sich bislang von derlei waghalsigen Manövern ferngehalten – nun mehren sich aber auch hierzulande die Stimmen, die eine größere militärische Präsenz im „Indo-Pazifik" fordern. Fernab eigener Küsten stellt sich Deutschland so an der Seite der USA gegen die Volksrepublik China und instrumentalisiert und heizt einen lokalen Konflikt an, dem anders besser zu begegnen wäre.

Der Konflikt – Umkämpfte Inseln

Hintergrund der Übungen ist dabei ein komplexer Konflikt um Ressourcen und Gestaltungsmacht, der in den letzten zehn Jahren unter anderem dadurch verschärft wurde, dass eine heraufziehende Großmachtkonkurrenz zwischen den USA und der VR China eine Bühne braucht. Der territoriale Anspruch Chinas auf das Südchinesische Meer besteht seit 1947 – festgelegt in einer flüchtigen Skizze vom Südchinesischen Meer hat die damalige Republik China mit neun groben Strichen das von ihr beanspruchte Gebiet markiert. Diese Nine-Dash-Line wurde mehr und mehr relevant, indem andere Anrainer und die VR China bzw. Taiwan mit ihren territorialen auch ökonomische Ansprüche und Ziele verbanden: Fischerei und Ölförderung sind dabei nur zwei Stichworte. Alle Anrainer haben kleinere Felsen und Riffe in dem Gebiet als Anlaufpunkte für Fischer und als Ausgangspunkt für Explorationen genutzt und für sich reklamiert. Erst seit dem Beginn des neuen Jahrtausends jedoch zeigt sich, dass die VR China nicht nur einen immer größeren Bedarf an Ressourcen hat, den sie im Südchinesischen Meer zu stillen suchte, sondern auch technische und militärische Mittel an den Start brachte, um diese Ansprüche durchzusetzten. Dem massiven Ausbau der Riffe zu (teilweise auch militärisch genutzten) Basen wurde von den Anrainern widersprochen, aber ihnen fehlten die Mittel, effektiv dagegen vorzugehen. China unterbindet die Explorationen der anderen und Fischer aller Anrainer kämpfen mit rabiaten Methoden um Quoten und Zugänge. Die Streitigkeiten haben in der ganzen Region zu einem Ausbau maritimer Kapazitäten geführt. Viele friedliche Ansätze blieben bisher ohne dauerhaftes positives Ergebnis.

2013 brachten die Philippinen die maritimen Streitigkeiten in ein Schiedsverfahren ein, das prüfen sollte, inwieweit die 9-Strich-Linie im Einklang mit dem von China ratifizierten Seerechtsübereinkommen (SRÜ/

UNCLOS) steht. Rund drei Jahre später musste Beijing einen empfindlichen Dämpfer hinnehmen: „Das 2016 abgeschlossene, von den Philippinen initiierte Schiedsverfahren zur Südchinesischen See hat dazu geführt, dass weitgehend alle maritimen Ansprüche Chinas als rechtlich unwirksam erklärt worden sind. Auch die Aufschüttung künstlicher Inseln durch China wurde als widerrechtlich bezeichnet.“[2] Kernfrage war dabei auch, ob ein Fels im Wasser ausreicht, einen territorialen Anspruch zu rechtfertigen, und wenn, wie viel: „Rechtlich gesehen gewährt die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen (UNCLOS) für ein Riff, das bei Flut unter Wasser liegt, gar keinen territorialen Anspruch. Ragt ein Felsen aus dem Wasser heraus, ergibt sich ein 12-Seemeilen-Anspruch (entspricht 22 Kilometern) auf territoriale Gewässer. Eine bewohnte Insel kann zudem eine bis zu 200 Seemeilen breite ‚exklusive Wirtschaftszone‘ für sich beanspruchen.“[3] Da Beijing nicht am Schiedsgerichtsverfahren teilgenommen hat, blieb der Spruch der RichterInnen ohne direkte Folgen.

Auftritt der Weltmacht

Es gibt zwar durchaus auch andere Rechtsauslegungen, aber seit dem Schiedsspruch spielen sich die USA ungefragt als Schutzmacht des von ihnen im Übrigen nie ratifizierten SRÜs und als Hüterin der Interessen der Anrainerstaaten auf. Tatsächlich geht es ihnen aber primär darum, sich alle Optionen zur Eindämmung Chinas offen zu halten. Ein vorrangiges Mittel hierfür sind die FONOPs, bei denen die USA bewusst und ungefragt in Gebiete eindringen, in denen China aus seiner Sicht die Hoheit ausübt und Erlaubnis erteilen müsste. Ein Papier der „SWP“ bewertet die FONOPs folgendermaßen: „Vor allem wenn sie besonders große oder leistungsfähige Waffensysteme umfassen, wohnt den ‚Freedom of Navigation‘-Operationen eine weitergehende Symbolik inne: Sie sind dann ein Zeichen dafür, dass man grundsätzlich willens und in der Lage ist, militärische Gewalt in einem Maße anzuwenden, dem die andere Seite nicht gewachsen ist.“[4]

Schon unter US-Präsident Obama wurden diese Manöver hochgefahren, die tendenziell immer weiter zunehmen. 2020 kam es zu acht FONOPs im Südchinesischen Meer und 13 Durchquerungen der Straße von Taiwan (siehe Tabelle). Unter Joseph Biden durchquerten US-Kriegsschiffe zwischen Januar und November 2021 elf Mal die Straße von Taiwan.[5] Die US-amerikanische Präsenz hat auf chinesischer Seite die Bemühung um eine maritime Aufrüstung beschleunigt und verleiht ihr im innerchinesischen Diskurs Legitimation.

Neben dem Aspekt der offensiven Eindämmung der VR China geht es für die USA dabei auch um weitergehende Motive. Denn wenn die VR China darauf pochen darf, dass innerhalb ihrer Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) von 200 Seemeilen – bzw. innerhalb dessen, was sie dazu erklärt – ausländische Truppen nur mit ihrer ausdrücklichen Erlaubnis passieren dürfen, könnten auch andere ähnliche Rechte für sich reklamieren. Auch andere Länder insbesondere im Globalen Süden teilen diese Rechtsauslegung, die von den westlichen Staaten kategorisch abgelehnt wird, nachdem diese insbesondere die USA nicht nur im Südchinesischen Meer vor erhebliche Probleme stellen würde. In einer Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses heißt es dazu: „Sollte die chinesische Position in dieser Angelegenheit, dass Küstenstaaten in ihren AWZs das Recht haben, die Aktivitäten ausländischer Militärtruppen zu regulieren, größere internationale Akzeptanz im Völkerrecht gewinnen, könnte dies maritime Operationen der USA nicht nur im Südchinesischen Meer, sondern weltweit erheblich betreffen, wodurch wiederum die Fähigkeiten der Vereinigten Staaten, ihr Militär zur Verteidigung ihrer verschiedenen Interessen in Übersee einzusetzen, erheblich betroffen wären. Große Teile der Weltmeere könnten als AWZs beansprucht werden, einschließlich hoch priorisierter Operationsgebiete der Marine im Westpazifik, im Persischen Golf und im Mittelmeer.“[6]

Deutsche Ambitionen im „Indo-Pazifik“

Seit 2019 nahmen die Forderungen nach einer deutschen Militärpräsenz in Asien in der bundesdeutschen Debatte enorm zu und fanden schließlich unter anderem Eingang in die „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ der Bundesregierung vom September 2020. Im November erklärte dann die damalige deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, man stehe im „Systemwettbewerb“ mit China, weshalb Deutschland im „Indo-Pazifik“ „Flagge zeigen“ müsse.[7] Gesagt, getan, und zwar in Form der Entsendung der Fregatte „Bayern“, mit der im August 2021 erstmals ein deutsches Kriegsschiff im Kontext der neu erklärten

Jahr	Südchin. Meer	Taiwanstraße	Gesamt
2012	5	9	14
2013	2	12	14
2014	3	4	7
2015	2	1	3
2016	3	12	15
2017	6	3	9
2018	5	3	8
2019	7	9	16
2020	8	13	21

US-FONOPs im Indo-Pazifik. Quelle: O’Rourke 2022, S. 41.

Ansprüche im Südchinesischen Meer. Quelle: Wikipedia/ Voice of America (bearbeitet durch HueMan1)

Systemkonkurrenz Kurs auf den Raum des „Indo-Pazifik“ nahm. Der Indo-Pazifik ist dabei eine Wortschöpfung, die keineswegs wertneutral den Raum zwischen dem Indischen und Pazifischen Ozean beschreibt, vielmehr ist es ein Kampfbegriff der USA in der Systemkonkurrenz mit China – die Übernahme durch die deutsche Politik ist deshalb umso entlarvender.

Teile des damaligen Koalitionspartners SPD drängten darauf, eine ursprünglich geplante Passage der Taiwanstraße wieder abzublasen, was dann auch geschah. Doch wer hier guter Dinge war, dass der Konfrontationskurs mit der neuen Ampel-Regierung womöglich etwas entschärft werden könnte, sah sich anhand des Koalitionsvertrages eines besseren belehrt. Darin wird einer „systemischen Rivalität mit China“ das Wort geredet und betont, „aufbauend auf den Indo-Pazifik-Strategien Deutschlands und der EU“ setze man sich für eine „freie und offene indo-pazifische Region auf der Grundlage globaler Normen und des Völkerrechts ein.“[8]

Diese Sätze unterscheiden sich kaum mehr von denen, mit denen die USA ihre Manöver rechtfertigen. Und so war es in gewisser Weise auch folgerichtig, dass im Dezember 2021 berichtet wurde, die Marine plane nun eine Dauerpräsenz und die Errichtung einer Quasi-Militärbasis in der Region: „Die Marine will schon ab 2023 einen regelmäßigen Einsatz im Indo-Pazifik absolvieren. […] Mit Partnern in der Region und in Singapur sei man über die Einrichtung eines temporären logistischen Zentrums (‚logistic support hub‘) im Gespräch, mit dessen Hilfe die logistische Betreuung vereinfacht würde.“[9] Gleichzeitig äußerte der damalige Marineinspekteur, die Fahrt der Fregatte Bayern fungiere als „Eisbrecher“, man habe nicht gleich „mit einem Hammer“ starten wollen, beim nächsten Marineeinsatz sei aber auch eine Durchfahrt durch die Taiwan-Straße wahrscheinlich.[10]

Auf Kollisionskurs

Die Gefahr, dass es im Zuge von FONOPs zu Zusammenstößen zwischen chinesischen und westlichen Kriegsschiffen kommt, nimmt stetig zu. Aus chinesischer Sicht überdehnen die westlichen Staaten das, was unter der Freiheit der Meere verstanden werden

kann, mit ihren Militärmanövern erheblich. Deshalb handelt es sich bei derlei Übungen um ein Spiel mit dem Feuer, da China mit Maßnahmen reagiert, die das Risiko weiter erhöhen: „Auf derart provozierende Manöver der US-Marine antwortet das chinesische Militär, die Volksbefreiungsarmee (PLA), in der Regel herausfordernd mit eigenen Schiffen und Flugzeugen. [...] Häufig entsendet die chinesische Seite ein oder mehrere eigene Schiffe, die das amerikanische Schiff – um die Sache so höflich wie möglich zu gestalten – aus dem Gebiet herauseskortieren. Diese Begegnungen haben sich manchmal als äußerst gefährlich erwiesen, insbesondere wenn die Schiffe nahe genug aneinander gerieten, als dass es zu einem Kollisionsrisiko kam.“[11]

Dass derlei Kollisionen nicht auszuschließen sind, zeigte sich bereits im April 2001, als ein chinesisches Kampfflugzeug mit einem US-Spionageflugzeug vom Typ Lockheed P-3 zusammenstieß. Die darauf folgende Krise konnte damals zwar beigelegt werden, ob das in der heutigen aufgeheizten Atmosphäre aber erneut gelingen würde, ist durchaus fraglich – zumal es an geeigneten Krisenkommunikationsmechanismen fehlt (siehe den Beitrag von Tobias Pflüger). Dies macht es umso problematischer, dass die Kontrahenten mittlerweile in schöner Regelmäßigkeit an einer Katastrophe vorbeischrammen. Das Committee for a Sane U.S. China Policy zählte allein zwischen Januar 2021 und Januar 2022 insgesamt 66 Beinahe-Zusammenstöße zwischen US-amerikanischen und chinesischen Einheiten.[12] Vor diesem Hintergrund sollten die FONOPs umgehend beendet werden, zumal sie regelrecht kontraproduktiv sind – und für Deutschland bedeutet das, besser erst überhaupt nicht in das Manövergeschäft in Ostasien einzusteigen: „Auch wenn FONOPs das Verlangen ‚etwas zu tun‘ scheinbar befriedigen, so bleiben sie doch ein Säbelrasseln und sind gegen Chinas ‚Salamitaktik‘ und Maßnahmen im Graubereich zwischen Diplomatie, Außenwirtschaftspolitik und niederschwelliger Gewaltanwendung unwirksam. Im Gegenteil: Reine Machtdemonstrationen verstärken die Spannungen weiter. Sie machen chinesische Entscheidungsträger nicht nur entschlossener, ihr Kerninteresse um jeden Preis zu verteidigen, sondern sie steigern auch die allgemeine Unsicherheit und erhöhen damit wiederum die Erwartungen dritter Staaten an die USA, durch Abschreckung für militärische Stabilität zu sorgen.“[13] Oder anders: Sie beschleunigen die Aufrüstungsspirale in Asien.

Anmerkungen

1 Swistek, Göran: Quadratur des Kreises im Indo-Pazifik. Sicherheitspolitische Umsetzung der Indo-Pazifik-Leitlinien, SWP-Aktuell, März 2021, S. 5 und 7.

2 Mohr, Johannes: Der Schiedsspruch zum Südchinesischen Meer und die Reaktionen Beijings, in: Sirius, Nr. 2/2017.

3 Hirschmann, Kai: Konfliktinseln im Südchinesischen Meer, consulting-plus.de, o.J.

4 Becker, Christian: Große Statussorgen um kleine Inseln: militärische Symbolpolitik im Süd- und Ostchinesischen Meer, SWP-Studie, Februar 2017, S. 13.

5 US warship sails through Taiwan Strait, first since Biden-Xi meet, aljazeera.com, 23.11.2021.

6 O’Rourke, Ronald: U.S.-China Strategic Competition in South and East China Seas: Background and Issues for Congress, CRS, 18.01.2022, S. 5.

7 Kramp-Karrenbauer, Annegret: Zweite Grundsatzrede der Verteidigungsministerin, bmvg.de, 17.11.2020.

8 Mehr Fortschritt wagen, Koalitionsvertrag 2021 – 2025.

9 Mergener, Hans-Uwe: Bundeswehr plant jährliche Präsenz im Indo-Pazifik, Europäische Sicherheit & Technik, 22.12.2021.

10 Böge, Frederike: Deutsche Marine verstärkt Engagement im Indo-Pazifik, FAZ, 22.12.2021.

11 Klare, Michael T.: In den Krieg hineinstolpern? in: Luxemburg, Mai 2021.

12 Provocative Maneuvers & Close Encounters: https://www.saneuschinapolicy.org/provocative-maneuvers

13 Wirth, Christian/Schatz, Valentin: „Lawfare“ im Südchinesischen Meer, GIGA Focus Asien, 08/2020, S. 7.

IMI empfiehlt die nach dem Redaktionsschluss am 7. März 2022 erscheinende IMI-Studie 2/2022 mit dem Titel „Norwegens kalte Antwort – Manöver, Abschreckung und Aufrüstung an der NATO-Nordflanke“ von Ben Müller. Die Studie setzt sich mit der NATO-Übung „Cold Response“ auseinander, die ab Mitte März 2022 rund 35.000 Soldat*innen im Nordatlantik und auf dem norwegischen Festland zusammenbringt: „Damit handelt es sich um die größte Übung, die Norwegen seit den 1980er Jahren geleitet hat.“

IMI empfiehlt

Vorwort aus aktuellem Anlass

Auch die Endredaktion des Magazinteils dieser AUSDRUCK-Ausgabe fiel in die erste Woche des russischen Angriffskrieges in der Ukraine – der uns erschüttert. Ebenfalls erschütternd finden wir allerdings die ersten Reaktionen der NATO und der Bundesregierung, die nach aktuellem Stand auf eine weitere und massiv intensivierte Aufrüstung hinauslaufen und weiter an der Eskalationsschraube drehen.

So absehbar diese westlichen Reaktionen leider waren, erscheint und die weitere Entwicklung der Situation unkalkulierbar. Wir gehen davon aus, dass manche der folgenden Beiträge bei Erscheinen (im Druck) bereits überholt, vielleicht aber im Rückblick auf die aktuelle Ausnahmesituation weiterhin interessant sein werden. Obgleich wir einige sehr aktuelle und eilige Stellungnahmen kurzfristig in dieses Heft aufgenommen haben, haben wir uns dagegen entschieden, den Krieg in der Ukraine und seine absehbaren wie unabsehbaren Folgen zum alleinigen Thema des Magazins zu machen. Denn auch wenn es die Öffentlichkeiten in (West-)Europa vielleicht gerade anders wahrnehmen, ist er nicht der erste und nicht der einzige Krieg, der gerade ausgefochten wird und auch nicht losgelöst von anderen Konflikten weltweit zu verstehen, unter denen Menschen anderswo ebenso und auch schon länger leiden.

Friedenstaube von Bansky in Bethlehem.
Quelle: Wikimedia/ Onceinawhile.

Einige Kerndaten

Der NATO-Weg in die Eskalation

1990	Im Austausch für die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland wird von zahlreichen westlichen Staatschefs versprochen, keine NATO-Erweiterung nach Osteuropa vorzunehmen.
1997	NATO-Russland-Akte im Tausch für die absehbare erste Osterweiterung. Darin die NATO-Zusage, keine substantiellen Truppen dauerhaft in Osteuropa zu stationieren.
1999	NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Umgehung des UN-Sicherheitsrates, eklatanter Völkerrechtsbruch und gewaltsame Spaltung Jugoslawiens. NATO-Erweiterung I: Polen, Tschechische Republik und Ungarn.
2002	US-Austritt aus dem Raketenabwehrsystemvertrag (ABM).
2003	Beginn der „bunten“ Revolutionen, westliche Unterstützung beim Sturz pro-russischer Machthaber in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005).
2004	NATO-Erweiterung II: Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Slowakei und Slowenien.
2007	Putin kritisiert bei der Münchner Sicherheitskonferenz die westliche Expansionspolitik scharf.
2008	NATO räumt Georgien und Ukraine Beitrittsperspektive ein. Georgien beginnt mit US-Unterstützung eine Offensive gegen die abtrünnige Republik Süd-Ossetien. Russland schlägt diese militärisch im sog. Georgienkrieg zurück.
2009	NATO-Erweiterung III: Kroatien und Albanien.
2010	Beschluss Aufbau einer NATO-Raketenabwehr, die auch offensiv eingesetzt werden kann.
2011	NATO-Bombardierung Libyens, extreme Dehnung des UN-Mandats hinwärts eines Regimewechsels.
2014	Eskalation in der Ukraine. NATO-Gipfel in Wales: Verabschiedung des „Readiness Action Plan“ (u.a. Erhöhung und Schaffung neuer Schneller Eingreiftruppen…).
2016	NATO-Gipfel in Warschau: Permanente Stationierung von vier Bataillonen (4.-5.500 SoldatInnen) in Osteuropa.
2017	NATO-Erweiterung IV: Montenegro.
2018	NATO-Krisenreaktionsinitiative (4X30): 30 Bataillone; 30 Flugzeugstaffeln; 30 Schiffe, Einsatzbereitschaft in 30 Tagen.
2019	US-Aufkündigung des INF-Vertrages.
2020	NATO-Erweiterung V: Nordmazedonien.
2021	Aktivierung der „Multi Domain Task Force“ und des 56. Artilleriekommandos (Sitz Wiesbaden). Klares Zeichen für die US-Absicht, Kurz- und Mittelstreckenraketen in Osteuropa zu stationieren.
2022	US- und NATO-Ablehnungsschreiben der drei russischen Kernforderungen: Keine NATO-Osterweiterung; Rückbau der militärischen NATO-Präsenz; keine Kurz- und Mittelstreckenraketen.

Mehr Infos in der IMI-Analyse 2022/06 „Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges. Die NATO, Russland und der jahrzehntelange Weg in die Eskalation “ von Jürgen Wagner

Die Dummheit des Krieges und der Aufrüstung (der NATO)

von Christoph Marischka

Der militärische Einmarsch Russlands in die Ukraine stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar und ist zu verurteilen. Insbesondere ist zu verurteilen und zu unterstreichen, dass sich die russische Regierung hierbei auf ihren Status als Atommacht abstützt. Dies ist insbesondere zu unterstreichen, weil es die sehr weitgehende Handlungsunfähigkeit der NATO und ihrer Mitgliedsstaaten erklärt. Den innerhalb des militaristisch aufgeladenen Diskurses womöglich nachvollziehbaren Forderungen nach einem militärischen Beistand der Ukraine ist auch deshalb eine klare Absage zu erteilen, weil dieser die Welt kurzfristig (noch näher) an den Abgrund eines Atomkrieges führen würde.

Dasselbe gilt auf längere Sicht allerdings für die nun erhobenen Forderungen nach einer weiteren Aufrüstung der NATO-Ostflanke, der NATO-Streitkräfte und Erhöhung der Rüstungshaushalte der NATO-Mitgliedsstaaten. Diese Politik der vergangenen Jahre ist die Ursache der aktuellen Eskalation und – aktuell ganz offensichtlich – nicht deren Lösung. Über Jahre hat Russland Sicherheitsgarantien und einen Stopp der NATO-Osterweiterung eingefordert – stattdessen wurde aufgerüstet, auf beiden Seiten. Dies betrifft nicht alleine die militärische Ebene, sondern nahezu alle Politikbereiche. Von der Handels- und Sanktionspolitik über die Cybersicherheit und den Kampf um Informationshoheit bis hin zu den Patenten für Impfstoffe war und ist das Verhältnis zwischen den Großmächten von Konkurrenz statt Kooperation geprägt. Dass diese früher oder später auch militärisch eskaliert, war absehbar.

Es gab allerdings – v.a. jenseits der Großmächte – auch andere Ansätze. Ausgehend von zivilgesellschaftlichen Initiativen haben im Juli 2017 122 von 193 in den UN vertretenen Staaten für die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags gestimmt, aktuell haben ihn 86 Staaten unterzeichnet und 59 Staaten ratifiziert. Die Atommächte, Deutschland und auch die allermeisten NATO-Mitgliedsstaaten sind nicht darunter.

Nach dem Ende der sog. „Blockkonfrontation“, der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts bestand weltweit die Hoffnung auf eine Friedensdividende. V.a. die NATO aber hat auf ihrem Fortbestand und ihrer Osterweiterung beharrt und obendrein ihre Aktivitäten 1999 (Serbien) und 2001 (Afghanistan) über ihr Bündnisgebiet hinaus ausgedehnt. Auch dadurch wurde in den vergangenen 30 Jahren eine historische Möglichkeit verspielt, die Welt von der Geißel der Atomwaffen zu befreien, abzurüsten und auf eine kooperative Form der internationalen Sicherheit hinzuarbeiten. Dies hätte die immensen Summen, die weltweit in Rüstung und Militärs fließen, für andere, dringende Aufgaben der Menschheit freigesetzt. Stattdessen wurden v.a. unter dem US-Präsidenten Donald Trump wichtige Abkommen der Rüstungskontrolle und Mechanismen der Deeskalation aufgekündigt bzw. aufgegeben.

Dieser Kurs darf nicht fortgesetzt und erst recht nicht durch den russischen Einmarsch in der Ukraine beschleunigt werden. So selbstverständlich wie nun von allen Seiten eine weitere Aufrüstung der NATO und der Bundeswehr als „Reaktion“ eingefordert wird, so sehr verdeutlicht der Krieg in der Ukraine das Scheitern dieser Politik. Und es ist nicht nur der Krieg in der Ukraine, der dieses Scheitern offenbart, sondern es ist auch das Scheitern an anderen Herausforderungen, die nur gemeinsam gelöst werden können und nicht in einer Situation der beständig eskalierenden Großmachtkonkurrenz: Dem Klimawandel, dem Artensterben, der aktuellen und künftigen Pandemien und der Überwindung einer auf Wettbewerb, Wachstum und Ausbeutung basierenden Ökonomie.

Die Überwindung dieser Probleme und Konflikte sollten wir nicht hochgerüsteten Potentaten und Bündnissen überlassen, sondern selbst in die Hand nehmen. Das bedeutet auch, ihnen jene Mittel zu entziehen, auf denen ihre Macht fußt und aus denen sich ihre Konkurrenz und Kriege speisen.

Auf den Straßen und in den Haushaltsverhandlungen sollte Abrüstung statt Aufrüstung das Gebot der Stunde sein. Einen von vielen Bezugspunkten hierfür lieferte der UN-Generalsekretär in seiner Rede vom 23. März 2020, in der er zu einem „weltweiten Waffenstillstand“ aufrief, um sich dem „gemeinsamen Feind“ stellen zu können. Gemeint war damals Covid19.

„Das Wüten des Virus offenbart die Dummheit des Krieges“, so Guterres in seiner Rede, die historisch hätte werden können – wäre sie beachtet worden. Weitere solche „gemeinsamen Feinde“ wären der Klimawandel, Ressourcenverbrauch, Rassismus, Atomwaffen und der Militarismus mitsamt der dahinter stehenden ökonomischen Strukturen.

Aktualisierung der Stellungnahme vom 22.2.2022

Der Angriff des russischen Militärs auf die Ukraine und die Anerkennung von Donezk und Luhansk sind falsch, völkerrechtswidrig und brandgefährlich. Die militärische Aggression ist durch nichts zu rechtfertigen.

Es gibt keine Lösung auf dem Schlachtfeld und keinen Frieden durch Bombardements. Nötig ist ein sofortiger Waffenstillstand. Russland muss die Truppen umgehend abziehen und die Anerkennung zurücknehmen.

Die Konfrontation zwischen der NATO und Russland hat nun eine neue gefährliche Phase erreicht. Waffenlieferungen in die Ukraine oder Truppenentsendungen des Westens an die russische Grenze verschärfen die Gefahr eines globalen Krieges weiter. Sie sind genauso wenig Teil der Lösung wie das bisherige Verhalten der NATO-Staaten – im Gegenteil sie waren und sind wesentlicher Teil des Problems.

Die zentrale Frage ist, wie es jetzt weitergeht. Gelingt es Schritte zur Deeskalation zu gehen oder eskaliert die Situation weiter? Auch wenn im Moment vieles unklar ist, so muss dennoch der Weg aus dem Krieg am Verhandlungstisch und auf Grundlage des Völkerrechts gefunden werden. Die Umsetzung des Abkommen von Minsk II könnte nach wie vor ein Weg aus der Eskalation sein. Durch einstimmigen UN-Sicherheitsratsbeschluss hat Minsk II auch verbindlichen Völkerrechtsstatus.

Gleichzeitig zu einer umfassenden Verhandlungsoffensive muss sofortige humanitäre Hilfe für alle Menschen in der Ukraine starten.

Trotz der stark personalisierten Berichterstattung in den Medien darf nicht vergessen werden, es geht nicht um Putin, nicht um Stoltenberg, Biden oder von der Leyen, sondern um Millionen von Menschen. Es geht um die Menschen in Donezk und Luhansk, um die Menschen in der Ukraine, in Russland und in ganz Europa.

Deswegen muss jetzt mit aller Entschiedenheit der Frieden vorbereitet werden und nicht weitere Eskalationsschritte.

Claudia Haydt

Die NATO macht mobil

Deutschland als Aufmarschgebiet

von Martin Kirsch

Für den völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Armee auf die Ukraine sind die politischen Eliten in Russland – in Kreml und Duma – verantwortlich. Daran gibt es wenig zu deuteln. Entgegen einer Stimmung, die sich aktuell in der medialen Debatte breit macht, nimmt das die NATO, die EU und auch Deutschland aber nicht aus der Verantwortung, an der vorherigen Eskalation mit beteiligt gewesen zu sein. Im Gegenteil. Mit der zumindest formalen Aussicht, die Ukraine in NATO und EU aufzunehmen, sind die beiden Staatenbündnisse von Beginn an unbestreitbar politisch involviert. Spätestens durch die massive Sanktionspolitik gegen Russland und die mittlerweile substantiellen Waffenlieferungen des Westens in einen laufenden Krieg hinein werden NATO und EU de facto zur indirekten Kriegspartei.

Bereits in den letzten Wochen wurden NATO-Truppen in Nordost-, Zentral- und Südosteuropa deutlich aufgestockt, die bereits zuvor zu politischen Spannungen mit Russland geführt hatten. Seit dem spontan einberufenen NATO-Gipfel am 25. Februar 2022[1] wurde zudem die Eingreiftruppe des Bündnisses (NATO Response Force/ NRF) mit bis zu 40.000 Soldat*innen aktiviert – erstmals in ihrer Geschichte im Angesicht eines drohenden Krieges mit möglicher direkter Beteiligung der NATO. Auch diese Truppen werden sich vermutlich in den nächsten Tagen und Wochen u.a. aus Frankreich, Deutschland, Spanien und Portugal auf den Weg Richtung Osten machen. Hinzu kommen weitere Truppen, die aus den USA nach Deutschland verlegt werden, um sich von dort aus zusätzlich der NRF anzuschließen.

Während die Bundesregierung 2018 noch mit dem Status Deutschlands als militärischer Drehscheibe bzw. Logistikknoten warb,[2] wird der Status der BRD als Aufmarschgebiet jetzt real. Auch mit direkten Auswirkungen für die Bevölkerung. Am 24. Februar 2022 verkündete das Verteidigungsministerium dazu in einer Pressemittelung: „Die Bundeswehr ist vorbereitet und erhöht derzeit weiter ihre Bereitschaft. Das bedeutet auch, dass die Bevölkerung gegebenenfalls in den nächsten Tagen mehr militärische Bewegungen im öffentlichen Raum wahrnehmen kann. Es kann auch zu Einschränkungen im Verkehrsbereich kommen, da Transportkapazitäten zu Lande, zu Wasser und in der Luft für militärische Zwecke vorgehalten werden müssen.“[3] Bereits 2019 hatte die Bundeswehr Verträge mit der Deutschen Bahn geschlossen, die militärischen Schienentransporten bei Aktivierung der NATO-Eingreiftruppen Vorrang vor zivilen Zügen einräumen.[4] Das scheint jetzt der Fall zu sein.

Aufstockung der Ostflanke

Seit gut einem Monat, also z.T. bereits vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine, sind diverse NATO-Staaten damit beschäftigt, ihre Kontingente in den NATO-Battlegroups und im Rahmen des sogenannten Air Policing im Osten des Bündnisgebietes aufzustokken. So wurden die NATO-Bataillone im Baltikum bereits durch Truppen aus Deutschland[5] und Großbritannien[6] verstärkt. Zudem haben Kanada, Dänemark, Norwegen, Großbritannien und Deutschland weitere Verstärkungen angekündigt.

Über die vier bestehenden NATO-Battlegroups in Polen und im Baltikum hinaus hat der NATO-Gipfel am 25. Februar zudem Klarheit darüber gebracht, dass unter dem Namen „enhanced Vigilance Activity Battlegroup“ auch in der Slowakei und in Rumänien NATO Bataillone eingerichtet werden. Während in der Slowakei deutsche, niederländische und slowakische Truppen beteiligt sein werden,[7] wird Frankreich mit Unterstützung Belgiens die Führung in Rumänien übernehmen.[8] Am Wochenende haben sich bereits erste französische Gebirgsjäger in Richtung Rumänien auf den Weg gemacht.[9]

Zusätzlich zur Aufstockung dieser Kampfverbände unter Kommando der NATO haben die USA und Groß-

britannien eigenständige Truppen an die Ostflanke geschickt. So wurde das seit dem Konflikt mit Belarus um den Transit von Geflüchteten in Polen eingerichtete Kontingent von 100 britischen Pionieren um 300 Marineinfanteristen aufgestockt. Die mit Abstand größten Truppenbewegungen in den letzten Wochen entfallen allerdings auf die US-Armee. Kleinkontingente von 200 bis 300 US-Fallschirmjägern wurden von Italien aus in die drei Baltischen Staaten verlegt oder befinden sich auf dem Weg dorthin. Im äußersten südwesten Polens, nahe der Grenze zur Ukraine, haben mittlerweile 4.700 US-Fallschirmjäger in der Nähe von zwei Regionalflughäfen Lager aufgeschlagen. Für bereits im Vorfeld vereinbarte Übungen und Manöver befinden sich US-Einheiten mit Radpanzern, die zuvor in Deutschland stationiert waren, in der Slowakei (2.000), in Ungarn (125) und in Bulgarien (125).[10] Neben Landstreitkräften der US-Armee wurden zudem insgesamt 32 Kampfhubschrauber, die zuvor in Deutschland und Griechenland stationiert waren, nach Lettland und Polen verlegt.[11]

Über die Landstreitkräfte hinaus wurden die bestehenden Missionen zum NATO-Air Policing, also der Luftraumüberwachung mit Kampfjets, in Estland, Litauen, Rumänien und Bulgarien durch weitere Kampfflugzeuge aus den USA, Dänemark, Deutschland und Spanien aufgestockt. Darüber hinaus wurden kommende Aufstockungen bzw. Ablösungen aus Frankreich und den Niederlanden angekündigt. Außerdem befindet sich eine niedrige zweistellige Zahl an weiteren US-Kampfjets in Polen in Bereitschaft. Insgesamt wurden damit bereits über 40 weitere Kampfjets aus NATO-Staaten an die Ostflanke verlegt.

Auf See, also in Nord- und Ostsee sowie in Mittelmeer und Schwarzem Meer wurden zudem die ständigen Marineverbände der NATO mit weiteren Schiffen aus diversen Bündnisstaaten aufgestockt. Darunter auch die Korvette “Erfurt”, die Fregatte “Lübeck” und formal unter nationaler Führung das Flottendienstboot “Alster” (Überwachungs- und Spionageschiff) der deutschen Marine.[12] Am 28. Februar wurde zudem das Auslaufen von vier Minenjagdbooten, einem Minensuchboot und einem Tender (Versorgungsschiff) aus Kiel in die Ostsee bekanntgegeben.[13]

Aktivierung der NATO Response Force

Auf dem spontanen NATO-Gipfel am 25. Februar wurde die Aktivierung der NATO Response Force bekanntgegeben. Die Einrichtung dieser Eingreiftruppen des Bündnisses wurde auf dem NATO-Gipfel im November 2022 in Prag beschlossen. In Folge des NATO-Gipfels in Wales im September 2014 wurde die NRF 2015 von zuvor 13.000 auf 40.000 Soldat*innen aufgestockt. Seitdem beinhaltet die NRF als besonders schnelle Eingreiftruppe auch die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) die bereits 2015 und 2019 von der Bundeswehr geführt wurde.

Mit den aktuellen Gipfelbeschlüssen sollen Teile der NRF bereitgemacht werden um Richtung Osten zu verlegen. Die Verhandlungen über mögliche Zielländer laufen allerdings anscheinend noch.[14] Am 28. Februar brachte sich Polen vor einem Gespräch mit NATO Generalsekretär Stoltenberg am Folgetag als möglicher Stationierungsort ins Spiel.[15]

Als erstes wird sich wohl die aktuell von Frankreich geführte VJTF in Bewegung setzen. Die zugehörigen Kampf- und Unterstützungseinheiten kommen aus Frankreich, Spanien, Portugal und Polen. Da die Kampftruppen der VJTF 2023 von der Deutsch-Französischen Brigade[16] in Müllheim bei Freiburg geführt werden, sind auch rund 750 Bundeswehrsoldat*innen[17] aus den Bereichen Führung und Logistik beteiligt. Deutsche Kampftruppen sind in der VJTF 2022 allerdings nicht enthalten.

Sollten sich die Truppen der VJTF 2022 aus Frankreich, Spanien und Portugal in den nächsten Tagen Richtung Polen auf den Weg machen, wäre Deutschland erneut Transitland. Die Wege würden über die Region Mannheim/Heidelberg und dann entweder über Frankfurt, Erfurt, Leipzig und Berlin, oder über Nürnberg und Dresden nach Polen führen. Auf einem möglichen Weg nach Rumänien würden zumindest die französischen Truppen aus Metz und Sarrebourg auf dem Landweg Karlsruhe, Stuttgart und München passieren.

Im Rahmen der NRF können allerdings auch die Truppen, die im Vorjahr und im Folgejahr die VJTF stellen aktiviert werden. Für diese Truppenteile wurde bereits die Zeit bis zu einer Verlegung ins Einsatzgebiet (Notice to Move) auf zwischen 7 und 30 Tage herabgesetzt.[18] Betroffen sind davon eine türkische Brigade und Kleinkontingente aus 11 weiteren Bündnisstaaten sowie die in Vorbereitung befindliche VJTF 2023, geführt von der Panzergrenadierbrigade 37 aus Frankenberg in Sachsen. Neben der Bundeswehr sind Truppen aus den Niederlanden, Norwegen, Tschechien, Litauen, Lettland, Luxemburg und der Slowakei beteiligt. In Deutschland sind vor allem Standorte in Thüringen, Bayern, dem gesamten Süden und Südosten der Republik und darüber hinaus in der Eingreiftruppe der NATO eingeplant.[19] Im Falle eines Abmarschs dieser Truppen Richtung Osten wären die Truppenübungsplätze in der Oberlausitz sowie Hohenfels und Grafenwöhr, östlich von Nürnberg, wahrscheinliche Ausgangspunkte. Zudem sind deutsche Generäle und Offiziere auf mehreren Ebenen an der Führung der NRF beteiligt. Für 2022 hat das NATO-Kommando, Joint

Force Command (JFC), in Brunssum in den Niederlanden die Gesamtführung über die NRF. Das Kommando an der deutschen Grenze in der Nähe von Aachen wird aktuell von Jörg Vollmer, einem Viersternegeneral der Bundeswehr, geführt. Dem untergeordnet ist das Multinationale Korps Nord-Ost in Stettin, nahe der Grenze zu Brandenburg, für alle Landstreitkräfte der NATO im Baltikum und in Polen zuständig. Geführt wird es aktuell von Jürgen-Joachim von Sandrat, einem Dreisternegeneral der Bundeswehr. Deutsche Offiziere sitzen auch im französischen NATO Korps in Lille, von dem aus die VJTF 2022 geführt wird. Welche Rolle darüber hinaus das neue NATO-Kommando JSEC in Ulm[20] für die aktuellen Truppenverlegungen spielt, ist öffentlich nicht bekannt. Da sein Kernauftrag aber in der Koordinierung von Truppenverlegungen in Europa und dem Schutz des rückwärtigen Raumes, hinter den potenziellen Kampfgebieten (im Osten) besteht ist eine enge Einbindung wahrscheinlich.

Deutschland als Aufmarschgebiet

Wenn sich NATO-Truppen in Europa bewegen, führen viele Wege über Land vom Westen in den Osten und von Süden nach Norden fast zwangsläufig über Deutschland. Zudem unterhalten neben der Bundeswehr auch die US-Streitkräfte und in deutlich kleinerem Umfang Großbritannien und Frankreich weiterhin Stützpunkte, oder Anteile daran, in Deutschland. Bereits für die oben beschriebenen Truppenverlegungen war Deutschland ein zentraler Ausgangspunkt.

Die Verstärkungskräfte der Bundeswehr für den NATO-Kampfverband in Litauen wurden aus Standorten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zusammengezogen[21] und das Material von Logistikeinheiten aus Delmenhorst[22] und Burg[23] transportiert. Fahrzeuge und Technik wurden auf ihrem Weg auf den zwei östlich gelegenen Truppenübungsplätzen Jägerbrück (Meck-Pomm)[24] und Lehnin (Brandenburg)[25] zusammengezogen. Nach dortiger Vorbereitung machten sich dann Kolonnen über Tag und Nacht über die Autobahn auf den Weg Richtung Osten. Ein weiterer Transport mit Artilleriemunition machte sich aus dem Munitionslager im saarländischen Eft-Hellendorf Richtung Litauen auf den Weg.[26]

Zusätzlich zu den Straßentransporten wird weiteres Personal vom Bundeswehrflughafen Wunstorf aus nach Litauen eingeflogen.[27] Bereits für die Einsätze in Afghanistan und Mali hat sich Wunstorf zu einer zentralen Drehscheibe für Lufttransporte der Bundeswehr entwickelt. Nahezu dieselbe Route wie die Bundeswehreinheiten aus NRW nahmen auch Teile der Britischen Verstärkungskräfte auf dem Weg nach Estland. Kampfeinheiten mit Panzern und weiterem Großgerät waren zuvor für Übungen auf den britischen Übungsplatz Sennelager bei Paderborn verlegt worden.[28]

Bereits während dem Großmanöver Defender 2020, dessen Nachfolger für diesen Mai angekündigt ist,[29] wurden für die Truppenverlegungen Richtung Polen ähnliche Routen benutzt.[30] So dienten die Übungsplätze Hagenow und Jägerbrück (Torgelow) als Sammelpunkte für Transporte von Hamburg über A24 und A11 Richtung Stettin. Auf dem Weg über die A2 aus dem Westen über Berliner Ring und A12 nach Frankfurt/Oder und weiter nach Poznań, mit Rastplätzen in Augustdorf, Burg und Lehnin. Aus dem Süden verlaufen die Strecken Richtung Nordosten über Nürnberg, Dresden und Görlitz weiter Richtung Wrocław.

Die Truppenkontingente der US-Army für die aktuelle Verstärkung in der Slowakei und Rumänien machten sich größtenteils vom Truppenübungsplatz Grafenwöhr bei Nürnberg aus auf den Weg. Von dort aus führten sie ihre Wege über die A6 Richtung Prag[31] bzw. per Straße und Schiene,[32] vermutlich über Wien und Budapest, Richtung Südosten. Hinzu kamen US-Flugabwehreinheiten aus Ansbach, die sich den Konvois nach Rumänien anschlossen. Die Route der US-Armee Richtung Slowakei könnte, neben der Route aus Thüringen und Sachsen über Dresden und Prag auch für die anstehenden Verlegungen der Bundeswehr von Bedeutung sein.

Darüber hinaus nutzen auch die US-Luftstreitkräfte Deutschland als Ausgangsbasis. So wären die beiden Kriege in Afghanistan und im Irak ohne die Logistikkapazitäten des Militärflugplatzes Ramstein kaum führbar gewesen. Im Zuge der weiteren angekündigten Truppenverlegungen aus den USA nach Europa dürften auch hier die Aktivitäten zunehmen. Zudem waren diverse Kampfjets erst aus den USA auf die Luftwaffenbasis in Spangdahlem in Rheinland-Pfalz verlegt worden, bevor sie sich weiter Richtung Osten auf den Weg machten. Flugzeuge und Hubschrauber bewegen sich allerdings selten allein. In den meisten Fällen werden auch am Boden Soldat*innen und Material im Schlepptau der Fluggeräte an die jeweiligen Einsatzorte verlegt. Am 24. Februar kündigte das Pentagon zudem an, in den nächsten Tagen eine Panzerbrigade mit rund 7.000 Soldat*innen aus dem US-Bundesstaat Georgia nach Deutschland zu verlegen.[33] Erst einmal in Europa angekommen sollen sie zur Aufstockung der NRF dem Bündnis zur Verfügung gestellt werden. Wahrscheinlich ist eine zwischenzeitige Stationierung dieser Kräfte auf einem der zwei östlich von Nürnberg gelegenen US-Truppenübungsplätze Grafenwöhr und Hohenfels. Die Verlegung nach Deutschland wird auch für diese Truppen nur ein Zwischenschritt sein, bis die Entscheidung fällt, wohin sie von dort aus weiterziehen sollen.

Weitere Verlegungen absehbar

Neben all dem sind mit den ohnehin angekündigten Großmanövern Cold Response ab Mitte März in Norwegen[34] und Defender Europe 2022 ab Mai in Zentraleuropa, Polen, dem Baltikum[35] mit jeweils über 30.000 NATO-Soldat*innen weitere große Truppenverschiebungen in die Grenzregionen im Osten und Norden absehbar.

Eine Diskussion darüber, ob ähnliche Protestkonzepte, wie sie bereits für Defender 2020 existierten, dann aber wegen der Corona-Pandemie abgesagt wurden, nicht auch auf den aktuellen Truppenaufmarsch der NATO übertragbar sind, scheint angebracht.

Anmerkungen

1 ZDF: Zur Abschreckung Russlands - Nato verlegt schnelle Eingreiftruppe, 25.2.2022, zdf.de.

2 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Konzeption der Bundeswehr, S.60, 20.7.2018, bmvg.de.

3 Bundesministerium der Verteidigung löst nationale Alarmmaßnahmen aus, 24.2.2022, bmvg.de.

4 IMI-Analyse 2019/0, Claudia Haydt: Bahn frei für die Bundeswehr – Der Rahmenfrachtvertrag für internationalen Schienentransport zwischen Bahn und Bundeswehr, 7.1.2019, imi-online.de.

5 Bundeswehr: Alarmierung und Marsch der Enhanced Forward Presence Kräfte abgeschlossen, 18.2.2022, bundeswehr.de.

6 Westfalen Blatt: Briten verlegen Soldaten ins Baltikum, 19.2.2022, westfalen-blatt.de.

7 Europäische Sicherheit und Technik: Deutschland schickt Kompanie in die Slowakei, 25.2.2022, esut.de.

8 Stern: Nato verlegt Eingreiftruppe nach Rumänien und in die Slowakei, 27.2.2022, stern.de.

9 Tagesschau, 20 Uhr, vom 27. Februar 2022, tagesschau.de.

10 Defence News: US fighters, helos arriving in NATO countries as Russia pushes farther into Ukraine, 24.2.2022, defensenews.com.

11 Ebd.

12 Bundeswehr: Marine schickt Verstärkung zur NATO Response Force, 26.2.2022, bundeswehr.de.

13 Presseportal, Presse- und Informationszentrum Marine: „Nicht während unserer Wache!“ - Deutsche Marine entsendet Soldaten aus Kiel zur Verstärkung in die Ostsee, 28.2.2022, presseportal.de.

14 Bussines Insider: Militär-Allianz macht Ernst - Nato schickt Hunderte französische Elite-Soldaten der schnellen Eingreiftruppe nach Rumänien, 28.2.2022, businessinsider.de.

15 Augen Geradeaus: „Zugespitzte Russland-Ukraine-Krise“: Bundeswehr setzt mehr Truppen in Marsch, 28.2.2022, augengeradeaus.net.

16 NATO: France takes the lead of NATO’s highest readiness force, 29.12.2021, nato.int.

17 Tagesschau: NATO schickt Tausende Soldaten nach Osten, 25.2.2022, tagesschau.de.

18 Bundeswehr: Einsatzbereitschaft der NATO Response Force erhöht, 24.2.2022, bundeswehr.de.

19 SN: Frankenberg; TH: Bad Frankenhausen, Gera, Gotha; BY: Regen, Weiden; BaW: Dornstadt, Ulm und vermutlich Niederstetten und Bruchsal; RLP: Gerolstein, Kastelaun, Mayen; und darüber hinaus aus Burg/bei Magdeburg, Strausberg, Frankenberg/Eder, Nienburg/Weser und Stadtum.

20 IMI-Analyse 2022/04, Martin Kirsch: Organisierter Aufmarsch - NATO-Kommando in Ulm koordiniert Truppenbewegungen in Europa, 24.2.2022, imi-online.de.

21 Westfalen Blatt: Briten verlegen Soldaten ins Baltikum, 19.2.2022, westfalen-blatt.de.

22 Bundeswehr: Transport rollt! Munition für Bundeswehr in Litauen, 18.2.2022, bundeswehr.de.

23 Bundeswehr: Logbuch - Stationen der schnellen Verlegung nach Litauen, 17.2.2022, bundeswehr.de.

24 Bundeswehr: EFP-Verstärkung - Pause am Convoy Support Center in Jägerbrück, 17.2.2022, bundeswehr.de.

25 RBB 24: Bundeswehr und Nato-Verbündete verlegen Truppen durch Ostbrandenburg, 21.2.2022, rbb24.de.

26 Bundeswehr: Transport rollt! Munition für Bundeswehr in Litauen, 18.2.2022, bundeswehr.de.

27 Bundeswehr: Alarmierung und Marsch der Enhanced Forward Presence Kräfte abgeschlossen, 18.2.2022, bundeswehr.de.

28 Westfalen Blatt: Briten verlegen Soldaten ins Baltikum, 19.2.2022, westfalen-blatt.de.

29 IMI-Analyse 2022/03, Claudia Haydt, Das Großmanöver Defender Europe 2022, 15.2.2022, imi-online.de.

30 Europäisch Sicherheit und Technik: Fähigkeitsprofil im Systemverbund Land Pionierunterstützung klassisch und neu denken, 24.2.2021, esut.de.

31 Merkur: „Saber Strike“ nahe der Ukraine - US-Soldaten reisen durch Bayern an, 18.2.2022, merkur.de.

32 BR: Verlegung der US-Streitkräfte nach Rumänien läuft, 9.2.2022, br.de.

33 Defence News: Austin Orders Fort Stewart Armored Brigade Combat Team to Europe, 24.2.2022, defense.gov.

34 High North News: Cold Response 2022: 35,000 Soldiers from 26 Countries in Northern Military Exercise, 18..1.2022, highnorthnews.com.

35 IMI-Analyse 2022/03, Claudia Haydt, Das Großmanöver Defender Europe 2022, 15.2.2022, imi-online.de.

Zeitenwende beim Rüstungshaushalt

von Jürgen Wagner

Von einer „Zeitenwende“ sprach Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung zum Ukraine-Krieg am 27. Februar 2022. Und in der Tat übersteigt das, was er darin angekündigt hat, alles, was bis kürzlich auch nur ansatzweise für möglich gehalten worden wäre. Der russische Angriff auf die Ukraine ebnet so auch den Weg für eine beispiellose Militarisierung Deutschlands, die eine Reihe von Bereichen betrifft, besonders aber die Rüstungsausgaben.

Chronisch unterfinanziert?

Dem angesichts der aktuellen Eskalation häufig und bewusst erweckten Eindruck, die Bundeswehr sei in den letzten Jahren und Jahrzehnten systematisch kaputtgespart worden, muss entschieden entgegengetreten werden. Seit der Eskalation um das Assoziationsabkommen der EU mit der Ukraine stieg das Budget der Bundeswehr von 32,5 Mrd. Euro (2014) auf 46,9 Mrd. (2021) steil an – und das sind nur die offiziellen Zahlen, hinter denen sich noch einmal etliche Milliarden versteckte Militärausgaben verbergen (siehe IMI-Standpunkt 2019/058).

Wenn die Truppe nun etwa in Person von Heeresinspekteur Alfons Mais argumentiert, sie stehe „blank“ da, so ist das nicht auf eine mangelnde Finanzierung, sondern auf chronisch verschwenderische Strukturen zurückzuführen. Im nunmehr 14. Bericht zu Rüstungsangelegenheiten vom Dezember 2021 ist nachzulesen: „Aktuell beträgt die Verzögerung im Mittel 52 Monate gegenüber der ersten parlamentarischen Befassung und neun Monate gegenüber den aktuellen Verträgen. Die Veranschlagung der betrachteten Projekte im Haushalt 2021/54 […] liegt rund 13,8 Mrd. Euro über der Veranschlagung zu Projektbeginn.“

Noch unter Kanzlerin Angela Merkel gab die damalige Bundesregierung die ambitionierte Zusage, bis 2023 eine voll ausgestattete schwere Brigade (ca. 5.000 SoldatInnen), bis 2027 eine Division (15.000-20.000 SoldatInnen) und bis 2032 drei Divisionen in die NATO einzuspeisen. Die Ampel übernahm diese äußerst kostspielige Zusage in ihrem Koalitionsvertrag: „Die NATO-Fähigkeitsziele wollen wir in enger Abstimmung mit unseren Partnern erfüllen und entsprechend investieren.“ Noch Anfang Februar 2022 klaffte aber zwischen dem, was das Finanzministerium im Finanzplan bis 2026 für die Bundeswehr vorgesehen hatte und dem, was das Verteidigungsministerium zu benötigen meinte, um die NATO-Fähigkeitsziele umsetzen zu können, eine gewaltige Lücke – eine rund 38 Mrd. Euro große Lücke, um genau zu sein. Während für 2022 noch einmal eine deutliche Erhöhung auf 50,33 Mrd. Euro vorgesehen ist, gingen anschließend die Vorstellungen von Finanz- und Verteidigungsministerium ganz erheblich auseinander, wie die Oldenburger Zeitung am 12. Februar 2022 berichtete: „Danach benötigt die Bundeswehr im Jahr 2023 statt der vom Finanzministerium bislang in der mittelfristigen Planung vorgesehenen 47,3 Milliarden Euro 53,7 Milliarden Euro. Dieses Delta wächst jährlich: 2024 werden statt 47,1 Milliarden Euro 55,4 gebraucht, 2025 57,2 statt 46,7 Milliarden. Und 2026 beträgt der Bedarf statt 46,7 stolze 59,1 Milliarden Euro. Der Fehlbetrag summiert sich insgesamt auf 37,6 Milliarden Euro. […] In einer ersten Reaktion hatte das Finanzministerium die Forderungen zurückgewiesen.“

Scholz öffnet die Geldschleuse

In seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 kündigte Kanzler Olaf Scholz eine Reihe von Maßnahmen an, besonders drastisch sind die Aussagen zu den künftigen Militärausgaben, die die Einrichtung eines einmaligen „Sondervermögens“ sowie dauerhaft deutlich höhere Militärausgaben betreffen.

Während die Bundeswehr selbst vorrechnete, zur Erreichung der NATO-Planziele würden ihr in den Jahren 2022 bis 2026 rund 38 Mrd. Euro fehlen, soll

Quelle: IMI.

sie nun deutlich mehr als das erhalten: „Wir werden dafür ein Sondervermögen ‚Bundeswehr' einrichten", kündigte Scholz in seiner Regierungserklärung an. „Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen."

Das Geld werde mit dem Bundeshaushalt 2022 bereitgestellt, der am 9. März 2022 vorgelegt werden soll. Dies schaffe die Möglichkeit, ab 2023 wieder die Schuldenbremse einhalten zu können, heißt es dazu in der FAZ. Doch damit nicht genug: „Wir werden von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren", so Scholz ebenfalls in seiner Regierungserklärung. Unklar ist, ob diese Erhöhungen mit dem Sondervermögen verrechnet werden, der Bundeswehrverband jedenfalls geht davon aus, dass sie zusätzlich hinzukommen werden: „Bundesvermögen werden außerhalb des Bundeshaushaltes bewirtschaftet – für die Bundeswehr heißt das, dass die nun angekündigten 100 Milliarden Euro nicht mit dem Verteidigungsetat für das laufende Jahr verrechnet werden, sondern tatsächlich „on top" kommen." Laut Statista belief sich das deutsche Bruttosozialprodukt im Jahr 2021 auf 3.570 Mrd. Euro, wäre für ihn bereits die Scholzsche Formel angewandt worden, hätte sich der Militärhaushalt statt der tatsächlich eingestellten 46,9 Mrd. Euro auf mindestens 71,4 Mrd. Euro belaufen müssen. Unklar ist gegenwärtig noch, ob die Erhöhungen bereits 2022 oder 2023 bzw. 2024 umgesetzt werden. Klar ist aber, dass mit einem sprunghaften Anstieg der Ausgaben zu rechnen sein wird, der sich durch eine Kopplung ans Bruttoinlandsprodukt bei fortgesetztem Wirtschaftswachstum auch verstetigen wird. Wer von diesen Mehrausgaben profitieren wird, beschrieb die Welt: „Während vor kurzem die Lobbyisten der Rüstungskonzerne noch alles unternahmen, um bei einer sich abzeichnenden Lücke im Wehretat mit ihrem Projekt zum Zuge zu kommen, scheint die Geldfrage jetzt gelöst. Von einem neuen Super-Verteidigungsetat profitieren nicht nur größere deutsche Rüstungskonzerne wie Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann, Hensoldt, Diehl und Heckler & Koch oder europäische Hersteller wie Airbus und der Lenkwaffenkonzern MBDA. Milliardenbeträge werden auch an US-Rüstungskonzerne wie Lockheed Martin und Boeing fließen."

Wieviel ist genug?

Mehr als fraglich ist, ob die Bundeswehr-Strukturen überhaupt „sinnvoll" derartige Gelder verarbeiten könnten, was durchaus auch von BefürworterInnen höherer Ausgaben bezweifelt wird. Zudem hat die NATO als Ganzes ihre Militärausgaben in den letzten Jahren bereits deutlich erhöht: sie stiegen nach NATO-Angaben von 895 Mrd. Dollar (2015) auf 1106 Mrd. (2020) an. Demgegenüber sanken die russischen Ausgaben laut SIPRI von 85 Mrd. Dollar (2015) auf 61,7 Mrd. Dollar (2020). Die NATO-Militärausgaben sind also heute bereits rund 18mal höher als die Russlands. Augenscheinlich haben die militärischen Ausgabensteigerungen bislang in keiner Weise zu mehr Sicherheit geführt, wie derzeit leider offensichtlich wird. Im Gegenteil, diese Ausgaben und die mit ihr zusammenhänge Politik sind sicher auch ein Teil des Problems und nicht der Lösung.

Auf zur Blockbildung … mit oder ohne China?

von Andreas Seifert

Der Krieg gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung ist völkerrechtswidrig – er ist zu verurteilen und vor allem zu beenden, bevor noch mehr Leid von ihm ausgeht. Es ist ein interessantes Bild, wenn die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Linda Thomas-Greenfield vor den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates pathetisch die moralische Keule schwingt und auffordert, sich der von den USA eingebrachten Resolution gegen Russland anzuschließen oder aber die UN-Charta zu verraten. Umso trauriger ist es, wenn der ZDF-Reporter vor Ort, Johannes Hano, dies auch noch als die einzig wahre Position in die deutschen Wohnzimmer verlängert und bei der Gelegenheit fragt, was diese Charta denn überhaupt noch wert sei, wenn drei Atommächte, die fast die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren, sich nicht gegen diesen Angriffskrieg verhalten (heute.de). Der Vorwurf richtete sich an die VR China, Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die sich enthielten und natürlich Russland selbst, das mit seinem Veto eine positive Abstimmung unterband. Dabei ist es Aufgabe des Sicherheitsrates, Lösungen zu suchen und nicht in erster Linie einfach zu verurteilen – aber vielleicht zeigt dieser Ansatz, vorgetragen von Thomas-Greenfield und Hano eher nur, wie selbstverständlich der Westen davon ausgeht, den Sicherheitsrat funktional für seine Seite einspannen zu können. Die politische Isolation Russlands ist aber nur ein Aspekt der Geschichte – ein zweiter ist die voranschreitende Blockbildung in der Welt.

Der Botschafter der Volksrepublik China enthielt sich auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrates vom 26. Februar 2022 zusammen mit denen aus Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Während sich die beiden letzteren auf das Argument, man müsse Verhandlungen Vorschub leisten, zurückzogen, so war die chinesische Position doch durchaus noch ein bisschen differenzierter und durchbrach den Narrativ des willkürlichen Überfalls auf die Ukraine. Der Botschafter Zhang Jun erinnerte daran, dass dieser Krieg nicht „über Nacht“ und in einem spezifischen historischen Kontext entstanden ist, den man – um eine Lösung zu finden – auch ernsthaft adressieren müsse (UN.org).

An die Adresse Chinas gerichtet – genauer natürlich, wie man das so Autokraten gegenüber tut, an die Adresse Xi Jinpings – setzte der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich im Bundestag am 27. Februar 2022 den Appell ab, er solle sich vom „Krieg Putins“ absetzen und den Kurs der VR China ändern, damit China eine zukünftige Friedensordnung mitgestalten kann (Berliner Zeitung). Nutzt man den russischen Krieg gegen die Ukraine als Vehikel, die VR China auf einen Kurs zu zwingen oder aber von zukünftigen Entwicklungen auszuschließen? Wäre nicht ein Appell angebracht gewesen, der die VR China dazu auffordert, als aktiver Part einen Ausgleich und einen Frieden herbeizuführen?

„Chinas Kurs“, wie ihn beispielsweise der Außenminister der Volksrepublik Wang Yi am 26. Februar 2022 in einem Statement dargelegt hat (PRC State Council), wäre ein guter Ausgangspunkt. Seine fünf Punkte zu lesen kann dazu beitragen, das einseitige Bild der Parteinahme für Russland zu relativieren. (1) China hält nach wie vor an der Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten sowie an den Grundprinzipien der UN-Charta fest – das gilt auch für die Ukraine. (2) China hält an dem Konzept einer allgemeinen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit fest – es geht davon aus, dass das Sicherheitsbedürfnis des Einen nicht auf Kosten des Anderen gehen darf – dass die Ausweitung von Sicherheitsblöcken keinen Beitrag zur Garantie regionaler Sicherheit darstellen kann – und man sich von der Kalten-Krieg-Mentalität vollständig verabschieden muss. Nach fünf Runden der NATO-Osterweiterung müssen auch die legitimen Sicherheitsbedürfnisse Russlands Berücksichtigung finden. (3) China betrachtet die Situation in der Ukraine mit Sorge und fordert alle Seiten auf, sich um Zurückhaltung zu bemühen und zu verhindern, dass es zu einer huma-

nitären Katastrophe kommt. (4) China unterstützt ausdrücklich jeden Versuch, eine diplomatische Lösung herbeizuführen und begrüßt jedwede direkten Gespräche zwischen Russland und der Ukraine. Die Krise ist in einem komplexen historischen Kontext entstanden – die Ukraine sollte mehr als Brücke zwischen Ost und West dienen, denn als Frontlinie zwischen großen Mächten. China unterstützt die russisch-europäischen Bemühungen, sich auf Augenhöhe über die Sicherheit in Europa auszutauschen und einen ausgeglichenen, effektiven und nachhaltigen Sicherheitsmechanismus zu etablieren. (5) Die VR China geht davon aus, dass der UN-Sicherheitsrat eine konstruktive Rolle spielen sollte, die Ukraine-Frage zu lösen, wobei regionaler Frieden und Stabilität genauso eine Rolle spielen müssten, wie die Sicherheit aller Staaten. Dafür müssen die Aktionen des Sicherheitsrates eher dazu beitragen, die Spannungen zu reduzieren, als weiter Öl ins Feuer zu gießen: Diplomatische Gespräche sind zur Lösung besser geeignet, als die Situation weiter zu eskalieren. China sei immer dagegen gewesen, mutwillig das Kapitel VII zu zitieren, um Sanktionen und Waffeneinsatz zu rechtfertigen. Wang Yi fügte diesem Statement am 28. Februar 2022 noch zwei Punkte hinzu, die vielleicht auch als Antwort auf Mützenich zu verstehen sind: China hält nichts davon, Probleme mithilfe von Sanktionen lösen zu wollen und widerspricht einseitigen und ohne Basis im internationalen Recht ausgerufenen Sanktionen. Sie seien nicht nur verlustreich, sie würden dem Prozess einer politischen Lösung nur im Wege sein.

Die Position Chinas im UN-Sicherheitsrat wird sich nicht gegen eine Mehrheit in der Sondersitzung der UN-Generalversammlung durchsetzen – sie wird nicht einmal formuliert sein. Zur Debatte steht nämlich nicht das Verhalten der NATO und dessen Anteil an einer Herbeiführung des Konfliktes an sich, sondern der Einmarsch Russlands.

Außenminister Wang Yi. Quelle: kremlin.ru.

Das Verhalten der VR China wird in Westeuropa medial im Kontext einer Annäherung der VR an Russland abgehandelt: Sichtbar z.B. bei den kürzlich abgehaltenen Olympischen Winterspielen in Beijing. Der Tenor war und ist: Zwei große Autokratien rücken enger zusammen. Die VR China hat viel zu „verlieren“ bei dieser Annährung, heißt es weiter, denn sowohl die USA, wie auch Europa sind große Handelspartner der chinesischen Volkswirtschaft. China ist vom Musterknaben, der sich unter der Führung von Deng Xiaoping aus dem Maoismus gelöst und dem Westen geöffnet hat, zu einem neuerdings wieder als „rot“ zu bezeichnenden Riesen gewandelt. Die VR China ist eine globale Wirtschaftsmacht geworden, die sich so gar nicht verhält, wie man es gern hätte. Nun wird also Chinas Positionierung im Ukrainekonflikt ein weiterer Baustein sein, die Blockkonfrontation auszuweiten oder zuzuspitzen: Willkommen im Kalten Krieg.

Der Blog von Wang Zichen, „Pekingnology“, erinnerte kürzlich an einen Beitrag von Prof. Tang Shiping, einem angesehenen Politikwissenschaftler der Fudan Universität in Shanghai (Ukraine as a Solution): „Unglücklicherweise ist es nicht einmal in einem längerfristigen Interesse sinnvoll für die Ukraine, sich der NATO anzuschließen. Die harte Realität ist doch, dass wenn die NATO die Ukraine in ihre Reihen zieht oder die russophoben Eliten in der Ukraine ihrer geografischen Lage entkommen wollen indem sie sich der NATO anschließen, die russische Bevölkerung in der Ukraine vielleicht eine Sezession fordert. Ist das dann der Fall, sind ein Bürgerkrieg und die Aufteilung der Ukraine entlang ethnisch-geografischer Linien nicht unwahrscheinlich. Und wenn es dann zum Ziehen und Stoßen kommt, werden die USA und die NATO ggf. nur daneben stehen, wie sie es in Georgien getan haben: Kein zurechnungsfähiger US- oder EU-Politiker wird einen Krieg mit der Atommacht Russland riskieren, wenn Russland entscheidet, unter dem Vorwand in einen Bürgerkrieg einzugreifen, der Russen in der Ukraine tötet, die Ukraine aufzuteilen.“ [übers. As]

Pikant an der Einsicht: Sie wurde schon 2009 geäußert. Das ist es wohl, was der UN-Botschafter Chinas zum Ausdruck brachte.

Der Eifer, mit dem die Ampel-Politiker*innen die scheinbar lang etablierte Maßgabe der Zurückhaltung bei der Aufrüstung über Bord werfen, ist erschreckend. Diesen Feuereifer hätte man sich bei Fragen des sozialen Ausgleichs oder der Reform unseres Gesundheitssystems in Deutschland gern gewünscht – aber so ist es ja nicht: Es wird schon seit längerem munter aufgerüstet und der Krieg kommt gerade recht, all die Finanzlöcher zu stopfen, die man in den letzten Jahren geschaufelt hat. Erschreckend ist aber auch etwas anderes: Der Tunnelblick, mit dem man in die Eskalation schlittert, wird zum Maß der Dinge erhoben, Widerworte werden abqualifiziert.

Schifffahrt in der Arktis

Herausforderungen, Konkurrenz und das Ringen um Einfluss

von Ben Müller

Die weltweite Klimaerwärmung ist insbesondere in der Arktis deutlich erkennbar mit Rekordtemperaturen, schmelzenden Gletschern und auftauenden Permafrostböden. Das Meereis, das in den Sommern der 1970er Jahre noch eine durchschnittliche Ausdehnung von sieben Millionen km² hatte, bedeckt in heutigen Sommern nur noch etwa vier oder fünf Millionen km² der Meeresfläche. Das Minimum lag im Jahr 2012 bei knapp 3,3 Mio. km².

Dieser Trend bietet aber auch zeitweise eisfreie Meere für die Schifffahrt und die Aussicht auf kürzere Seewege zwischen Europa und Asien. Die Verbindung zwischen Rotterdam und Schanghai würde sich durch die Arktis z.B. um fast 4.000km verkürzen, die zwischen London und Yokohama sogar um mehr als 7.000km.[1] Außerdem würden über diese Routen potentiell kritische Engstellen wie der Suezkanal oder die Straße von Malakka vermieden, was der Schifffahrt durch die Arktis auch eine geostrategische Bedeutung gibt.

In dieser Untersuchung soll es um Schifffahrt in der Arktis gehen und um die Herausforderungen, denen Schiffe unter arktischen Bedingungen ausgesetzt sind. Aufgrund der geopolitischen Bedeutung der arktischen Seepassagen wird aber auch die zwischenstaatliche Konkurrenz und das Ringen um Einfluss eine Rolle spielen. Dabei lohnt sich auch ein Blick darauf, wie sich die Anrainerstaaten des Arktischen Ozeans auf eine Zunahme des Schiffsverkehrs vorbereiten. Zum Einstieg sollen aber zunächst die Eisbedingungen in der Arktis genauer betrachtet werden.

Meereisbildung im Arktischen Ozean

Mit einer Größe von ca. 14 Mio. km² und einer durchschnittlichen Tiefe von rund 1.000m ist der Arktische Ozean der kleinste und flachste der fünf Ozeane. Er wird von den Kontinenten Europa, Asien und Nordamerika umgeben. Die einzige Verbindung zum Pazifik ist die Beringstraße mit einer Breite von 85km und einer Tiefe von 30-50m. Zum Atlantik gibt es mehrere Verbindungen, die auch breiter und tiefer sind und einen Austausch der Wassermassen ermöglichen.[2] Vor der Küste des amerikanischen Kontinents liegt Grönland, die größte Insel der Welt, sowie ca. 36.000 große oder kleine Inseln, die den kanadischen Archipel bilden. Auch vor der Küste der eurasischen Landmasse sind einige Inseln oder Inselgruppen, die verschiedene Nebenmeere abgrenzen.

Während der langen Polarnacht kommt es in weiten Teilen der Arktis zur Bildung von Meereis. Nur die Barentssee und der Südwesten Grönlands, die von Ausläufern des Golfstroms beeinflusst sind, bleiben traditionell eisfrei. Die größte Ausdehnung des Eises wird zum Ende des Winters Mitte März erreicht, die geringste Ausdehnung gegen Mitte September. Meereis, das die Schmelze während des Sommers übersteht, wird als „mehrjähriges Eis“ bezeichnet. Im Gegensatz zu „einjährigem Eis“, das wegen häufiger Luft- und Salzwassereinschlüsse sehr porös ist und oft nur eine Dicke zwischen 30 und 120cm erreicht, kann mehrjähriges Eis sehr hart und mehrere Meter dick werden.[3] Für die Schifffahrt stellt es eine besondere Herausforderung dar.

Aber auch einjähriges Eis kann sich durch Meereisdrift aufgrund von Winden oder Meeresströmungen zu mehrlagigen Stapeln auftürmen. Zum Beispiel sorgen zyklische Wirbel über der Beaufortsee dafür, dass dickeres Eis entsteht, das dann als Treibeis oder Packeis in Richtung der Küsten driftet. Auch durch gefrierenden Schnee kann das Eis sein Volumen vergrößern. Und schließlich können Eisberge aus abbrechendem Landeis sich unter das Meereis mischen.

Der Klimawandel führt zu einer Verkleinerung des Eisvolumens in der Arktis. Besonders sichtbar ist das an der Entwicklung des jährlichen Eis-Minimums im September. Die fünf Sommer mit der geringsten Eisausdehnung waren 2012, 2020, 2019, 2007 und 2016.[4]

Im Winter bedeckt das Eis zwar noch fast die gleiche Fläche wie in den letzten Jahrzehnten, es wird aber dünner. Viele Prognosen gehen davon aus, dass noch in diesem Jahrhundert das arktische Meereis im Sommer ganz verschwinden wird. Danach wäre auch kein mehrjähriges Eis mehr anzutreffen. In den Wintern wird sich auf absehbare Zeit aber weiterhin Meereis bilden, was dann auch zu Beginn des Sommers noch zu Eisdrift und Packeis auf den Schifffahrtswegen führen kann.

Mit dem Rückgang des Eises wird der Klimawandel weiter beschleunigt. Durch seine helle Oberfläche kann das Meereis viel Sonnenlicht reflektieren (Albedo), ohne das Meer zu erwärmen. Trifft das Licht dagegen direkt auf die dunklere Meeresoberfläche, wird mehr Energie absorbiert, sodass sich das Meerwasser erwärmt und dann im Herbst erst später wieder gefriert. Auch Seen aus Schmelzwasser auf dem Eis können die Eisschmelze beschleunigen.

Anforderungen an Schiffe in polaren Gewässern

Die Internationale Seeschifffahrts-Organisation der Vereinten Nationen (IMO) hat einen Katalog von verbindlichen Vorschriften und Empfehlungen für die Schifffahrt in polaren Gewässern entwickelt. Dieser „Polar Code“[5], der 2017 in Kraft trat, soll sowohl die Sicherheit der Schiffe als auch den Schutz der fragilen polaren Ökosysteme gewährleisten. Dabei richten sich die Regeln nicht nur gegen die Herausforderungen durch Meereis, das die Fahrt blockieren oder sogar die Stabilität des Schiffsrumpfs beeinträchtigen kann. Auch die Auswirkungen der Kälte auf das Funktionieren der Maschinen und die Handlungsfähigkeit der Mannschaft werden berücksichtigt, sowie die Herausforderungen durch Dunkelheit, beeinträchtigte Kommunikations- und Orientierungsmöglichkeiten in hohen Breitengraden und die spärlich vorhandene Infrastruktur, was Häfen oder Such- und Rettungsstationen betrifft.

Zur Zertifizierung von Schiffen, die für polare Einsätze geeignet sind, hat die Internationale Vereinigung von Klassifizierungs-Gesellschaften 2006 die einheitliche Norm der „Polarklasse“ aufgestellt. Zertifiziert wird einerseits die Struktur und Stabilität der Schiffshülle und andererseits die Leistungsfähigkeit des Schiffsantriebs auch unter der Gefahr der Vereisung. Die Unterscheidung reicht von Polarklasse 1, die Schiffe für ganzjährigen, uneingeschränkten Betrieb in allen polaren Gewässern befähigt, bis zu Polarklasse 7 für den sommerlichen Betrieb in dünnem Eis (30-70cm).[6] Da diese Norm nur für Schiffe anwendbar ist, die seit 2007 gebaut wurden, und da außerdem verschiedene nationale Normen für die „Eisklasse“ eines Schiffes gelten, sind Schiffe nach diesem Standard aber nur schwer vergleichbar.

Alle Schiffe, die die Arktis befahren, müssen über eine Eisklasse passend zu ihrer Aufgabe verfügen. So gibt es z.B. eisgehärtete Handelsschiffe, Tanker und Kreuzfahrtschiffe. Besonders entscheidend ist die Eisklasse für Eisbrecher, deren Aufgabe es ist, andere Schiffe durch das Eis zu eskortieren. Die Breite des Eisbrechers legt dabei auch die Breite der Fahrrinne für die eskortierten Schiffe fest, so dass möglichst große Eisbrecher erstrebenswert sind. Die stärksten Eisbrecher sind zurzeit die nuklear angetriebenen russischen Schiffe „Arktika“ und „Sibir“ mit einer Breite von jeweils 34m. Sie können Eis bis zu einer Dicke von 4m durchbrechen.[7] In einer Werft bei Wladiwostok wird aber bereits an einem noch größeren Eisbrecher mit einer Breite von über 47m gebaut, der ab 2027 in See stechen soll.[8]

Die arktischen Passagen

Für die Durchquerung der Arktis kommen im Prinzip drei unterschiedliche Route in Frage: die Nord-West-Passage, die Nördliche Seeroute und die transpolare Route. Die transpolare Route führt direkt über den Nordpol und ist damit die kürzeste Verbindung. Zurzeit ist sie allerdings noch durch mehrjähriges Eis blockiert und wird sich voraussichtlich auch bei fortgesetzter Klimaerwärmung nur für kurze Zeitfenster im Sommer öffnen.

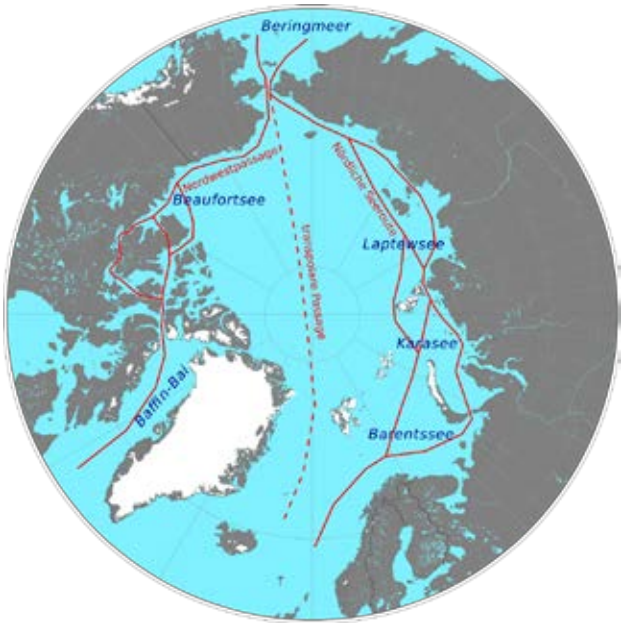
Die Nord-West-Passage (NWP) verläuft an der Nordküste Amerikas durch den kanadischen Archipel sowie die Beaufortsee und Tschuktschensee bis zur Beringstraße. Dabei handelt es sich nicht um eine feste Route, sondern um mehrere mögliche Wege, die sich durch ihre Wassertiefe und Eisbedingungen unterscheiden. Ein Bericht der Meeresschutz-Arbeitsgruppe im Arktischen Rat zählt sechs verschiedene Routen auf, von denen vier nur für Schiffe mit einem Tiefgang von weniger als 10m geeignet sind.[9] Abhängig von Jahr und Klimaverhältnissen sind die Routen von Ende Juli bis Mitte Oktober eisfrei schiffbar, wobei die beiden tieferen Routen häufiger durch Packeis blockiert sind.[10] Entlang der NWP gibt es keine größeren Häfen. Die kanadische Regierung hat aber den Bau eines Tiefwasserhafens am Eingang der NWP in der Baffin-Bai angekündigt.[11]

Als Nördliche Seeroute (NSR) werden verschiedene Schifffahrtswege an der Nordküste Russlands von der Karasee über die Laptewsee, Ostsibirische See und Tschuktschensee zur Beringstraße bezeichnet. In Verbindung mit der meist eisfreien Barentssee ergibt sich daraus eine Nord-Ost-Passage. An der NSR liegen mehrere ausgebaute Häfen und Russland verfügt über eine große Eisbrecher-Flotte, um Schiffe bei Bedarf durch das Eis zu eskortieren. Die NSR ist häufig von

Juli bis Anfang November eisfrei. Ende Oktober 2021 wurden allerdings viele Schiffe im östlichen Abschnitt der NSR von früher Eisbildung überrascht und eingeschlossen.[12]

Transit-Fahrten durch die Arktis machen allerdings nur einen kleinen Teil des arktischen Schiffsverkehrs aus. 2021 wurden lediglich fünf Transits durch die NWP[13] und 85 Transits durch die NSR[14] registriert. Den größten Anteil der Schiffe in der Arktis stellen Fischerboote.[15] Hinzu kommen zahlreiche Versorgungsfahrten in die Arktis und Fahrten zum Abtransport von Rohstoffen. Seit 1978 wird die Verbindung von Dudinka am Jenissej-Fluss nach Murmansk ganzjährig befahrbar gehalten, um Erze wie Nickel und Palladium aus Norilsk zu transportieren. Seit 2015 werden jeden Sommer bis zu 3,5 Mio. Tonnen Eisenerz von der kanadischen Baffinland-Mine abtransportiert. Und seit 2017 fahren eisgehärtete LNG-Tanker verflüssigtes Erdgas von der Jamal-Halbinsel nach Europa und Südostasien.

Russland möchte den Transitverkehr über die NSR gerne ausweiten und auch mehr Containerfracht transportieren. Da eisgehärtete Frachtschiffe in der Anschaffung teurer sind und aufgrund ihres Gewichts mehr Treibstoff verbrauchen, sollen sie nur entlang der NSR eingesetzt werden. Zum Umladen der Container von herkömmlichen Schiffen auf eisgängige und wieder zurück, sollen bei Murmansk und auf der Kamtschatka-Halbinsel Umschlagterminals gebaut werden, finanziert über ein Abkommen zwischen der russischen Staatsfirma Rosatom und dem Logistikunternehmen DP World aus den Vereinigten Arabischen Emiraten.[16] Neben China, das Schiffsverkehr durch die Arktis als Teil seiner „Neuen Seidenstraße“ sieht, hat auch Südkorea Interesse am Containertransport über die NSR gezeigt.[17]



Quelle: IMI.

Kampf um die „Freiheit der Schifffahrt“

Die Anrainerstaaten des Arktischen Ozeans USA, Kanada, Dänemark als Vertretung für Grönland, Norwegen und Russland sind sich darin einig, dass das Seerechtsübereinkommen (SRÜ)[18] der Vereinten Nationen in der Arktis anzuwenden ist. Über die genaue Interpretation dieses Abkommens gibt es aber abweichende Meinungen. Die USA und einige andere Länder stellen sich gegen Kanada und Russland und betrachten deren Auflagen für die Schifffahrt in den arktischen Passagen als Verstoß gegen das SRÜ.

Das SRÜ gibt Küstenstaaten das Recht, ein „Küstenmeer“ und eine „Ausschließliche Wirtschaftszone“ (AWZ) zu beanspruchen. Das Küstenmeer darf sich bis zu 12 Seemeilen vor der Küste erstrecken und die AWZ bis zu 200 Seemeilen. Anstatt von „Küste“ spricht das SRÜ allerdings von einer abstrakten „Basislinie“, die als Ausgangspunkt der Messung verwendet wird. Alle Gewässer innerhalb der Basislinie (z.B. Flussmündungen) zählen zu den „inneren Gewässern“ des Küstenstaates, erst dahinter beginnt das Küstenmeer. In bestimmten Fällen erlaubt das SRÜ auch „gerade Basislinien“ (Art. 7) zur Vereinfachung des Grenzverlaufs, so dass ganze Meeresbuchten oder Meeresabschnitte zwischen Küste und vorgelagerten Inseln zu den inneren Gewässern gezählt werden können.

Obwohl der Küstenstaat in seinem Küstenmeer volle Souveränität genießt, haben alle Schiffe anderer Staaten dort das Recht der „friedlichen Durchfahrt“ (Art. 17). In „Meerengen, die der internationalen Schifffahrt dienen“ gilt außerdem das Recht der „Transitdurchfahrt“ (Art. 38). Diese Durchfahrtsrechte erlauben im Wesentlichen nur die unverzügliche Durchfahrt und untersagen andere Tätigkeiten der Schiffe. In den inneren Gewässern können diese Durchfahrtsrechte grundsätzlich auch gelten, allerdings nur dann, wenn die Methode der geraden Basislinien dazu führt, dass „Gebiete, die vorher nicht als innere Gewässer galten, in diese einbezogen werden“ (Art. 8, Art. 35).

Kanada und Russland haben 1985 die Methode der geraden Basislinien auf ihre arktischen Küsten angewandt. Kanada hat gerade Basislinien um seinen gesamten Archipel in der Arktis gezogen und damit alle Wasserstraßen, die als Teil der NWP in Frage kommen, zu inneren Gewässern erklärt. Gleichzeitig hat Kanada betont, dass es sich um „historische innere Gewässer“ handele, so dass nach dem SRÜ kein Durchfahrtsrecht für fremde Schiffe besteht. Russland hat seine Inselgruppen Nowaja Semlja, Sewernaja Semlja und Neusibirische Inseln jeweils durch gerade Basislinien mit dem Festland verbunden. Dadurch werden insbesondere die Verbindungswege zwischen der Barents- und Karasee (Karastraße), zwischen der Kara- und Laptew-

see (Wilkitzkistraße) sowie zwischen der Laptewsee und der Ostsibirischen See (Laptewstraße und Sannikowstraße) zu inneren Gewässern ohne Durchfahrtsrecht.[19]

Zusätzlich nutzen die beiden Staaten Artikel 234 des SRÜ, der in eisbedeckten Meeren Einschränkungen der Schifffahrt zum Schutz vor Meeresverschmutzung ermöglicht. Kanada verlangt von schweren Schiffen und Schiffen mit gefährlicher Fracht, dass sie eine Genehmigung einholen, bevor sie seine AWZ in der Arktis befahren, und dass sie täglich ihre Position melden. Auch Russland verlangt von kommerziellen Schiffen, dass sie vor dem Befahren der NSR eine Genehmigung einholen. Außerdem müssen sie für den russischen Eisbrecherbetrieb bezahlen und eine Versicherung vorweisen.

Die USA betrachten dagegen sowohl die NWP als auch die NSR als internationale Schifffahrtswege, die ohne Genehmigung durchfahren werden dürfen. Insbesondere wenn es gegen die Ansprüche Russlands geht, finden sie dafür auch leicht Unterstützung aus anderen Staaten. Die deutsche Politik verhält sich in dieser Frage allerdings diplomatisch zurückhaltend. Während sich die Arktisstrategie von 2013 noch „für die freie Durchfahrt von Schiffen in arktischen Gewässern (Nordost-, Nordwest- und Polarpassage)“[20] eingesetzt hat, formuliert die aktuelle Fassung von 2019: „für die freie Schifffahrt in arktischen Gewässern entsprechend den Regelungen des VN-Seerechtübereinkommens.“[21] Damit bleibt offen, ob die Regeln Kanadas und Russlands als durch das SRÜ gerechtfertigt betrachtet werden oder nicht. Selbst in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage zu geplanten Verschärfungen Russlands für die NSR wollte sich die Bundesregierung nicht festlegen.[22]

Die USA haben seit 1988 ein Abkommen mit Kanada, das den Status der kanadischen Gewässer nicht festlegt, in dem die USA aber versprechen, den Abschnitt der NWP durch den kanadischen Archipel nicht ohne vorherige Ankündigung zu befahren. Während der Trump-Administration wurden Auseinandersetzungen um die Schifffahrt in der Arktis aber wieder stärker in den Blick genommen. In der neuen Arktis-Strategie des Verteidigungsministeriums wurden dafür auch FONOPs in der Arktis angekündigt,[23] also provokative Schiffsmanöver zur Durchsetzung der Freiheit der Schifffahrt („freedom of navigation“) wie etwa im südchinesischen Meer. 2018 wurde ein amerikanischer Flugzeugträger in den Nordatlantik nördlich des Polarkreises gesteuert, zum ersten Mal seit Ende des Kalten Kriegs.[24] In den Jahren darauf folgten Fahrten von Lenkwaffen-Zerstörern der „Arleigh-Burke“-Klasse nördlich des Polarkreises, 2020 auch dreimal in der Barentssee.[25]

Polarklasse	Beschreibung
PC 1	ganzjähriger Betrieb in allen polaren Gewässern
PC 2	ganzjähriger Betrieb unter gemäßigten mehrjährigen Eis-Bedingungen
PC 3	ganzjähriger Betrieb in zweijährigem Eis, das Einschlüsse von mehrjährigem Eis enthalten kann
PC 4	ganzjähriger Betrieb in dickem einjährigem Eis, das Einschlüsse von mehrjährigem Eis enthalten kann
PC 5	ganzjähriger Betrieb in mittlerem einjährigem Eis (70-120cm), das Einschlüsse von mehrjährigem Eis enthalten kann
PC 6	Betrieb im Sommer/Herbst in mittlerem einjährigem Eis (70-120cm), das Einschlüsse von mehrjährigem Eis enthalten kann
PC 7	Betrieb im Sommer/Herbst in dünnem einjährigem Eis (30-70cm), das Einschlüsse von mehrjährigem Eis enthalten kann

Tabelle 1: Beschreibung der Polarklasse eines Schiffes

Zu einer FONOP in der Arktis kam es bisher aber nicht. Das mag auch an eindringlichen Warnungen von Militärwissenschaftler*innen gelegen haben. So warnte Rebecca Pincus davor, dass die Navy keine starken Eisbrecher zur Verfügung habe und ein Eindringen in die NSR zu unabsehbaren Reaktionen Russlands führen könne.[26] David Auerswald fügte hinzu, dass der Nutzen einer FONOP zu gering sei angesichts der Bedeutung der NSR, und warb stattdessen für eine langfristige Strategie.[27] Und schließlich führte auch noch Cornell Overfield aus, dass FONOPs ihr Ziel nicht erreichen könnten, wenn sie mit Militärschiffen durchgeführt werden, da die kanadischen und russischen Schifffahrtseinschränkungen gar nicht für Kriegsschiffe gelten.[28]

Die „Eisbrecher-Lücke“

Die USA haben nur zwei funktionsfähige Eisbrecher, die für den Einsatz in der Arktis geeignet sind. Und einer davon, der schwere Eisbrecher „Polar Star“, ist bereits seit 1976 in Betrieb und soll eigentlich ausgemustert werden. In Russland gibt es dagegen neben den sechs nuklear betriebenen auch noch zahlreiche Eisbrecher mit diesel-elektrischem Antrieb. Allein die Nordflotte des Militärs, die in der Arktis stationiert ist,

verfügt über zwei Eisbrecher, von denen einer 2027 erneuert werden soll.[29] Diese Schiffe sind selber unbewaffnet, können aber anderen Kriegsschiffen den Weg durch das Eis bahnen. Mit der „Ivan-Papanin-Klasse“ (Projekt 23550) entwickelt Russland aber auch schwer bewaffnete Eisbrecher-Korvetten mit Abschussvorrichtung für Lenkraketen. Hinzu kommen eisgehärtete Logistikschiffe (Projekt 23120), Munitionstransportschiffe (Projekt 20181) und Multifunktionstanker (Projekt 03182) für das Militär.[30] Und auch die russische Küstenwache hat eigene Eisbrecher und eisgehärtete Patrouillenboote der „Okean-“ (Projekt 22100) und „Purga-Klasse“ (Projekt 22120).

In den USA wird deswegen seit Jahren von einer „Eisbrecher-Lücke“ gesprochen, die eine starke amerikanische Präsenz in der Arktis verhindere. Die US Küstenwache sieht einen Bedarf an mindestens sechs Eisbrechern, darunter drei schwere mit Polarklasse 2. Die Finanzierung für zwei der neuen „Polar Security Cutter“ ist mittlerweile beschlossen. Das Schiffsdesign basiert auf einem Entwurf, den die deutsche Firma Ship Design & Consult GmbH für den Forschungseisbrecher „Polarstern II“ entwickelt hatte. Der Baubeginn in der VT Halter Marine Werft verzögert sich allerdings noch.[31] Während die bisherigen US-Eisbrecher unbewaffnete Schiffe sind, wird für die neuen Schiffe auch eine Bewaffnung eingeplant. Der ehemalige Kommandant der US-Küstenwache Paul Zukunft sprach sich dafür aus, die Aufgaben eines Eisbrechers anders zu betrachten und Platz zu lassen z.B. für die Aufnahme von Marschflugkörpern.[32]

Die übrigen NATO-Staaten unter den Arktisanrainern – Kanada, Dänemark und Norwegen – verfügen bereits über bewaffnete eisgehärtete Schiffe. Die kanadische Marine hat 2021 das Patrouillenboot „Harry DeWolf“ in Betrieb genommen. Es ist für Polarklasse 5 zertifiziert und verfügt über eine 25mm Kanone sowie Hubschrauberdeck und Maschinengewehr. Kanada hat insgesamt sechs dieser Schiffe für seine Marine bestellt. Anschließend sollen auch noch zwei unbewaffnete Exemplare für die kanadische Küstenwache hergestellt werden. Die Küstenwache Kanadas ist im Gegensatz zu vielen anderen Staaten eine rein zivile Organisation u.a. für maritime Such- und Rettungseinsätze sowie den Eisbrecherbetrieb. Auch für den größten kanadischen Eisbrecher „Louis S. St-Laurent“, der seit 1969 im Einsatz ist, hat Kanada mittlerweile Ersatz angekündigt. Er soll ab 2030 durch zwei Schiffe mit Polarklasse 2 ersetzt werden.[33]

Dänemark hat mit der „Thetis-Klasse“ und der „Knud-Rasmussen-Klasse“ zwei Gattungen eisgehärteter Militärschiffe. Die vier Fregatten der Thetis-Klasse wurden Anfang der 1990er Jahre in Betrieb genommen, die drei kleineren Patrouillenboote der Knud-Rasmussen-Klasse zwischen 2008 und 2017. Alle besitzen Schnellfeuerkanone, Hubschrauberdeck und Maschinengewehr und können Eis bis zu einer Dicke von 80cm durchfahren. Außerdem verfügen sie über Stanflex-Befestigungsmodule, um bei Bedarf Torpedos, Anti-Schiffs-Raketen oder andere Waffen nachzurüsten.[34] Der norwegische Eisbrecher „Svalbard“ wurde 2001 in Betrieb genommen. Wie die norwegische Küstenwache gehört er zur Marine und ist mit 57mm Kanone und Maschinengewehr ausgerüstet. Sein Schiffsdesign wurde als Modell für die kanadische „Harry-DeWolf-Klasse“ herangezogen. Norwegen verfügt auch über drei eisgehärtete Patrouillenboote, die in den kommenden Jahren durch das neuere Modell der „Jan-Mayen-Klasse“ abgelöst werden.[35]

Ausblick

Die eisgehärteten Fregatten und Patrouillenboote in Dänemark, Russland und Norwegen stellen keine neue Entwicklung dieser Länder dar. Neu ist aber, dass auch Kanada mit der Harry-DeWolf-Klasse auf eisgehärtete Patrouillenboote mit leichter Bewaffnung setzt. Neu ist auch, dass die USA für ihre zukünftigen Eisbrecher wie selbstverständlich eine Bewaffnung einplanen. Und neu sind auch die schwer bewaffneten Eisbrecher der Ivan-Papanin-Klasse, die zurzeit in Russland gebaut werden. Anscheinend stellen sich die Staaten auf zunehmende Auseinandersetzungen in den eisbedeckten Meeren der Arktis ein.[36] Der Verlust an Meereis durch den Klimawandel führt wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren zu einer Zunahme des Schiffsverkehrs in der Arktis. Eventuell kommt es dann auch zu einem verstärkten Ringen um Einflusssphären auf See, zu FONOPs oder zu Konfrontationen bei Militärmanövern.

Für die kommerzielle Schifffahrt ist die Arktis nur teilweise interessant. Zwar bieten die kürzeren Routen die Möglichkeit, Zeit und Treibstoff zu sparen. Hinzu kommen aber andere Herausforderungen wie Kälte, Dunkelheit, unwägbare Wetterverhältnisse, Investitionen in eisgehärtete Schiffe, Kosten für Versicherung und Eisbrecherbetrieb und die weiten Distanzen zu Häfen oder Einrichtungen für Such- und Rettungsdienste. Eine Studie von 2016 sieht in der Arktis vor allem ein Potential für Massengutfrachter und Tourismus-Schiffe. Während die aufsteigende Tourismusbranche zurzeit durch die Corona-Pandemie weitgehend zum Erliegen gekommen ist, sorgt der Massengutverkehr ungehemmt für den Abtransport von arktischen Rohstoffen. Die Linienschifffahrt mit Containerfracht ist dagegen meist strikten Zeitplänen unterworfen, die durch schwer vorhersehbare Eisbedingungen gefährdet sind. Außerdem profitiert sie davon, unterwegs meh-

rere Häfen anzulaufen, was auf den Transportrouten durch die Arktis nicht möglich ist. Für manche Häfen in Südostasien ist der Weg nach Europa durch die Arktis sogar länger als durch den Suezkanal, z.B. Singapur.[37]

Es ist aber durchaus möglich, dass sich die Arktis vor allem im Sommer zu einer Alternativ- oder Ausweichroute für die Schifffahrt entwickelt und dass es dadurch zu mehr Schiffsverkehr kommen wird. Welche Folgen das für die maritime Tierwelt und das empfindliche arktische Ökosystem haben könnte, ist noch eine ganz andere Geschichte.

Anmerkungen

1 Michael Paul: Arktische Seewege, 23.7.2020 swp-berlin.org, S. 19.

2 Arctic Council: Arctic Marine Shipping Assessment 2009 Report, April 2009 pame.is, S. 18.

3 Was ist Meereis?, meereisportal.de.

4 September-Mittel der Meereis-Ausdehnung in der Arktis, data.meereisportal.de.

5 IMO: International Code for Ships Operating in Polar Waters, imo.org.

6 International Association of Classification Societies: UR I – Polar Class, iacs.org.uk.

7 Thomas Nilsen: Second giant nuclear icebreaker handed over to Rosatomflot, 25.12.2021, thebarentsobserver.com.

8 The keel has been laid down for the nuclear icebreaker Rossija in the Far East, 7.7.2020, neftegazru.com.

9 PAME: Arctic Shipping Status Report #3, April 2021, oaarchive.arctic-council.org.

10 Arctic Council 2009, a.a.O., S. 20.

11 Canadian government announces long-awaited deepwater port for Qikiqtarjuaq, Nunavut, 5.8.2021 rcinet.ca.

12 The situation in the eastern part of the Northern Sea Route in 25 october – 17 november, 18.11.2021 arctic-lio.com.

13 Vor den Corona-Einschränkungen für Jachten und Kreuzfahrtschiffe gab es durchschnittlich 19 Transits pro Jahr. OPSA: L'année arctique 2021. Navigation, 13.12.2021 cirricq.org.

14 CHNL: Transit Voyages on NSR in 2021, 17.12.2021 arctic-lio.com.

15 PAME: Arctic Shipping Report #1, 11.3.2020 oaarchive.arctic-council.org.

16 Andrew E. Kramer: Russia Signs Deal With Dubai Logistics Company to Navigate Thawing Arctic, 23.7.2021 nytimes.com.

17 Peter B. Danilov: South Korean Investors Explores Container Shipping on the Northern Sea Route, 10.11.2021 highnorthnews.com.

18 Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (deutsche Übersetzung), eur-lex.europa.eu.

19 Cornell Overfield: FONOP in Vain: The Legal Logics of a US Navy FONOP in the Canadian or Russian Arctic, 2021 arcticyearbook.com.

20 Auswärtiges Amt: Leitlinien deutscher Arktispolitik, November 2013 arctic-office.de, S. 1.

21 Auswärtiges Amt: Leitlinien deutscher Arktispolitik, August 2019 auswaertiges-amt.de, S. 3.

22 BT-Drucksache 19/15326, 20.11.2019 dserver.bundestag.de, S. 30.

23 Department of Defense Arctic Strategy, Juni 2019 media.defense.gov, S. 13.

24 Geoff Ziezulewicz, David B. Larter: The Navy sends a carrier back to Russia's Arctic haunts, 19.10.2018 navytimes.com.

25 Diana Stancy Correll: Destroyer Ross treks into the Barents Sea's Arctic waters – again, 21.10.2020 navytimes.com.

26 Rebecca Pincus: Rushing Navy Ships into the Arctic for a FONOP is Dangerous, Januar 2019 usni.org.

27 David Auerswald: Now is Not the Time for a FONOP in the Arctic, 11.10.2019 warontherocks.com.

28 Cornell Overfield 2021, a.a.O.

29 Ryabov Kirill: Project 21180M: icebreakers for the future, 24.11.2020 en.topwar.ru.

30 Siemon T. Wezeman: Military Capabilities in the Arctic, Oktober 2016 sipri.org.

31 Melody Schreiber: Delivery of the U.S. Coast Guard's new icebreaker is delayed, even as the agency as sharpens its Arctic focus, 1.12.2021 arctictoday.com.

32 Megan Eckstein: Zukunft: Changing Arctic Could Lead to Armed U.S. Icebreakers in Future Fleet, 18.5.2017 news.usni.org.

33 Murray Brewster: Trudeau government promises coast guard two new heavy icebreakers for Arctic operations, 6.5.2021 cbc.ca.

34 Timothy Choi: Maritime Militarization in the Arctic: Identifying Civil-Military Dependencies, 2020 arcticyearbook.com.

35 Jan-Mayen-class Vessels, 12.3.2021 naval-technology.com.

36 Timothy Choi 2020, a.a.O. weist darauf hin, dass oft nur das Militär über geeignete Schiffe und Ausrüstung verfüge, um unter den abgelegenen und klimatisch herausfordernden Bedingungen der Arktis operieren zu können. Deswegen führe das Militär auch viele zivile Aufgaben durch wie Transporte, Such- und Rettungseinsätze oder Unterstützung der Polarforschung. Das wirft allerdings die Frage auf, warum die Staaten nicht zivile Organisationen aufbauen und für Dienstleistungen unter polaren Bedingungen ausrüsten, z.B. nach dem Vorbild der kanadischen Küstenwache.

37 Ørts Hansen, Grønsedt, Lindstrøm Graversen, Hendriksen: Arctic Shipping – Commercial Opportunities and Challenges, CBS Maritim 2016 services-webdav.cbs.dk.

Europas demütigendes Dilemma in Mali

von Christoph Marischka

Im Januar 2016 wurde das Mandat zur deutschen Beteiligung an der UN-Mission MINUSMA durch den Bundestag von 150 auf 650 Kräfte erhöht. Bereits im folgenden Jahr erfolgte eine weitere Aufstockung auf 1.000 – aktuell sind es 1.100. Hinzu kommen aktuell bis zu 600 deutsche Kräfte im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali (sowie – höchstwahrscheinlich – nicht mandatierte Einsätze von Spezialkräften). Es lohnt sich, die damaligen Debatten im Bundestag noch einmal nachzulesen. Nils Annen von der SPD etwa behauptete dort, es gehe „bei diesem Engagement um den Versöhnungsprozess in Mali, aber es geht dabei ebenso um eine wirtschaftliche und eine politische Stabilisierung der gesamten Sahelregion“. Zudem sprach er – wie viele andere Abgeordnete – vom „Schutz der Bevölkerung“. Elisabeth Motschmann von der Unionsfraktion z.B. meinte: „Wir wollen die Menschen in Mali doch schützen und ihnen die Chance auf ein friedliches Leben geben“. In der Debatte war zugleich viel von Solidarität die Rede, u.a. von „Solidarität mit den Vereinten Nationen, mit Frankreich, mit den Niederlanden“. Zum Auftakt der Debatte hatte auch die damalige Verteidigungsministerin und heutige EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zunächst wortgewaltig humanitäre Argumente ins Feld geführt und dann darauf hingewiesen, dass der Einsatz „auch unseren eigenen Sicherheitsinteressen [hilft], weil er den Terror eindämmt, aber auch deshalb, weil Mali ein entscheidendes Herkunfts- und Transitland bei Fluchtbewegungen ist“. Das populistische und zumindest in Teilen unwahre Argument der Migrationsbekämpfung spielte in der Argumentation der Befürworter*innen insgesamt eine gewichtige Rolle – wie auch der Kampf gegen den Terrorismus. Von der Leyen: „Die Terroristen zu bekämpfen, heißt deshalb, ihnen mit Waffengewalt entgegenzutreten und ihnen auch den Nährboden zu entziehen“. In ihrer „ethischen Begründung“ hat Motschmann später klargestellt, dass der Einsatz deutscher Streitkräfte dem Prinzip der „Ultima Ratio“ entspreche, dass er also das „letzte Mittel“ darstelle, das zur Erreichung der genannten Ziele zur Verfügung stünde.

Viele Ziele – ein Mittel

Das Potpourri der angeführten Ziele ist für Auslandseinsätze so typisch wie fragwürdig: Versöhnung und Schutz der Zivilbevölkerung, Terror- und Migrationsbekämpfung, Solidarität mit Frankreich und der UN – und implizit natürlich eine stärkere Stellung Deutschlands in der Welt. All das soll mit einem Mittel erreicht werden, das noch dazu das einzige, das letzte Mittel ist: der Einsatz von Streitkräften. Dabei sind die bis zu 1.700 deutschen Kräfte in Relation zu setzen zu den riesigen und tw. schlecht erschlossenen Flächen Malis und der Region, zu den komplexen Problemen einschließlich Landkonflikten, Vertreibung, Hunger und den Folgen des Klimawandels, Religions- und Generationenkonflikten usw. Diese Relation verändert sich auch dann nicht qualitativ, wenn man die knapp 6.000 für den Kampfeinsatz vorgesehenen Kräfte der französischen Operation Barkhane und der EU Task Force Takuba hinzuzählt oder die fast 15.000 Kräfte der UN-Truppe MINUSMA, welche die flächendeckende militärische Infrastruktur stellen. Dies gilt selbst unter der Annahme, dass sie alle dieselben Interessen und zwar die oben genannten verfolgen. Zum Vergleich: Deutschland unterhält aktuell mit einem knappen Drittel der Gesamtfläche Malis gut 170.000 Soldatinnen und Soldaten („zur Verteidigung“) und über 300.000 Angehörige der Polizeien mit einer besseren technischen Ausrüstung, Bezahlung und Qualifikation und in weitgehender Abwesenheit bewaffneter Konflikte. Das soll nicht unterstellen, dass es mit zehn- oder hundertmal mehr bewaffneten Kräften möglich wäre, die adressierten Probleme zu lösen, sondern die Logik vorführen, die angeblich der Entsendung von 1.700 Soldatinnen und Soldaten nach Mali zugrunde liegt.

Andersherum gefragt: Wenn es 1.700 deutsche oder gut 20.000 internationale bewaffnete Kräfte in Mali (und der ganzen Region) richten sollen, wozu brauchen wir dann hunderttausende in Deutschland?

Legitimierung durch Stationierung

Welche Logik liegt also der Entsendung von 1.700 Kräften nach Mali tatsächlich zu Grunde? Geht es darum, ein weiteres deutsches Fähnchen auf einer Karte des afrikanischen Kontinents abzubilden, dadurch die deutsche Führungsrolle innerhalb der EU zu untermauern und damit auch Ressourcen und Zugang zu Märkten zu sichern? Geht es für manche auch darum, angesichts einer humanitären Notlage Handlungsfähigkeit zu suggerieren und anderen darum, Geschäfte zu machen? Wahrscheinlich ist das alles wahr. Das all diesen genannten Zielen zugrunde liegende Prinzip, die Hebelwirkung einer Intervention mit einigen hundert oder tausend Kräften besteht darin, eine amtierende oder eingesetzte Regierung zu stabilisieren, indem man ihr die Souveränität verleiht, ihrer Stationierung zuzustimmen.

Dies hat eine lange Geschichte. Jüngere Beispiele reichen von der Stationierung von zunächst knapp 5.000 Kräften im Rahmen der ISAF zur Sicherung der zuvor auf dem Bonner Petersberg eingesetzten Interimsregierung für Afghanistan über Somalia und Libyen. Hier erfolgte die Stützung der jeweils äußerst prekären und nicht demokratisch gewählten Regierungen sogar zunächst ohne „Boots on the Ground“ dadurch, dass man sich von ihnen Marinemissionen in ihren Küstengewässern erlauben ließ. Zu dieser Geschichte gehören auch viele westafrikanische Staaten, darunter Mali. Die französische Intervention („Serval“) Anfang 2013, welche die Kaskade internationaler, westlich dominierter Truppenstationierungen einleitete, erfolgte auf Einladung einer aus einem Putsch hervorgegangenen Regierung. Es folgten Wahlen, die nicht wirklich demokratisch waren, aber Regierungen hervorbrachten, welche einerseits die westliche Truppenpräsenz legitimierten und zugleich (Überraschung?) als korrupt wahrgenommen wurden. Es folgten Putsche in Mali selbst und im Tschad (bzw. die Übernahme durch den Generalstab und die Einsetzung des Sohnes des verstorbenen Präsidenten), welche die EU und Deutschland kaum bis mäßig kritisierten und sanktionierten – weil beide die westliche Stationierung und militärische Unterstützung weiterhin begrüßten. Die Bundeswehr bildete weiter die malische Armee aus, lieferte ihr im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative Ausrüstung und baute die militärische Infrastruktur aus. Auch die EU hielt an ihren Ausbildungsmissionen für die malische Armee (EUTM) und robuste Polizeikräfte (EUCAP Sahel Mali) fest.

Entgleiste Souveränität?

Der Ton zwischen Berlin, Brüssel, Paris und Bamako wurde jedoch in dem Moment deutlich schärfer, als die malische Putschregierung Ende 2021 ihre so gewonnene Souveränität auch nutzte, um russische Kräfte einzuladen, sie zu schützen („stabilisieren“), auszubilden und im Land den Terror zu bekämpfen. Vor allem Frankreich zeigte sich erbost, drohte mit dem Abzug seiner Truppen und leitete tatsächlich deren Reduzierung ein. Kurz darauf gab die malische Putschregierung bekannt, dass sie die international geforderten, aber äußerst unrealistisch auf Februar 2022 terminierten Wahlen um bis zu fünf Jahre verschieben würde. Daraufhin erließ die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS mit Unterstützung aus der EU scharfe Sanktionen gegen Mali. Auch die deutsche Außenpolitik zeigte sich deutlich konfrontativer. Viel mehr, als ihrerseits über den Abzug oder die Reduzierung der deutschen Truppen in Mali zu diskutieren, blieb ihr aber nicht übrig. Hier zeigt sich die Kehrseite davon, bei der Einflussnahme bzw. Stabilisierung primär auf die militärische Karte zu setzen: Mehr als den Abzug dieses „letzten Mittels“ und die Einstellung ihrer militärischen Unterstützung haben EU und Bundesregierung schlicht nicht anzubieten. Selbst diese Drohung erweist sich jedoch dadurch als hohl, dass mit Russland ein globaler Rivale bereitsteht, der nur zu gerne die Rolle übernimmt, die zuvor Frankreich, Deutschland und die EU gespielt hatten. In jenen Teilen der malischen Bevölkerung, die gelegentlich auch hierzulande wahrgenommen werden, kommt das sogar ganz gut an. Diese hatten zunächst, nach 2013, große Erwartungen in die französisch-europäische Truppenpräsenz gelegt, die sich durchaus mit den einführend zitierten Versprechungen im Bundestag deckten – aber grandios enttäuscht wurden. Die Unsicherheit und auch ökonomische Misere im Land hat seitdem kontinuierlich und dramatisch zugenommen. Die enttäuschten Erwartungen schlugen zunehmend in Wut auf die ehemalige Kolonialmacht Frankreich um, was sicherlich von entsprechenden Informationskampagnen aus Russland unterstützt wurde.

Wie wenig Drohpotential ein europäischer Rückzug birgt, wurde deutlich, als kaum die ersten russischen Kräfte eingetroffen waren. Die bislang vom Westen unterstützte malische Putschregierung nutzte ihre Souveränitätsrechte, um u.a. die Flugbewegungen der MINUSMA einzuschränken und EU-Spezialkräfte auszuweisen: Ein deutscher Militärtransporter A400M aus Wunstorf mit 75 Soldat:innen an Bord erhielt keine Überfluggenehmigung nach Niger und musste auf den Kanaren landen, dänische Spezialkräfte der Task Force Takuba wurden zur Ausreise aufgefordert, weil kein

Blick aus einem UN-Militärfahrzeug bei einer Patrouille in Mali 2018. Quelle: Flickr/MINUSMA/Gema Cortes.

Vertrag über ihre Rechte und Pflichten als bewaffnete ausländische Kräfte (Status of Forces Agreement) vorliegt. So ein Abkommen macht durchaus Sinn, wenn quasi täglich bewaffnete Kräfte aus anderen Staaten mit Waffen und Munition ein- und ausreisen, Menschen erschießen, festnehmen und „verhören“ dürfen – ohne nach lokal geltendem Recht dafür strafbar zu sein. Dass nun aber eine afrikanische Regierung gegenüber europäischen Staaten darauf beharrt und keine schnelle, unbürokratische Lösung anbietet, ist Ausdruck eines Souveränitätsverständnisses, das der vermeintlich um „Stabilität“ besorgten EU nicht schmeckt.

Grandioses Dilemma

Es ist ein spektakuläres Dilemma, in dem EU, Frankreich und die Bundesregierung nun stecken. Sie haben die Wahl, entweder weiter eine Putschregierung zu unterstützen, die sie jedoch nicht kontrollieren können und die sich stärker an Russland orientiert – oder abzuziehen und Russland völlig das Feld zu überlassen. Letzteres wäre an Dramatik kaum zu überbieten. Dass Frankreich seine über Jahrzehnte aufrechterhaltene Vormachtstellung in der Region von heute auf morgen einbüßt, war bis vor kurzem kaum denkbar. Auch für die um Weltgeltung bemühte EU wäre der Rückschlag enorm, hatte sie den Sahel doch als natürlichen Hinterhof wahrgenommen und nirgendwo sonst so umfangreiche Strategien zur Stabilisierung konzipiert und exekutiert. Wie es aktuell aussieht, könnte eben das dazu führen, dass Russland geradezu handstreichartig mit einigen hundert bewaffneten Kräften und begleitenden Informationskampagnen im vermeintlichen Hinterhof Europas die Vorherrschaft übernehmen kann. Geschehen ist das bereits in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR), ebenfalls traditionelles Einflussgebiet Frankreichs und Schauplatz bereits mehrerer EU-Militäreinsätze. Seit 2017 sichern dort russische Beratung, Rüstungslieferungen und Söldner der Wagner-Gruppe das überleben der Regierung - die in diesem Falle gewählt wurde (allerdings unter prekären Bedingungen – wie viele anderen, vom Westen unterstützte und vermeintlich „demokratisch legitimierte“ Regierungen). In der IMI-Studie 2021/8 („Der Wettstreit um Zentralafrika“) hieß es bereits: „Russland demonstriert in der ZAR, wie auch in Libyen und Syrien, dass es in der Lage ist, autoritäre Präsidenten gegen innenpolitischen Druck zu unterstützen, womit es nahe an den Interessen lokaler Potentaten ist. Russland macht für sich als Alternative zu westlichen Unterstützern in der ZAR Werbung und könnte so das Interesse anderer autoritärer Regierungen wecken, um so weiteren Einfluss in der Region zu erlangen und ggf. Frankreich den Rang abzulaufen“. Eben dies deutet sich nun nach Mali in Burkina Faso an: Hier soll unmittelbar nach dem Putsch vom 24. Januar 2022 – der auch sonst einige Ähnlichkeiten zu Mali aufweist – ein Angebot aus dem Umfeld der Wagner-Gruppe zur Unterstützung/Stabilisierung der dortigen Putsch-Regierung erfolgt sein.

Anderer Akteur, ähnliche Strategie

Das Dilemma der EU verschärft sich dadurch, dass Russland in ihrem vermeintlichen Hinterhof letztlich

sehr ähnlich vorgeht, wie zuvor die EU, und man dieses Vorgehen deshalb gar nicht so leicht anprangern kann. Auch die EU hat auf Einladung von Putschregierungen Truppen stationiert und militärische Ausrüstung geliefert oder diese zumindest nach Machtübernahmen des Militärs nicht beendet. Auch Frankreich und die EU haben in den betreffenden Ländern eine militärische Bekämpfung des Terrorismus propagiert und durchgeführt und damit den Autoritarismus befördert. Sie beschrieben sich dabei als Teil einer internationalen Gemeinschaft bzw. eines internationalen Krisenmanagements und tatsächlich basierte die Legitimierung ihrer Einsätze wesentlich auf den Mandaten der UN-Truppe MINUSMA – die von Russland mitgetragen wurden. Wenn nun Russland mit ähnlichen Mitteln, wie die EU, beim internationalen Krisenmanagement die Führung übernimmt, kann man dies kaum als Aggression darstellen.

Aktuell behilft sich die europäische Politik damit, insbesondere mit Verweis auf die ZAR auf die dort vermeintlich von den Wagner-Einheiten begangenen Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen und deren Charakter als „Söldner“ zu unterstreichen. Beides hat eine gewisse Berechtigung. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass auch die französischen Truppen in Mali keineswegs zimperlich vorgingen und u.a. Anfang 2021 eine Hochzeitsgesellschaft bombardiert hatten. Auch von der malischen Armee wurden in all den Jahren, in denen sie Unterstützung von der EU erhielt, immer wieder Massaker begangen. Der Unterschied in der hiesigen Berichterstattung scheint allerdings darin zu bestehen, dass die lokalen Kräfte in dem einen Fall trotz der europäischen Unterstützung und im anderen Falle wegen der russischen Unterstützung Menschenrechtsverletzungen begehen. Dass es sich bei den bewaffneten russischen Kräften in Mali um Söldner handelt, dementiert die dortige Putschregierung, scheint jedoch glaubwürdig. Bemerkenswert ist aber die Betonung des spezifischen Begriffs „Söldner“ in diesem Zusammenhang – während bei westlichen Interventionen meist eher von „Beratern“, „Ortskräften“ oder „Contractors“ die Rede ist.

Ein MINUSMA-Soldat kontrolliert einen Zivilisten in Gao, Mali 2018. Quelle: Flickr/MINUSMA/Marco Dormino.

Militär ist nicht die Lösung

All dies soll das russische Vorgehen nicht verharmlosen. Es ist ebenso zu kritisieren, wie das vorangegangene, auf militärische Mittel setzende und vor Ort den Autoritarismus stärkende „Engagement“ Deutschlands und der EU. Und ebenso wie dieses zielt es nicht primär auf „den Schutz von Menschen“ oder andere humanitäre Ziele ab, sondern auf schnöde Geopolitik. Dies wird in den kommenden Wochen umso deutlicher werden, wenn europäische Politiker*innen die Fortsetzung ihrer Truppenpräsenz damit begründen, dass man Russland nicht das Feld überlassen dürfe.

Das gefährlichste am russischen Vorgehen ist dessen kurzfristiger Erfolg. Mit einigen hundert Söldnern und Soldaten und einigen Informationskampagnen droht es Frankreich und der EU in deren klassischem Einflussbereich den Rang abzulaufen. Dies ist auch eine grandiose Demütigung der nach Geltung strebenden EU – nachdem die westliche Wertegemeinschaft schon in Syrien eine schwere Schlappe einstecken musste, weil Russland intervenierte. Eine Retourkutsche zur Zurückdrängung des russischen Einflusses wird immer wahrscheinlicher und womöglich hat die Eskalation rund um die Ukraine auch tatsächlich mehr mit Syrien, Mali und der Zentrafrikanischen Republik zu tun, als bislang diskutiert wird. Aber auch davon abgesehen, könnte sich Russlands aktuell hochgradig effektiv wirkender Einflussgewinn auf dem afrikanischen Kontinent auch selbst als Pyrrhussieg entpuppen. Denn auch Russland wird es nicht mit ein paar hundert Soldaten schaffen, die Probleme und Konflikte in der Region zu lösen, auch wenn entsprechende Hoffnungen vor Ort nun geweckt sind. Auch in der ZAR zeigt sich zunehmend, dass Russland zwar eine autoritäre Regierung in der Hauptstadt stabilisieren kann, mehr aber auch nicht. Enttäuschte Hoffnungen führen dort zu einer wachsenden Ablehnung der russischen Präsenz. Es ist durchaus realistisch, dass auch in Mali und der ganzen Sahel-Region die Stimmung wieder kippt und das russische „Engagement“ auf Dauer zu teuer wird. Wünschenswert wäre, dass bis dahin andere Mittel gefunden und entwickelt werden, um die Probleme zu lösen – sowohl in der EU, wie auch vor Ort. Militärisch ist dort nichts zu gewinnen.

Wi(e)der die Kolonialmacht?

Wie Frankreich in Westafrika die Kontrolle entgleitet

von Pablo Flock

In Burkina Faso blockieren Demonstranten tagelang einen französischen Militärtransport und im Niger wenden sich Gewerkschaften gegen die französischen Truppen. Frankreich verliert im Sahel mehr und mehr Boden an geopolitische Konkurrenten – und antwortet mit Schüssen auf Zivilisten.

Als „chasse gardé“, die geschützten Jagdgründe, Frankreichs galten große Teile Westafrikas lange – auch nach dem offiziellen Ende des Kolonialismus mit der Unabhängigkeit der dortigen Länder in den 1960er Jahren. Frankreich kontrolliert bis heute die Währungspolitik des an den Euro gekoppelten westafrikanischen Francs, hat Vorkaufsrechte für viele der natürlichen Ressourcen, ist oft der alleinige Ausstatter der nationalen Armeen, und französische Unternehmen dominieren viele wichtige Wirtschaftszweige wie Transport, Häfen oder Telekommunikation. Ganz zu schweigen von den über 6.000 französischen Soldaten, die sich über die Anti-Terrormission Barkhane im Sahel oder als fest stationierte Einheiten in den Küstenstaaten Senegal und Elfenbeinküste aufhalten.[1]

Doch es mehren sich Anzeichen, dass das Blatt sich wenden könnte. Einerseits gewinnen andere Großmächte an Einfluss in der Region. Andererseits wächst der Widerstand in der Bevölkerung. In Burkina Faso wurde ein französischer Militärkonvoi, der das Land von der Elfenbeinküste in Richtung Niger durchquerte, in mehreren Städten von Protestierenden blockiert. Nachdem er in der Großstadt Bobo Dioulasso und der Hauptstadt Ouagadoudou je mehrere Stunden von Demonstrationen aufgehalten wurde, standen die von rund 100 Soldaten bewachten LKWs und gepanzerte Wägen von Donnerstag, dem 18., bis Samstag, 20. November 2021, nahe der Stadt Kaya still, weil Straßenblockaden sie nicht passieren ließen. Nach Verhandlungen der lokalen Autoritäten mit den Demonstranten durfte die Kolonne zurück nach Ouagadougou, wo sie sich in ein Militär-Camp retten konnte, während die Regierung mit den zivil Ungehorsamen über die Weiterfahrt verhandelte. Am Donnerstag, 25. November 2021, überquerte der Konvoi mit etwa einer Woche Verspätung die Grenze zum Niger.

Schüsse auf Protestierende

In einem Moment der Blockade in Kaya eskalierte die Situation und es gab Verletzte durch Schusswaffen. Die rund 200 Protestierenden verbrannten Paletten und Reifen und versuchten zu einem Zeitpunkt wohl auch, einen Zaun einzureißen, der das Gelände umschloss, auf dem sich französische Fahrzeuge Soldaten zurückgezogen hatten. Die französischen Streitkräfte reagierten mit Warnschüssen in die Luft, könnten aber „nur bestätigen, dass es keine Verletzten gab und dass die Warnschüsse keine Verletzungen bei den Demonstranten verursacht haben“, so Pascal Ianni, Sprecher des Verteidigungsministers der französischen Streitkräfte gegenüber der AP. „Es könne sein, dass Menschen aufgrund der Bewegung innerhalb des Protests oder aufgrund der Sicherheitskräfte Burkina Fasos, die als Puffer zwischen den französischen Soldaten und der Bevölkerung fungierten, verwundet wurden“ schob dieser die Verantwortung ab. Drei Personen erlitten Schusswunden an den Beinen. Ein anonymer Soldat des burkinischen Militärs bestreitet jedoch gegenüber der ABC, dass von seiner Einheit Schüsse kamen. Gegenüber der Associated Press beteuerten dagegen drei Augenzeugen, dass die französischen Streitkräfte auch vor den Demonstranten auf den Boden gefeuert hätten.[2] Seit dem Massaker an einer Hochzeitsgesellschaft im zentralmalischen Dorf Bounti Anfang 2021 stehen die französischen Streitkräfte vermehrt in der Kritik, zivile Opfer nicht ausreichend zu vermeiden und zu dokumentieren. Ein investigatives Projekt zu den humanitären Kosten des Anti-Terrorkriegs im Sahel, initiiert von The Humanitarian und dem Spiegel, konnte mindestens 25 zivile Opfer unabhängig bestätigen, die nicht von Frankreich gezählt wurden. Frankreich führt lediglich sieben Zivilisten in seiner Opferliste.[3]

Bildschirmaufnahme eines Videoberichts von TV5Monde zu den Protesten in Téra. Quelle: youtube/TV5MONDE Info.

Informationskrieg und anti-koloniale Ressentiments?

Die Organisatoren der Proteste in Burkina Faso kritisieren, die französischen Streitkräfte würden nichts dafür tun die Terroristen zu stoppen. Roland Bayala, Sprecher der Koalition afrikanischer Patrioten in Burkina Faso, nannte sie sogar „Komplizen der Terroristen" und hielt, auf scheinbar gängige Gerüchte in den sozialen Medien verweisend, sogar die Möglichkeit offen, dass Waffen von der ehemaligen Kolonialmacht an die Islamisten gingen.[4] Auch Demonstrierende hätten wohl gegenüber dem Sender Voice of America die Franzosen verdächtigt, dschihadistische Milizen mit Waffen auszustatten.[5] Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian sprach gegenüber dem Fernsehkanal LCI von „Manipulatoren", die anti-französischen Gefühle anstacheln würden und von „Meinungsführern, die an einem Informationskrieg beteiligt sind". Ob Russland dahinter steckt, was mit dieser Phrase gern angedeutet wird, ist allerdings unklar. Eine direkte Verbindung bestreitet Bayala, räumt jedoch eine Nähe zu der Bewegung Yerewolo in Mali ein, die Demonstrationen für den Abzug der Franzosen organisiert und die Einladung der russischen Söldnergruppe Wagner begrüßte.[6] Schon in den Demonstrationen gegen den korrupten malischen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta (IBK) im Sommer 2020 vernahm man auf Schildern und Rufen „France degage" – Frankreich hau ab! Damals endeten die wochenlang andauernden Demonstrationen mit einem Coup des Militärs. Die Junta betonte damals, wie wichtig die Zusammenarbeit mit den internationalen Militärs im Kampf gegen die islamistischen bewaffneten Gruppen sei. Die Organisatoren der Straßenbewegung M5-RFP wurden hingegen nicht in die Institutionen oder in den Dialog zur Zukunft Malis mit einbezogen und stellten die Legitimität der Putschregierung bald in Zweifel.[7]

Abhängige Militär-Regenten

Nachdem 50 französische Gefallene und der (eigentlich noch sehr klein geratene) Medienrummel um die Bombardierung in Bounti die Unterstützung für den Einsatz in der französischen Bevölkerung erheblich geschmälert hatten und Rekordzahlen der Opfer durch dschihadistische (und Staats-) Gewalt in diesem Jahr auch die anti-französischen Gefühle in den Sahelstaaten befeuerten, kündigte Macron im Juli 2021 das Ende der Antiterrormission Barkhane an. Französische Soldaten und Beamte werden dann zwar noch über die UN-Mission MINUSMA, die europäischen Ausbildungsmissionen EUTM und EUCAP, die europäische Spezialkräfte-Mission Task Force Takuba und unterstützend bei der G5-Sahel, einem Sicherheitsbündnis der Sahelstaaten, sowie fest stationiert im Tschad, vor Ort sein. Doch der Rückzug eines großen Teiles der rund 5.000 französischen Soldaten aus dem Sahel ist damit angekündigt. Für die de facto regierenden Militärs in Bamako (und anderswo) sind solche Ankündigungen unwillkommen, da die besonders gut ausgestatteten europäischen Soldaten auch Teil ihres Machtnexus gegen die Aufständischen aus den Provinzen bilden. Somit ist nicht verwunderlich, dass dies mit der Ankündigung der Ein-

ladung der russischen Söldnergruppe Wagner gekontert wurde. Teile der Bevölkerung scheinen russische Söldner sogar gegenüber der Anwesenheit von Soldaten der ehemaligen Kolonialmacht zu bevorzugen[8] – auch wenn diese, wie Das Erste anzumerken weiß, auch Rohstoffgarantien für solche Unterstützung fordern.[9]

Antikoloniale Rhetoriken en vogue

In Frankreich und bei dessen Verbündeten dagegen lösten die Nachrichten über die russischen Aktivitäten erwartungsgemäß Entrüstung aus. Der russische Außenminister Lawrow dementierte in einer Rede vor der UN jeglichen Einfluss auf den Deal mit dem vorgeblich privaten Sicherheitsunternehmen Wagner. Anti-koloniale Ressentiments bestärkend, behauptete er sogar, Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außenpolitik, hätte ihm gesagt, er solle sich von Afrika fernhalten, es gehöre sozusagen zu Europa.[10] Mit diesen Tönen wird er sicher auf einige empfängliche Ohren stoßen – zumal die Dominanz ehemaliger Kolonialmächte in Afrika keine Selbstverständlichkeit mehr ist. So hat Russland Frankreich beispielsweise in der Zentralafrikanischen Republik den Rang abgelaufen und konnte Sicherheitsberater-Positionen in der Regierung sowie öffentliche Waffenkäufe für sich entscheiden.[11] Von 2012-16 war es zudem größter Waffenexporteur nach Afrika.[12]

Unsere Kämpfe – eure Kämpfe

Doch nicht alle geopolitischen Misserfolge lassen sich auf den Bösewicht Russland schieben. Im Niger beispielsweise konnte die Türkei – gegen die Frankreich zuletzt auch im libyschen (Ge)Schach(er) verlor – neue Waffendeals sichern.[13] Bestätigung bekommt die nigrische Regierung dabei von einem umfassenden Gewerkschaftsbündnis, welches auch die größte Gewerkschaft des Landes, die Union des Syndicats des Travailleurs du Niger (USTN). mit einschließt. Beiläufig fordert es eine Diversifizierung der militärischen Partner in einem Communiqué, das einen Abzug aller französischer Truppen fordert und den französischen Staat einen Feind des nigrischen Volks nennt.[14] Das Communiqué wurde Mitte November veröffentlicht und man könnte zynisch meinen, dass die Franzosen ihm nachträglich etwas Glaubwürdigkeit verliehen, als der in Burkina schon verspätete französische Militärkonvoi den Niger erreichte. Auch hier erwarteten ihn Proteste und Blokkaden. Nigrische Sicherheitskräfte, die den Konvoi zum Schutz begleiten sollten, konnten offensichtlich nicht die Sicherheit der Bevölkerung garantieren, als die Situation zwischen Protestierenden und französischen Soldaten im Dorf Téra eskalierte. Dabei starben drei Personen, 18 weitere wurden teils schwer verletzt.[15]

Der Sprecher des französischen Militärs gab auch hier an, dass Frankreich nicht für die tödlichen Schüsse verantwortlich sei. Doch eine Äußerung des kurz darauf versetzten nigrischen Innenministers lässt darauf schließen, dass die Schüsse eher den französischen Soldaten zuzuordnen seien. Eine Untersuchungskommission werde eingerichtet (ob dies nach dem Ministerwechsel noch geplant ist, ist jedoch nicht bekannt). Der nigrische Präsident Mohamed Bazoum verteidigte jedoch die französische Militärpräsenz generell. Ihr Abzug würde ins Chaos führen.[16]

Anmerkungen

1 Eine übersichtliche Grafik über die französischen Streitkräfte in Afrika gibt es vom französischen Verteidigungsministerium „Ministère d'Armées": Dispositif opérationnel français déployé à travers le monde. defense.gouv.fr.

2 Sam Mednick, ABC: French military denies injuring protesters. abcnews.go.com 22.11.2021.

3 Emmanuel Freudenthal, Patricia Huon et al.: Uncovering the civilian toll of France's anti-jihadist war in Mali thenewhumanitarian.org 16.6.2021.

4 In Burkina Faso, the French army bears the brunt of the anger of the inhabitants against the jihadists news.in-24.com 22.11.2021.

5 Protesters gather outside Ouagadougou to block French military convoy headed to Niger voanews.com 21.22.2021.

6 Siehe news.in-24.com 22.11.2021 sowie Norbert Hahn: Mali: Proteste gegen französische Präsenz daserste.de 14.11.2021.

7 Pablo Flock: Selektive Empörung. Die Positionen Frankreichs, der EU und der ECOWAS bei strittigen Wahlen, Aufständen und Putschen in Westafrika imi-online.de 9.12.2020.

8 AfricaNews: Mali: Thousands denounce France at pro-army rally youtube.com 23.9.2021.

9 Norbert Hahn daserste.de.

10 Lavrov says EU foreign policy head told him to STAY OUT of 'our' Africa, as he denies Moscow's role in mercenaries invited to Mali rt.com 25.9.2021.

11 Milena Düstersiek: Der Wettstreit um Zerntralafrika. Französische und russische Präsenz in der Zentralafrikanischen Republik. imi-online.de 11.10.2021.

12 Trends in international arms trade 2012-16 sipri.org S. 5. Trends in international arms trade 2016-20 sipri.org.

13 Le Niger va acheter du matériel militaire dont des drones à la Turquie. lefigaro.fr 20.11.2021.

14 Ahmadou Atafa: La France et ses allies accusés d'être les ennemis du Niger. levenementniger.com 19.11.2021.

15 Nicolas Beau: Le convoi francaise bloque au Niger temoigne de l'échec de la France au Sahel. mondafrique.com 30.11.2021.

16 Niger: Two killed and 17 injured in clash with French military convoy theguardian.com 27.11.2021.

Schweigen gegenüber dem Schlachten im Sudan

von Pablo Flock

Angesichts von mittlerweile 79 Toten bei Demonstrationen gegen die Militärherrschaft in dem nordafrikanischen Land findet die EU nur gemäßigte Worte. Mit den für Verbrechen an der Menschlichkeit verantwortlichen Militärherrschern verbindet sie ein Flüchtlingsdeal. Im Sudan reißen die Massenproteste gegen die Militärführung nicht ab. Wöchentlich gehen Zehntausende auf die Straßen und fordern eine uneingeschränkt zivile Regierung. Die Putschisten-Regierung unter General Abdel Fattah al-Burhan, die am 25. Oktober 2021 die selbst eingesetzte Übergangsregierung unter Premier Abdalla Hamdok wieder absetzte, hält aber an ihrer Macht fest und lässt scharf auf Demonstranten schießen. Und was tut die internationale Gemeinschaft derweil? Vermittlungsversuche tappten bisher ins Leere. Die Fronten sind verhärtet: Den von den Vereinten Nationen Anfang 2022 angebotenen Dialog mit den Militärs lehnten führende Protestorganisationen wie die Sudanese Professionals Association ab – ganz nach der auf der Straße beliebten Parole: „Keine Verhandlungen. Kein Kompromiss. Keine Machtteilung!“[1] Die Militärs sind ebenso wenig bereit, nachzugeben und schießen wiederholt auf friedliche Demonstrierende.

Viel Blut für die Demokratie

Insgesamt starben seit dem letzten Coup im Oktober 2021 mindestens 79 Demonstranten, 17 allein in den ersten 17 Tagen 2022. Und dies ist nur die Spitze des Eisbergs von weiteren Massakern der Militärjunta, welche die Ruder seit der Absetzung des langjährigen Diktators Omar al-Bashir im April 2019 in der Hand hält. Zum Beispiel löste die berüchtigte Miliz Rapid Support Forces (RSF) im Juni 2019 eine Sitzblockade vor dem Armeehauptquartier kurzum durch Schüsse in die Menge auf. Dabei starben rund 120 Menschen, wie lokale Ärzte berichten.[2] Der Anführer der Miliz ist mittlerweile die Nummer zwei in der militärischen Doppelspitze.

Die internationale Staatengemeinschaft, allen voran die wert- und wortschweren Europäer, hält sich angesichts so viel für Demokratie vergossenen Blutes erstaunlich bedeckt. Natürlich veröffentlichte die EU, gemeinsam mit der Troika aus Norwegen, Großbritannien und den USA, Anfang des Jahres eine Stellungnahme, in der die Gewalt gegen Demonstrierende, Angriffe auf Krankenhäuser, freie Presse usw. verurteilt werden und Rechenschaft dafür gefordert wird.[3]

Und natürlich wurden ähnliche Forderungen und die nach einer zivilen Regierung auch in deutschen Regierungspressekonferenzen wiedergegeben.

Stolz gibt man dort sogar an, sich „seit dem Sturz des Baschir-Regimes stark für den Wandel in Sudan engagiert“ zu haben. Auf der Berliner Sudan-Konferenz habe man 1,8 Milliarden US-Dollar für das Land organisiert und generell würde „unser Engagement für die Transition und unser Engagement für Sudan davon abhängen, dass der vereinbarte Prozess der Transition zur Demokratie mit einer zivil geführten Regierung fortgesetzt wird.“[4] Doch dafür tut man im Moment doch recht wenig.

Sanktionen nach geopolitischem Belieben

Dass das auch anders geht, zeigt ein kurzer Blick auf Mali, das einige hundert Kilometer westlich, wie der Sudan, in der Sahelzone liegt. Auch dieses Land wird von einer Putschisten-Regierung geführt und auch hier wurde in den letzten Tagen demonstriert. Die großen Massen gingen hier jedoch zu den von der Junta aufgerufenen Demonstrationen gegen die Sanktionen, die die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft dem Land auferlegt hat, weil die Militärs die für Februar angesetzten Wahlen für nicht durchführbar halten.[5] Frankreich, die USA und die EU unterstützen die Sanktionen gegen die malische Junta und versuchten solche zudem auch im UN-Sicherheitsrat durchzusetzen. Diese scheiterten jedoch am Veto von Russland und China.

Das ist keine Überraschung, hört man die Stimmen, die behaupten, es ginge mit den Sanktionen viel weniger darum, Wahlen zu erzwingen, als die malische Junta für ihre Entscheidung zu bestrafen, die Sicherheitssituation im Land nun mit der Hilfe russischer Militärausbilder der Wagner-Gruppe unter Kontrolle bekommen zu wollen.[6]

Sei es aus geopolitischem Interesse oder einem sonderbaren demokratie-theoretischen Unterschied: Offensichtlich ist, dass eine Übergangsregierung aus Putschisten und Vertretern der Straßenbewegung, die gegen den malischen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta im Jahre 2020 protestierte, viel härter sanktioniert wird als die Putschistenregierung im Sudan, die sich ihres zivilen Teils entledigt hat – spätere Versuche sie wieder einzusetzen befriedeten die Protestierenden nicht – und massiv gegen die eigene Bevölkerung vorgeht.

Die genozidalen Freunde der EU

Als al-Burhan die Macht von al-Bashir übernahm, war es zudem ersichtlich, dass der damals etablierte Souveräne Rat keinen Bruch mit dem menschenverachtenden System al-Bashir darstellte. Im Gegenteil: Mit der Besetzung des Postens des stellvertretenden Vorsitzenden dieses Souveränen Rates durch Generalleutnant Mohamed Hamdan Dagalo war klar, dass die schreckenerregendsten Seiten des alten Regimes weitergeführt werden. Dagalo, ab hier wie auf der Straße meist Hemedti genannt, ist der Kommandoführer der Rapid Support Forces (RSF), der institutionalisierte Ableger der Dschandschaweed Miliz, die für ihre grausame Rolle im Bürgerkrieg in Darfur international berüchtigt wurde und dabei auch teils von Hemedti geführt wurde. Wie unter seinem Vorgänger, dem mittlerweile in Den Haag der Prozess gemacht wird, verübte die Miliz unter Hemedti Angriffe auf Dörfer und Zivilisten, Plünderungen, Vergewaltigungen und an Völkermord grenzende ethnische Säuberungen in dem Bürgerkrieg, der rund 300.000 Menschenleben kostete. Um die eigenen Interessen zu schützen, schreckt die Friedensnobelpreisträgerin EU jedoch, wie in Libyen und in anderen Regionen, nicht davor zurück, mit einem Regime zusammen zu arbeiten, in dem die dominante muslimisch-arabische Verwaltungsklasse ethnische und religiöse Minderheiten aggressiv unterdrückt. Der 2014 beschlossene Khartoum-Prozess, in dem die Verantwortung für die Migrationskontrolle den afrikanischen Herkunfts- und Transitländern übertragen wurde, ist das eindrücklichste Zeugnis dessen.

Waffen und Geld für Migrationskontrolle

Zwei Milliarden Euro wurden den strategisch wichtigen, meist in Nordafrika oder der Sahelzone liegenden Ländern in einem Fonds bereit gestellt, um Migranten schon vor Erreichen des Mittelmeers zu stoppen. Obwohl auch dieser Vertrag mit Feigenblatt-Artikeln für zivilgesellschaftliche Organisationen und gute Regierungsführung beschönigt ist, sind die Löwenanteile des Geldes für die Kontrolle der irregulären

Alaa Salah, eine sudanesische Studentin spricht bei den Protesten 2018-2019 im Sudan. Das Bild ist zu einem Symbol der Proteste geworden. Quelle: Wikipedia/Lana H. Haroun.

Protestierende auf ihrem Weg nach Khartoum 2019. Quelle: Wikipedia/ Osama Elfaki.

Migration und die Ausstattung der staatlichen Sicherheitskräfte reserviert, wie eine von Migration Control veröffentlichte Studie zeigt.[7] Da die Regierung, wie in den meisten Ländern, für die Akkreditierung der NGOs zuständig ist, fließen die eigentlich für gute Zwecke gedachten Feigenblatt-Ausgaben zudem oft in undurchsichtige korruptionsanfällige Kanäle. Die RSF unter Hemedti sind maßgeblich an der Grenzkontrolle beteiligt. Er selbst lieferte das beste Beispiel dafür, wie sehr lokale Eliten in neo-kolonialer Manier bereit sind, die schmutzigen Hände für den eigenen Machterhalt aufzuhalten: Im Jahr 2016 bestätigte er, dass der Sudan kein Eigeninteresse an der Migrationsbekämpfung habe und die EU deshalb mehr Geld zur Ausstattung seiner Truppe bereit stellen solle.[8] Mit Strafen für Menschenschmuggel, die bis zu 20 Jahren Gefängnis und sogar bis zur Todesstrafe gehen,[9] wird jede versuchte Festnahme von Menschenschmugglern bzw. Fluchthelfern zum Überlebenskampf, was auch die Gefahr für die Sicherheitskräfte sowie deren Verluste erhöht. Regelungen der EU, die eigentlich Leben und Menschenrechte der Migranten schützen sollen, führen somit zu kriegsähnlichen Situationen in Afrika.

Söldnergeld und Narrenfreiheit

Die militärische Doppelspitze des Sudans kann schon auf die finanzielle und technische Unterstützung von Ländern wie Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten zählen, denen sie als Bodentruppenlieferant im Jemen-Krieg das Kanonenfutter liefert, sowie von Ägypten und Israel, für die eine neo-koloniale Militärdiktatur im Sudan besser klingt als ein demokratischer Aufbruch in der Region.[10]

Zudem führt die Zusammenarbeit in der Migrationskontrolle, wie man es aus Libyen und der Türkei kennt, offenbar auch hier zur scheinbaren Machtlosigkeit gegenüber Regimen mit blutüberströmten Händen.

Das ist den Militärs bewusst. Dagalo aka Hemedti, dem dank der Massaker an den Protestierenden zudem der Name „Schlächter der Revolution“ verliehen wurde, scheut sich aber nicht, dies trotzdem nochmal auszusprechen: Europa und die USA müssten das Regime anerkennen, da ansonsten eine Flüchtlingskatastrophe drohe, drohte Dagalo im Dezember gegenüber Politico.[11]

Aller Erfahrung nach sollte das funktionieren. Demokratiebestrebungen stützt man doch eher in Ländern, die nicht nach den europäischen Grenzschutzregeln spielen wollen, wie in Weißrussland, und nicht in kollaborierenden Ländern – sei dies Ägypten oder die Türkei.

Zumindest in der Zivilgesellschaft sollten die mutigen Märtyrer auf den Straßen des Sudans jedoch Erwähnung finden. Sie stellen sich den skrupellosen Militärs immerhin waffenlos entgegen. Und solange die Militärs keine Konsequenzen ihres Handelns zu spüren bekommen, werden diese nicht von ihrem harten Kurs abweichen.

Anmerkungen

1 Sudan: Protest group rejects UN offer for talks with military. Associated Press ctvnews.ca 9.1.2022.

2 Sudan military admits dispersing sit-in, regrets ‘mistakes’. AFP france24.com 14.6.2019.

3 Sudan: Statement by the High Representative/Vice President Josep Borrell on the latest situation eeas.europa.eu 18.1.2022.

4 Erklärungen des Auswärtigen Amts in der Regierungspressekonferenz vom 7.1.2022 auswaertiges-amt.de.

5 Malians demonstrate en masse after junta calls for protests over sanctions france24.com 14.1.2022.

6 Collective Sanctions Isolating Mali in the Sahel Sahara as Russia Rides the Wave of Anticolonialism panafricanvisions.com Dezember 2021.

7 Der Khartum-Prozess migration-control.info Mai 2021.

8 Sudan says it is combating illegal migration “on behalf of Europe” sudantribune.com 31.8.2016.

9 Im hier auf Englisch einsehbaren Gesetzestext: Combating of Human Trafficking Act, 2014.Sudan ilo.org.

10 Roettig, Gerd: Sudan: Staatsstreich gegen die Demokratisierung. Telepolis heise.de/tp 2.11.2021.

11 Rosca, Matei: Top Sudan general warns country could be source of refugee influx to Europe politico.eu 1.12.2021.

Impfkampagne mit General

Die Bundeswehr als Krisenmanager im zivilen Katastrophenschutz

von Martin Kirsch

Ende Februar 2021 war die neue Ampelkoalition im Regierungsmodus angekommen. Mit ihren Beschlüssen zur Reaktion auf die vierte Welle der Corona Pandemie zeichnet sich langsam ab, wie künftig mit Krisen umgegangen werden soll. Als Zwischenziel bis Weihnachten wurde die Durchführung von 30 Millionen weiteren Impfungen ausgegeben. Um dieses Ziel durch- und umsetzen zu können, zieht Kanzler Scholz Kompetenzen an sich. Verortet im Bundeskanzleramt, entsteht ein neuer Bund-Länder-Krisenstab, der die zunehmend zentralisierte Impfkampagne steuern soll. Als Leiter dieses Krisenstabes hat Carsten Breuer bereits seine Arbeit aufgenommen. Breuer ist allerdings kein Politiker, kein Beamter, kein Unternehmensberater und auch kein Wissenschaftler, sondern Zweisternegeneral der Bundeswehr.

Von der Kaserne ins Kanzleramt

Begleitet von Lobpreisungen aus SPD und FDP, hat Generalmajor Carsten Breuer sein Büro im Kanzleramt bezogen. Breuers Karriere bei der Bundeswehr führte ihn bisher als Truppenkommandeur in den KFOR-Einsatz im Kosovo und auf den Posten des Direktors für Laufende Operationen (Current Ops) im ISAF Hauptquartier in Kabul. Zudem hat der studierte Pädagoge im Generalsrang sowohl im Verteidigungsministerium in Berlin als auch in Brüssel bei der NATO bereits Posten mit engem Kontakt zur Politik besetzt. Seit 2018 war er Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben (KTA) der Bundeswehr in Berlin. Dort war Breuer für die Koordination aller Inlandseinsätze der Bundeswehr zuständig. In engem Kontakt mit Bundes- und Landesregierungen koordinierte er Bundeswehreinsätze nach extremen Schneefällen in Süddeutschland, gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Ostdeutschland und die Hilfsmaßnahmen der Bundeswehr nach den Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Zudem spielt das Lagezentrum des KTA seit Frühjahr 2020 eine zentrale Rolle in der Leitung der Maßnahmen der Bundeswehr im Rahmen der Covid-19-Pandemie. Neben Hilfsmaßnahmen der Bundeswehr in Katastrophenfällen ist das KTA aber auch für weitere Einsätze im Inland zuständig.

Erst im Oktober 2021 besuchte Breuer eine gemeinsame Anti-Terror-Übung der Polizei in Bayern und der Bundeswehr im oberfränkischen Hof.[1] In einem Bericht der Bundeswehr aus dem Januar 2020 wurde das Kommando Territoriale Aufgaben zudem als „Spinne im Netz" der deutschen Unterstützungsleistungen für das US-Großmanöver Defender 2020 bezeichnet.[2] Dort laufen die Fäden für zivile und militärische Unterstützung des Transits von NATO-Truppen durch Deutschland, im Rahmen des sogenannten Host Nation Support, zusammen.

Breuer ist nicht der Erste

Generalmajor Breuer ist allerdings nicht der erste General der Bundeswehr, der im Rahmen der Corona-Pandemie auf einen zivilen Spitzenposten versetzt wurde. Bereits im März 2021 wurde im Bundesgesundheitsministerium unter Minister Spahn der neue Posten des Abteilungsleiters für Gesundheitsschutz, Gesundheitssicherheit und Nachhaltigkeit geschaffen.[3] Besetzt wurde er mit Generalarzt Hans-Ulrich Holtherm. Holtherm war bereits in zwölf Auslandseinsätzen auf drei Kontinenten aktiv. Im Zuge der H1N1-Pandemie (Schweinegrippe) 2009 und 2014 während des Ebola-Ausbruchs in Westafrika wurde der Bundeswehrmediziner als Krisenmanager ans Gesundheitsministerium ausgeliehen. Auf seinem neuen Posten leitete er seit letztem Frühjahr den allwöchentlich tagenden gemeinsamen Krisenstab von Bundesgesundheits- und Innenministerium. Dort werden keine Maßnahmen umgesetzt, sondern strategische Diskussionen zur Vorbereitung von politischen Entscheidungen geführt. Zwischen der Berufung von Generalarzt Holtherm im

März 2020 und der Berufung von Breuer Ende November 2021 gibt es allerdings einen zentralen Unterschied. Als Holtherm ins Gesundheitsministerium wechselte, war davon in der Öffentlichkeit kaum etwas zu hören. Der Generalarzt arbeitet seitdem als Abteilungsleiter und Experte für Pandemien weitestgehend hinter den Kulissen. Die Berufung von Generalmajor Breuer ins Kanzleramt hingegen ist ein mediales Großereignis. Schon zuvor kursierten Berichte über seine Berufung und Jubelrufe aus der FDP. Am Dienstag nach der Bund-Länder-Krisensitzung stellte Kanzler Scholz die Berufung von Breuer dann als die zentrale Maßnahme zur Beschleunigung der Impfkampagne vor. Beiden Berufungen ist allerdings gemein, dass Politiker*innen unterschiedlicher Couleur in brenzligen Situationen, in denen es um effiziente Entscheidungsfindung und Durchsetzung in der Pandemie geht, dem Charme der Generalsuniformen erliegen.

Der Griff zum General

Was genau die Ampelkoalitionäre dazu bewogen hat, einen General an die Spitze der Impfkampagne und damit auch an die politisch heikle Schnittstelle im föderalen Geflecht zwischen den Zuständigkeiten von Kommunen, Ländern und Bund zu stellen, beantworten die Koalitionäre nicht.

In den Medien werden diverse Optionen diskutiert. Die Rede ist vom Vorbild der erfolgreichen Impfkampagne in Italien[4] und Portugal,[5] deren Leitung ebenfalls von Spitzenmilitärs übernommen wurde. Von der Effizienz der Generäle, die als „talentierte Führer" ausgebildet werden, ist in einem Interview im Deutschlandfunk die Rede.[6] Andere sprechen von einer symbolischen Personalie oder von Symbolpolitik. Aber was symbolisiert ein General in einer zivilen Führungsposition, von der vermeintlich Wohlergehen und die Gesundheit der gesamten Bevölkerung abhängt? Ist es ein autoritäres Symbol der Handlungsbereitschaft und des Durchsetzungswillens? Nach außen lautet das Signal wohl: "Wir packen es jetzt an" – oder, wie Olaf Scholz sich gern zitieren lässt: „Wer Führung bestellt, bekommt sie auch." Innerhalb des Apparats wird Militärs in politischen Funktionen nachgesagt, dass sie auch unkonventionelle Wege gehen, um an ihr Ziel zu kommen.

Generalmajor Carsten Breuer im Jahr 2020. Quelle: Wikipedia/ KdTA Presse.

Auch ein Imagegewinn für die Bundeswehr dürfte bei diesem Einsatz von Breuer herausspringen. Bisher profitierte die Bundeswehr in der Gunst der Bevölkerung immer von Hilfseinsätzen in Deutschland, ob bei der Sturmflut 1963 in Norddeutschland, dem Hochwasser in Ostdeutschland 2002 und 2013, dem extremen Schnee 2019 in Bayern oder den Überschwemmungen im Sommer 2021 in Westdeutschland. In einem Podcast der ZEIT wird sogar spekuliert, ob es sich um ein Angebot an konservative und rechte Impfskeptiker*innen handelt, die sich von einem schneidigen General eher überzeugen lassen, als von Politiker*innen und Wissenschaftler*innen.[7] Anteile von all diesen Erklärungen dürften bei Teilen der Ampelkoalitionäre eine Rolle gespielt haben. Offensichtlich wird dadurch allerdings das politische Versagen. Wenn es nicht möglich zu sein scheint, politische Grabenkämpfe und Zerrereien um Kompetenzen durch Politiker*innen oder politische Beamt*innen so weit zu befrieden, dass eine brauchbare Impfstrategie dabei herauskommt, sondern erst ein vermeintlich „neutraler" General dazu benötigt wird, stellen die Entscheidungsträger*innen sich selbst und damit den politischen Apparat als solchen in Frage.

Krisenstäbe als Dauerzustand

Auch wenn nicht davon auszugehen ist, dass zeitnah weitere zivile Spitzenposten mit Generälen besetzt werden, ist die Einrichtung des neuen Bund-Länder-Krisenstabes im Kanzleramt mit Beteiligung der Bundeswehr nur ein Vorzeichen für die Dinge, die in den nächsten Monaten und Jahren noch kommen werden.

Laut Ampel-Koaltionsvertrag soll der Bund „mehr Verantwortung für den Bevölkerungsschutz übernehmen."[8] Ein zentrales Element ist der Ausbau des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zu einer bundesweiten Zentralstelle mit einem dort entstehenden Kompetenzzentrum, in dem alle Fäden für den Katastrophenschutz zusammenlaufen sollen. Entsprechende Beschlüsse wurden auch auf der Innenministerkonferenz in Stuttgart am 3. Dezember 2021 gefasst.[9]

Die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) unter dem Dach des Bundesinnenministeriums wird von den Länderinnenministerien gebeten, Ausbildungs- und Übungsangebote für die Stabsstrukturen der Katastrophenschutzbehörden von Ländern und Komunen zu schaffen. Zudem wurden die Vorbereitungen zur Schaffung eines Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz des Bundes und der Länder getroffen. Die endgültige Entscheidung soll auf der Innenministerkonferenz im Frühjahr 2022 fallen. Im aufgerüsteten BBK, das von Niedersachsens Innenminister Pistorius bereits als „nationales Krisenkommando“ bezeichnet wurde, sitzen dann neben Vertreter*innen von Bund, Ländern, dem THW, diverser Hilfsorganisationen und der Polizei auch Soldat*innen der Bundeswehr mit am Tisch.

Bundeswehr baut ihr Netzwerk im Inland aus

Die Bundeswehr ist parallel mit dem Umbau ihrer eigenen Strukturen für Inlandseinsätze beschäftigt. Laut dem noch von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer verabschiedeten Eckpunktepapier für die Zukunft der Bundeswehr aus dem Mai 2021 war ein eigenes Territorialkommando der Bundeswehr auf höchster Ebene geplant.[10] Mit zwei Lagezentren in Bonn und Berlin sollten von dort aus künftig alle Bundeswehreinsätze in Deutschland, von der Katastrophenhilfe über Terrorabwehr und Manöverunterstützung bis zur Sicherung von Kasernen und Infrastruktur im Kriegsfall geplant werden. In diesen Umbauplänen war die Reflexion der spontan aufgestellten Führungsstrukturen für den Corona-Einsatz der Bundeswerhr im Verlauf 2020 bereits eingeflossen. Unter der neuen Verteidigungsministerin Lambrecht wurden die Pläne ihrer Vorgängerin und damit auch die Umsetzung des Eckpunktepapiers auf Eis gelegt. Wie die künftigen Umbauten der Führungsstruturen der Bundeswehr also aussehen werden, ist noch offen. Dass aber eine Stärkung der Territorialstrukturen für Inlandseinsätze kommen wird, ist äußerst warscheinlich.

Um die Kommunikation zwischen Bundeswehr und zivilen Katastrophenschutzkräften zu vereinfachen und zugleich zu digitalisieren, arbeitet die Bundeswehr aktuell an einem IT-Vernetzungsprojekt namens Territorial Hub.[11] In der neuen Softwareumgebung sollen alle Akteure, von THW, Feuerwehren und Rettungsdiensten über Polizei, Bundeswehr und andere in Deutschland stationierte Streitkräfte bis zu NGOs vernetzt werden. Trotz unterschiedlicher Computersysteme in den einzelnen Organisationen, sollen diese mit einer Art Cloud auch geheime Daten austauschen können und soll eine gemeinsame Einsatzführungssoftware zur Verfügung stehen. Erst 2019 war die Bundeswehr für Aufgaben im Inland in das Digitalfunknetz der zivilen Sicherheitsbehörden mit eingestiegen.[12] Alles in allem stellt die Bundeswehr mit diesem neuen Projekt das gesamte System des Föderalismus mit der politischen Hoheit der Länder im Katastrophenschutz sowie das Prinzip der Subsidiarität (das besagt, dass die Bundeswehr nur dann im Inland zum Einsatz kommt, wenn der zivile Katastrophenschutz an seine Grenzen stößt) völlig auf den Kopf.

Mit dem Territorial Hub schafft die Bundeswehr eine digitale Infrastruktur, die das Militär dauerhaft und fest in der zivilen Krisenbewältigung verankern soll. Das Ziel dieser Vernetzung ist es allerdings nicht, immer mehr Soldat*innen in Katastrophenschutzeinsätze zu schicken. Das Gegenteil ist der Fall. Die Bundeswehr versucht bereits jetzt, mehr Einfluss auf den zivilen Katastrophenschutz zu gewinnen, damit diese Strukturen im Ernstfall, d.h. im Falle eines Krieges, gut aufgestellt und mit der Bundeswehr vernetzt sind. Nur dann könnten die Zivilen der Bundeswehr und den Armeen der NATO bei ihrem Aufmarsch Richtung Osten den Rücken freihalten. Aber auch für das, was gern als hybrider Krieg bezeichnet wird – die Kriegsführung mit vermeintlich zivilen Mitteln – und die Abwehr entsprechender Angriffe ist eine enge Vernetzung mit den zivilen Sicherheits- und Rettungskräften für die Streitkräfte von großem Vorteil.

Einen General als Leiter eines Bund-Länder-Krisenstabes im Kanzleramt zu haben, der im Rahmen der Impfkampagne Kontakte in alle beteiligten Bundesbehörden, Bundesländer und Kommunen knüpft (wenn diese nicht schon aus seinem vorherigen Job bestanden), ist für die Bundeswehr ein gefundenes Fressen.

General Breuer mit Ex-Verteidigungsministerin AKK in der Führungszentrale für Corona-Einsätze im Januar 2021. Quelle: Flickr/Bundeswehr /Torsten Kraatz.

Die Armee wird so noch selbstverständlicher mit der Bewältigung von eigentlich zivilen Krisen verknüpft, gewinnt dabei noch an Image und kann die Militarisierung des Katastrophenschutzes in aller Ruhe fortsetzen oder sogar beschleunigen.

Kurz vor Weihnachten verkaufte Breuer die 28 Millionen Impfungen bis zum 22. Dezember 2021 als vollen Erfolg.[13] Wo es etwas zu gewinnen gibt, sucht die Bundeswehr als Krisengewinnler gern die große Bühne. Seitdem ist die Impfkampagne erneut ins Stocken geraten. Dafür mussten allerdings Regierungssprecher*innen geradestehen. Der General hielt sich vornehm im Hintergrund.

Anmerkungen

1 Neue Presse (Coburg), Joachim Dankbar: Mit Blaulicht und Radpanzer - Oberfranken probt den Terrorfall, 6.10.2021, np-coburg.de.

2 Bundeswehr: Die Spinne im Netz. Das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr, 28.1.2020, bundeswehr.de.

3 Rebecca Beerheide: Hans-Ulrich Holtherm - Neu im Bundesgesundheitsministerium, 2020, aerzteblatt.de.

4 Tagesschau, Jörg Seisselberg: Der General hinter Italiens Impferfolg, 18.11.2021, tagesschau.de.

5 AP News, Barry Hatton: Naval officer wins praise for Portugal's vaccine rollout, 23.9.2021, apnews.com.

6 Christian Bock im Gespräch mit Nicole Dittmer: Ein General soll es richten, 29.11.2021, deutschlandfunkkultur.de.

7 Zeit Podcast - Was jetzt?, Jannis Carmesin: Impf, zwo, drei, vier, 2.12.2021, zeit.de.

8 Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/ die Grünen und FDP - Mehr Fortschritt wagen, Seite 105, Dezember 2021, abrufbar unter: spd.de.

9 Termine und Beschlüsse der 215. Sitzung der Innenministerkonferenz in Stuttgart vom 1.-3.12.2021, Top 6, 45, 46 und 75, innenministerkonferenz.de.

10 IMI-Studie 2021/05, Martin Kirsch: Bundeswehr der Zukunft - Eckpunkte für den Kalten Krieg 2.0, 26.5.2021, imi-online.de.

11 Wehrtechnik: Das CD&E-Projekt „Territorial Hub" zur Optimierung der Führungsfähigkeit des Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr, Sonderheft 2021, Seite 42f, abrufbar unter: bundeswehr.de.

12 IMI-Analyse 2019/09, Martin Kirsch: Ins gemachte Netz gesetzt - Bundeswehr steigt ins Digitalfunknetz der zivilen Sicherheitsbehörden ein, 15.3.2019, imi-online.de.

13 Tagesschau: Breuer zum Impfziel - 28 Millionen Dosen verimpft, 22.12.2021, tagesschau.de.

Tornado-Nachfolge: Vorentscheidung?

Bei genauer Lektüre der Regierungserklärung von Olaf Scholz vom 27. Februar zeigt sich, dass in Sachen Tornado-Nachfolge eine Vorentscheidung gefallen zu sein scheint. Die für den etwaigen Einsatz in Deutschland lagernder US-Atomwaffen vorgesehenen Tornados werden älter und wartungsanfälliger, was immer höhere Kosten verursacht. Aus diesem Grund sollen sie schon länger ersetzt werden, die Frage war lange nur, durch was. Das Verteidigungsministerium hatte sich ursprünglich im April 2020 für den Ankauf von 93 Eurofightern und insgesamt 45 F-18 von Boeing ausgesprochen. Davon waren 30 für die Nukleare Teilhabe (Version Super Hornet) und 15 für die Elektronische Kampfführung, also dem Stören und Bekämpfen gegnerischer Luftabwehrstellungen (Version Growler), vorgesehen. Die militärische weitaus „bessere" F-35 von Lockheed Martin kam damals noch nicht infrage, weil davon ausgegangen wurde, dies könne den Bau des deutsch-französischen Luftkampfsystems FCAS (Future Combat Air System) gefährden (siehe IMI-Analyse 2020/17). Anfang Januar 2022 kassierte dann SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht diese Entscheidung erst einmal wieder ein und gab einen Prüfauftrag verschiedener Anschaffungsoptionen. Klar war da bereits, dass die F-35 wieder im Rennen war (siehe IMI-Aktuell 2022/011). Was lange Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen war, wurde von Scholz in seiner Regierungserklärung nun ganz nebenbei am Ende mit einer weitgehenden Vorfestlegung versehen: „Der Eurofighter soll zur electronic warfare befähigt werden. Das Kampfflugzeug F-35 kommt als Trägerflugzeug in Betracht." Dabei handelt es sich zwar noch nicht um eine endgültige Festlegung, aber doch um eine ziemlich weitgehende Vorentscheidung. Hierdurch werden einmal die in der SPD einflussreichen Interessen der IG Metall, insbesondere des Airbus-Betriebsrates, der Konzern, der den Löwenanteil der Gelder für die ursprünglich vorgesehenen 15 F-18 für die elektronische Kampfführung einstreichen wird. Gleichzeitig stellt der Mittelabfluss in die moderne F-35 keine Gefahr mehr für das FCAS dar, dessen Finanzierung, nach den in derselben Rede angekündigten riesigen Erhöhungen der Rüstungsausgaben, als gesichert angesehen wird. Denn für den Bau des FCAS, dessen Entwicklungskosten zwischen 80 und 100 Mrd. Euro geschätzt werden, gab Scholz in seiner Regierungserklärung faktisch ebenfalls eine Entwicklungsgarantie ab, was also einer Art Maximallösung aller infrage stehender Varianten gleichkommt: „Darum ist es mir zum Beispiel so wichtig, dass wir die nächste Generation von Kampfflugzeugen und Panzern gemeinsam mit europäischen Partnern – und insbesondere mit Frankreich – hier in Europa bauen. Diese Projekte haben oberste Priorität für uns. Bis die Flugzeuge einsatzbereit sind, werden wir den Eurofighter gemeinsam weiterentwickeln." (Jürgen Wagner)

Europäische Aufrüstung und Europäischer Verteidigungsfonds

Eine erste Bilanz

von Catrin Lasch

Die EU hat in den letzten Jahren einen einschneidenden außen- und sicherheitspolitischen Wandel vollzogen. War vor einigen Jahren noch häufig von einer Zivilmacht die Rede, stehen nun sicherheitspolitische Bedrohungen im Vordergrund. Im vergangenen Jahrzehnt zeigte die EU auch durch ihre gemeinsamen Auslandseinsätze und Missionen, dass sie Anspruch auf eine militärische Rolle als globaler Sicherheitsakteur erhebt. Zu diesem Zweck haben die EU-Staaten länderübergreifende Strukturen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgebaut und harmonisiert, um in Krisen gemeinsam agieren zu können. Dafür ist jedoch ein Ausbau der militärischen Fähigkeiten notwendig, was durch den Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) ermöglicht wird, dessen Verordnung 2021 in Kraft trat. Er wird kooperative Projekte in der Rüstungsforschung und Rüstungsentwicklung und damit die europäische Zusammenarbeit im Rüstungssektor mit 7,9 Mrd. Euro finanziell unterstützen.

Die Bewerbungsphase für die ersten Ausschreibungen des Europäischen Verteidigungsfonds endete am 9. Dezember 2021. In welche Projekte die Förderung konkret fließen wird, steht derzeit noch nicht fest, mit einer Entscheidung ist nicht vor Juni 2022 zu rechnen. Die Vorgängerprogramme sowie die Rahmenbedingungen des EVF geben dennoch bereits Aufschluss, welche Ziele, Akteure und Unternehmen hierüber vorrangig bedient werden sollen.

Säulen der Verteidigungsunion

Mit dem Europäischen Verteidigungsfonds und seinen Vorläufern werden erstmals offiziell auf EU-Ebene Gelder für Rüstungsprojekte ausgegeben. Der EVF ergänzt damit die bereits bestehenden Grundlagen, zu denen der „Fähigkeitsentwicklungsplan“ (engl. Abk. CDP), die „Koordinierte jährliche Überprüfung der Verteidigung“ (engl. Abk. CARD) und die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (engl. Abk. PESCO) gehören.

Der CDP gibt einen Überblick über die militärischen Entwicklungen und Fähigkeiten in den EU-Staaten und auf der EU-Ebene selbst. Er informiert die Mitgliedsstaaten über den Bedarf dieser Fähigkeiten und ermittelt Prioritäten.[1]

Eng damit verbunden ist CARD, welche alle zwei Jahre einen Bericht vorlegt, der Lücken und Defizite der militärischen Fähigkeiten aufzeigt. CARD ermittelt die Kapazitäten der Mitgliedsstaaten und schlägt darauf basierend Kooperationen zwischen den EU-Staaten vor, um die Lücken zu füllen. Dadurch soll die Verteidigungsplanung ausgeweitet und effektiver werden.[2]

Ein weiteres Standbein bildet PESCO. Mit PESCO einigten sich die teilnehmenden Mitgliedsstaaten auf 20 Verpflichtungen. Teil dieser Verpflichtungen ist es die Weiterentwicklung der militärischen Fähigkeiten zu gewährleisten. Damit wird eine Teilnahme an CARD und eine Einbindung des EVF forciert. Zudem verpflichten sich die Staaten ihre nationalen Verteidigungshaushalte regelmäßig zu erhöhen. Bei PESCO stehen konkrete Projekte, die kooperativ durchgeführt werden und ihre Umsetzung im Vordergrund.[3]

Der Europäische Verteidigungsfonds und seine beiden Vorläufer (siehe nächstes Kapitel) unterfüttern die Verteidigungspolitik, indem sie die Finanzierung der Rüstungsforschung und -entwicklung abdecken.[4]

Die Idee, den europäischen Rüstungs- und Verteidigungssektor mit einem Fonds auszustatten, reicht schon einige Jahre zurück. Zuerst war dieses Vorhaben aufgrund der widerwilligen Haltung Großbritanniens auf den Forschungsbereich begrenzt und fand mit der vorbereitenden Maßnahme im Bereich Rüstungsforschung (engl. Abk. PADR) seinen Anfang. Im Rahmen von PADR wurden Förderungen für Projekte der Rüstungsforschung für die Jahre 2017 bis 2019 ausgeschrieben. Das Ziel der Maßnahme war die Vereinheitlichung der Rüstungsforschung, um die Anzahl der unterschiedlichen Typen an Rüstungsgütern zu minimieren und ein gemeinsames Agieren zu vereinfachen.

Die Teilnehmer profitierten von einer kompletten Förderung ihres Projektes durch die EU. Insgesamt standen PADR dafür 90 Millionen Euro zur Verfügung.[5]

Nach dem BREXIT-Referendum wurde zudem zügig an einem Programm zur Entwicklung von Rüstungsgütern (EDIDP) gearbeitet.[6] Das sogenannte Europäische Rüstungs- und Industrie-Entwicklungsprogramm wurde 2018 verabschiedet und beinhaltete eine Förderungssumme von 500 Mio. Euro für die Jahre 2019 und 2020. Die Förderung der Projekte durch die EU beträgt zwischen 20%-30% (Entwicklung) und bis zu 100% (Forschung). Bedingung für eine Förderung ist die Teilnahme von mindestens drei Akteuren aus drei Mitgliedsstaaten.[7] Dies dient dem Zweck, die europäische Kooperation in den Vordergrund zu rücken, um so Konzentrationsprozesse zu forcieren.[8]

Nach der Forschungs- und der Entwicklungsphase schließt sich die Beschaffungsphase an. Hierbei geht es um die Herstellung der Technologie oder des Produkts. Diese Phase ist am kostspieligsten und die Mitgliedsstaaten, welche am Projekt beteiligt sind, müssen die Kosten für diese Phase selbst tragen. Demnach dienen PADR und EDIDP lediglich als Anschubfinanzierung, um Rüstungsprojekte innerhalb der EU auf den Weg zu bringen.[9]

EDIDP und PADR – Auswertung

EDIDP und PADR lassen beide als Vorläuferprogramme Rückschlüsse ziehen, was vom Europäischen Verteidigungsfonds zu erwarten ist. Sie zeigen, wer die Profiteure der neuen Politiklinie sind und welche Richtung diese einschlägt.

Kasten 1: Auswahl EDIDP-PESCO-Projekte 2019

GEODE: entwickelt das bereits bestehende GALILEO-Projekt für den militärischen Bereich weiter. GALILEO hatte stets eine starke militärische Komponente, offiziell gilt es aber als „das erste unter ziviler Kontrolle stehende Satellitennavigationssystem und bietet […] verschlüsselte Satellitensignale“.

Förderungssumme: ca. 44 Mio. €

Teilnehmerländer: FR, DE, IT, ESP

IMUGS: ist ein Projekt für ein teils unbemanntes Bodensystem, welches von Estland geleitet wird. Das System beinhaltet mehrere Luft- und Bodenplattformen sowie autonome Systeme. Beispielsweise sollen unbemannte Systeme (z.B. Drohnen) ein bemanntes Fahrzeug begleiten. Mit iMUGS soll eine Vielzahl von Missionen ermöglicht werden, unter anderem Aufklärung und Logistik.

Förderungssumme: ca. 30 Mio.€

Teilnehmerländer: EE, FR, FIN, ESP, DE, LVA, BE

Militärische Fähigkeitslücken und Kapazitäten

Damit die Programme einen Mehrwert zur Schließung der Fähigkeitslücken und zum Ausbau der Kapazitäten bieten, spielt vor allem die Kohärenz zwischen den Säulen der Verteidigungsunion eine große Rolle.[10]

Bei PADR war diese Verbindung noch nicht erkennbar, jedoch handelte es sich auch um eine vorbereitende Maßnahme und war damit ein erster Testlauf.[11] Die Auswahl der EDIDP-Projekte für das Jahr 2019 und 2020 (EDIDP 2019 und EDIDP 2020) zeigt jedoch eine starke Verbindung zu CDP und PESCO. Von den ausgewählten EDIDP-Projekten für das Jahr 2019 waren neun von sechzehn innerhalb PESCOs angesiedelt und erhielten insgesamt 80% der Förderungen. Darunter war auch GEODE, das Projekt mit dem höchsten Budget (siehe Kasten 1). Im folgenden Jahr waren bei EDIDP 2020 15 von 26 Projekten in PESCO integriert[12] Eine möglichst eng zusammenhängende Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird demnach angestrebt, um dem Ziel der EU nach mehr Autonomie näherzukommen. Auch die beiden Großprojekte ESSOR und EURODRONE, die von einer Direktvergabe profitieren, sind innerhalb PESCOs angesiedelt (siehe Kasten 2 und 3). EDIDP 2019 und EDIDP 2020 gehen aber auch über die bestehenden Strukturen hinaus, da auch eigene Ziele, wie die Förderung von KMUs, und weitere Rüstungsvorhaben verfolgt werden.

Technologien und Cluster

Neben der Einbettung in PESCO, CARD und CDP weisen die Programme auch eine klare technische Ausrichtung auf. Das PADR-Programm scheint breiter gefächert zu sein, aber vor allem bei EDIDP fällt auf, dass insbesondere die Ausschreibungen zu Cybersecurity und „Next Generation of combat capabilities“, also neue Waffensysteme und -technologien, gefördert werden. Auch die zwei direkten Zuschüsse an ESSOR und EURODRONE fließen in diese beiden Bereiche.[13]

Auch wenn die Projekte in Kategorien unterteilt sind, finden sich in den unterschiedlichen Bereichen überlappende Technologien. Eine besonders große Rolle spielt dabei Künstliche Intelligenz (KI). Zwar gab es die Ausschreibungskategorie erst im zweiten Jahr von EDIDP und wurde mit nur 7,1 Mio. Euro gefördert, jedoch ist Künstliche Intelligenz in einem Großteil der Projekte mit eingebunden und in den Ausschreibungen teils gefordert. Künstliche Intelligenz wird oft in Kombination mit autonomen Systemen und in den sogenannten disruptiven Technologien eingesetzt. Zu den disruptiven Technologien gehören beispielsweise Energiewaffen, die intensive Hitze und dadurch Verbrennungen und Erblindungen verursachen können.

Kasten 2: Auswahl EDIDP-PESCO-Projekte 2020

JEY-CUAS: bereitet den Weg für ein gemeinsames europäisches System zur Bekämpfung unbemannter Flugsysteme vor. Das Verteidigungssystem soll vor allem die Bedrohungen durch Mikro- und Mini-Drohnen abwehren. Diese stellen vor allem dann eine Bedrohung dar, wenn sie mit Sprengstoff bestückt sind und als Drohnenschwärme eingesetzt werden. Abwehrsysteme einer älteren Generation sind mit dieser Angriffsform überfordert. Genau das soll JEY-CUAS ändern.

Förderungssumme: ca. 13.5 Mio. €

Teilnehmerländer: IT, ESP; LTU, FR, NL, IT, BE, CZE, GRC, DE, EE, ROU, DEN, SWE, CYP

MUSHER-Projekt: entwickelt ein einheitliches europäisches bemanntes und unbemanntes Teaming-System im Bereich der Luftstreitkräfte. Das System soll den Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit bemannter Rotationsflugzeuge mit unbemannten Luftplattformen ermöglichen. Durch mehr Autonomie und die verbesserte Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine wird nur noch eine kleinere Besatzung benötigt und laut Projektbeschreibung die Sicherheit verbessert.

Förderungssumme: ca. 10 Mio. €

Teilnehmerländer: FR, ESP, IT, BE

Kasten 3

ESSOR: entwickelt eine gemeinsame sichere und interoperable Technologie für Funkgeräte, welche auf einer Vielzahl von unterschiedlichen Funksystemen genutzt werden kann. So soll die Effektivität von europäischen Koalitionsoperationen in den Bereichen Land, Luft und Information verbessert werden.

Förderungssumme: 35 Mio €

Teilnehmerländer: IT, FIN, ESP, PL, DE, FR

Kasten 4

EURODRONE / MALE RPAS: entwickelt eine Drohne zur Informationsgewinnung, Überwachung, Zielerfassung und Aufklärung mit dem Ziel Bodenstreitkräfte zu unterstützen. Zudem ist die Bewaffnungsfähigkeit der Drohne geplant. Das multinationale Projekt besteht aus Partnern der vier europäischen Ländern mit dem größten Rüstungssektor.

Förderungssumme: 100 Mio €

Teilnehmerländer: DE, ESP, FR, IT

Zu den unbemannten Systemen gehört z.B. die EURODRONE. Kritik an künstlicher Intelligenz, autonomen Systemen, disruptiven Technologien und insbesondere ihrem Zusammenwirken besteht vor allem aufgrund einer niedrigeren Hemmschwelle für Angriffe und Tötungen, einer möglichen Konflikteskalation und dem höheren Risiko von zivilen Schäden.[14]

Profiteure: Länder

Auch wenn PADR, EDIDP und der EVF den Ausbau militärischer Kapazitäten innerhalb der EU zum Ziel haben, profitieren die Mitgliedsstaaten unterschiedlich stark von den Programmen. Da die Aufteilung der Fördergelder nicht für alle Projekte einsehbar ist, kann keine allgemeine Aussage darüber getroffen werden, welches Land am meisten durch PADR und EDIDP profitiert. Doch die Anzahl der Teilnehmer in den jeweiligen EDIDP-Programmen gibt Hinweise darauf. So stellen im Rahmen von EDIDP 2019 allein Unternehmen und Institute aus Frankreich und Spanien 30% der Teilnehmer dar.[15] Auch Deutschlands Unternehmen sind an der Spitze mit dabei und machen 19% der Beteiligten aus.[16] Auch bei EDIDP 2020 findet sich dieses Muster wieder. Bei EDIDP 2020 stammen über die Hälfte (54%) der Profiteure aus den vier Mitgliedsstaaten Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland. Vor allem Frankreich, bei dem 74 Unternehmen durch direkte Förderungen profitieren, scheint eine starke Rolle im Projekt eingenommen zu haben. Auch das größte EDIDP-Projekt, die EURODRONE, besteht aus Teilnehmern dieser vier Länder.[17] Dasselbe Prinzip ist auch bei PADR zu sehen: Frankreich, Italien, Deutschland und Spanien erhalten 57% aller Zuschüsse.[18] Im Gegensatz dazu erhalten ca. 40% der EU-Länder aber keine oder eine sehr geringe Förderung.[19] Die Rüstungstöpfe werden also genutzt, um die Rüstungsindustrie der großen Mitgliedsstaaten zu unterstützen. Selbstverständlich liegt es nahe, dass Länder mit vorhandener Rüstungsindustrie auch mehr oder aus einer militaristischen Perspektive „effizientere“ Vorschläge einreichen. Das ausgegebene Ziel, eine europäische Verteidigungspolitik fördern zu wollen, scheint in der Praxis eher auf eine Unterstützung vor allem der deutsch-französischen Verteidigungspolitik hinauszulaufen.

Profiteure: Unternehmen

Neben den Ländern, die gefördert werden, ist auch erwähnenswert, welche Firmen von den Förderungen profitieren. Das sind hauptsächlich einige große Unternehmen und Institute, die stark in der Rüstungsindustrie verankert sind. Dabei weisen diese auch eine starke Überlappung mit den Vorständen der sogenannten ‚Group of Personalities‘ (GoP) auf. Die GoP bestand zur Hälfte aus Vorständen großer europäischer Rüstungsfirmen und Forschungsinstituten und zur anderen Hälfte aus verschiedenen Politiker*innen der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre Aufgabe war es, den Weg zur Etablierung eines Europäischen Programms der Rüstungsforschung für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 vorzubereiten. In ihrem

Abschlussbericht sprach sich die Gruppe im Februar 2016 unter anderem für die Einführung von PADR aus.[20] Die Organisation ‚European Network Against Arms Trade' ermittelte die Hauptprofiteure unter den Unternehmen. Das Ergebnis zeigt, dass bei PADR innerhalb der Jahre 2017 und 2018 sieben von 81 Teilnehmern 40% des gesamten Budgets erhielten.[21] Diese Firmen sind Airbus, Fraunhofer, INDRA, Leonardo, MBDA, SAAB und TNO – allesamt durch Vorstände in der GoP vertreten.[22] Für PADR 2019 und die EDIDP-Projekte gibt es keine Aufschlüsselung der erhaltenen Finanzmittel nach Begünstigten. Es ist jedoch ersichtlich, dass große Firmen hauptsächlich in den Projekten mit einem großen Budget involviert sind. [23]

Kleine Staaten: Anreize und Einbindung

Ein weiteres Argument, welches oft zu Gunsten der Programme, speziell von EDIDP, angeführt wird, ist die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. So ist eines der Ziele der EDIDP-Verordnung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Akteuren, inklusive Kleiner und Mittlerer Unternehmen (KMUs), zu unterstützen.[24] Da die europäische Verteidigungsindustrie „in einigen wenigen Ländern konzentriert und um nationale Lieferketten herum strukturiert ist, die im Allgemeinen von großen Unternehmen geführt werden", sind KMUs letztendlich eine Möglichkeit, die Industrie in allen Mitgliedsstaaten zu fördern.[25] Allerdings waren nur 22% der Teilnehmer der PADR-Projekte KMUs.[26] Bei EDIDP hingegen wurde eine spezielle Ausschreibung aufgenommen, unter der kleinere und mittlere Unternehmen gefördert werden konnten. Zwar sind KMUs in einer Vielzahl von Ländern, sowohl großen als auch kleinen, vertreten, hervor sticht jedoch, dass in manchen Ländern ausschließlich kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Schaut man sich bei EDIDP die Länder Frankreich, Deutschland, Spanien und Italien im Vergleich an, stellt man fest, dass hier nur ca. 30% der Profiteure KMUs sind. Folglich profitieren hier hauptsächlich Großunternehmen.[27] Kleinere und mittlere Unternehmen finden sich also hauptsächlich in kleinen Ländern und sind dort teils auch die einzigen oder eine der wenigen Profiteure und damit ein Lockmittel für diese Mitgliedsstaaten, sich überhaupt an dem Programm zu beteiligen und ihm zuzustimmen.

EVF: Auswertung und Ausblick

Überblick und erste Ausschreibung

Ab 2021 laufen die beiden Programme PADR und EDIDP nun unter dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) weiter. Im Gegensatz zu den vorherigen Programmen steht dem Fonds eine wesentlich größere Summe zur Verfügung. Im Rahmen des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens der EU sind es für den Zeitraum von 2021 bis 2027 7.95 Mrd. Euro.[28] Wie auch schon bei EDIDP werden nur Programme gefördert, bei denen Teilnehmer aus unterschiedlichen Ländern dabei sind. In diesem Fall müssen pro Projekt mindestens drei verschiedene Akteure aus drei verschiedenen Ländern beteiligt sein – mit Ausnahme für den Bereich disruptive Technologien. Die Teilnahme von kleinen und mittleren Unternehmen wurde angekurbelt, indem die Förderquote für Projekte, an denen KMUs beteiligt sind, erhöht wurde. Von der erhöhten Förderquote profitieren dann alle Teilnehmer des Projekts. Auch wenn KMUs stärker mit einbezogen werden, liegt es nahe, dass die Hauptprofiteure größtenteils dieselben wie bei PADR und EDIDP sind.[29] Mit dem Europäischen Verteidigungsfonds ist die Eingliederung von Forschung und Entwicklung von Rüstungsgütern nun auch formell ein Teil der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und neben PESCO und CARD eine der wichtigsten Säulen für eine Europäische Verteidigungsunion. Die Kohärenz zwischen den Programmen wird auch weiterhin finanziell sowie inhaltlich gefördert. Die Projektausschreibungen werden auf den bereits festgelegten Prioritäten des CDP aufgebaut und beinhalten zusätzlich weitere Prioritäten anderer regionaler oder internationaler Organisationen, wie z.B. der NATO. Projekten oder Aktivitäten, die im Rahmen von PESCO entwickelt werden, steht ein Bonus von 10% der förderfähigen Kosten zur Verfügung. Die Kosten in der Beschaffungsphase tragen die Mitgliedsstaaten selbst.[30] Die technische Ausrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds und die Ausschreibungskategorien bleiben ähnlich zu den Vorläuferprogrammen EDIDP und PADR.[31] Künstliche Intelligenz, autonome Systeme und disruptive Technologien werden weiterhin ein wesentlicher Bestandteil des Fonds sein. Letzteren wird im Voraus schon zwischen 4-8% des Gesamtbudgets zugeteilt.[32]

Fehlende Kontrollmechanismen

In Anbetracht des wichtigen sicherheitspolitischen Themas, welches der EVF abdeckt und den Risiken, die Rüstungsgüter und neue Technologien bergen, ist zumindest ein funktionierender demokratischer Kontrollmechanismus notwendig. Das Europäische Parlament kann jedoch bei der Umsetzung des Fonds und bei der zukünftigen Verteilung der Gelder in den jährlichen Arbeitsprogrammen nicht mitbestimmen. Auch ist der EVF bezüglich der Thematik um Autonome Waffen und ethische Aspekte fragwürdig. Durch das Engagement des Parlaments dürfen nun laut der Verordnung

zwar Forschung und Entwicklung von Waffen, welche überhaupt keine menschliche Kontrolle mehr aufweisen, nicht gefördert werden.[33] Jedoch weist der Einsatz von künstlicher Intelligenz, unbemannten Systemen und disruptiven Technologien im Allgemeinen bereits Gefahren auf.

Fazit

Der EVF trägt maßgeblich zur Aufrüstung der EU-Länder bei. Politisches Gewicht bei diesen Verhandlungen scheinen vor allem Deutschland und Frankreich zu haben. Die Forderungen nach einer Militärmacht Europa, nach mehr Autonomie und nach einer stärkeren militärischen Unabhängigkeit von den USA vernachlässigen die Möglichkeit von zivilen Lösungen und berücksichtigen die Gefahren neuer Technologien nicht, die adäquat überprüft und kontrolliert werden sollten. Mit dem Ausbau des Europäischen Verteidigungsfonds zeigt die Europäische Union einen klaren Wandel, weg von der ehemaligen ‚Zivilmacht', die mit diesem Militärhaushalt wohl endgültig der Vergangenheit angehört.

Anmerkungen

1 Mauro, Frédéric, Simon, Edouard und Xavier, Ana Isabel: Review of the Preparatory Action on Defence Research (PADR) and European Defence Industrial Development Programme (EDIDP): Lessons for the implementation of the European Defence Fund (EDF), Studie, 05/2021, S.18.

2 Europäische Verteidigungsagentur: Ministerin werden neue Möglichkeiten für gemeinsame militärische Fähigkeiten zur Überwindung der fragmentierten europäischen Verteidigungslandschaft vorgestellt, Pressemitteilung, 11/2020.

3 Bundesministerium der Verteidigung: PESCO, bmvg.de.

4 Europäische Kommission: The European Defence Fund, Faktenblatt, 06/2021.

5 Europäische Kommission: Preparatory Action on Defence Research (PADR), ec.europa.eu.

6 Wagner, Jürgen; Lösing, Sabine: EU-Globalstrategie und deutsch- französische Militarisierungsoffensive, IMI-Analyse 2016/27, 07/2016.

7 Eine Ausnahme bildet die Ausschreibung zu disruptiven Technologien. Hier müssen nur zwei Einheiten aus zwei Mitgliedsstaaten involviert sein.

8 Europäische Kommission: European Defence Industrial Development Programme (EDIDP), ec.europa.eu.

9 Europäische Kommission: The European Defence Fund, Faktenblatt, 06/2021.

10 Ebd.

11 Europäische Kommission: Preparatory Action on Defence Research (PADR), ec.europa.eu.

12 Mauro, Frédéric, Simon, Edouard und Xavier, Ana Isabel: Review of the Preparatory Action on Defence Research (PADR) and European Defence Industrial Development Programme (EDIDP): Lessons for the implementation of the European Defence Fund (EDF), Studie, 05/2021, S.18f.

13 ENAAT: Who profits from EU funding for military research and development?, Flyer, 04/2021.

14 Ebd.

15 H. Masson: PADR-EDIDP, frstrategie.org, 06/ 2020.

16 Ebd.

17 Europäische Kommission: ESSOR, Faktenblatt.

18 H. Masson: PADR-EDIDP, frstrategie.org, 06/ 2020.

19 Die Zahl bezieht sich auf das komplette PADR-Programm, sowie auf EDIDP 2019. ENAAT: Who profits from EU funding for military research and development?, Flyer, 04/2021.

20 Quelle: Europäische Verteidigungsagentur: High-level Group of Personalities on defence research issues statement, eda.europa.eu, 06/2015.

21 Exceed ist aus der Berechnung herausgenommen. Ebd.

22 Ebd.

23 Europäische Kommission: European Defence Industrial Development Programme (EDIDP), ec.europa.eu.

24 Ebd.

25 Mauro, Frédéric, Simon, Edouard und Xavier, Ana Isabel: Review of the Preparatory Action on Defence Research (PADR) and European Defence Industrial Development Programme (EDIDP): lessons for the implementation of the European Defence Fund (EDF), Studie, 05/2021, S.15ff.

26 Ebd.: S.7.

27 H. Masson: PADR-EDIDP, frstrategie.org, 06/ 2020; Europäische Kommission: European Defence Industrial Development Programme (EDIDP), ec.europa.eu; Europäische Kommission: European Defence Industrial Development Programme 2020, Faktenblatt, 06/2020.

28 Europäische Kommission: The European Defence Fund, Faktenblatt.06/2021. Ursprünglich waren bis zu 13 Mrd. Euro eingeplant, die aber im Laufe der Verhandlungen gekürzt wurden. Europäische Kommission: EU budget: Stepping up the EU's role as a security and defence provider, Pressemitteilung, 06/2018.

29 Europäische Union: Verordnung (EU) 2021/697 Des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1092, Verordnung, 04/ 2021.

30 Europäische Kommission: The European Defence Fund, Faktenblatt, 06/2021

31 The European Defence Fund (EDF) Calls 2021,Faktenblatt, 06/2021.

32 Eine Übersicht der Ausschreibungskategorien gibt es hier: Europäische Kommission: The European Defence Fund, Faktenblatt, 06/2021.

33 Ebd.

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de
IMI.FB I_M_I @imi@mastodon.social

Redaktion:
Jacqueline Andres (Tübingen), Thomas Gruber (Fürth), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:
Jan Hansen (Pseudonym) stammt aus den Nordfriesland und als er noch jung und wild war, protestierte er mit einer Gleisblockade gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Mittlerweile engagiert er sich im Bundesausschuss der DFG-VK. Aaron Lye hat an der Universität Bremen Informatik studiert und dort auch 2021 seine Promotion abgeschlossen. Er ist seit Jahren beim FIfF aktiv. Catrin Lasch ist Studentin der Internationalen Beziehungen an der Universität in Kleve. Victoria Kropp ist aktives IMI-Mitglied. Tobias Pflüger ist im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung.

Bildnachweise wie angegeben außer:
Titelbild:NATO-Übung Ample Strike 2016, Quelle: Flickr/ NATO North Atlantic Treaty Organization, S.41: pxfuel, S.42: Eigene Bildmontage. Quelle: Wikipedia, Rückseite: rheinmetallentwaffnen.noblogs.org.

Hinweise zu einzelnen Texten:
Die Artikel „Wi(e)der die Kolonialmacht?“ und „Schweigen gegenüber dem Schlachten im Sudan“ vom Autor erschienen zuvor (10.12.2021 und 26.1.2022) bei Telepolis. Der Artikel „Europäische Aufrüstung und Europäischer Verteidigungsfonds: Eine erste Bilanz“ von Catrin Lasch ist eine Kurzfassung der gleichnamigen IMI-Studie 2021/9.

Bezugsbedingungen:
IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/ Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 30 € bzw. Förderabo ab 40 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 40 € bzw. Förderabo ab 50 €.

Eigentumsvorbehalt:
Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

☐ Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

☐ Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Der Mindestbeitrag mit Abo liegt bei 60€ im Jahr.)
☐ Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _
BIC: _____

☐ Ich richte einen Dauerauftrag ein.
☐ Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung

_____
Datum und Unterschrift

SYSTEM CHANGE NOT CLIMATE CHANGE! +++ BIJI BERXWEDANA ROJAVA!

AKTIONSKONFERENZ

KASSEL ENTWAFFNEN IST KEINE KUNST

26. März 2022
Kassel

WAR STARTS HERE, LET'S STOP IT HERE! +++

NO BORDER, NO NATION - STOP DEPORTATION

+++ BIR ELÎN NESÎ VAR, IKÎ ELÎN SESÎ VAR +++ JIN, JIYAN, AZADÎ +++